

**Eine kritische Betrachtung des EU-Beitritts
der Länder Mittel- und Osteuropas
aus linker Sicht**

Auftragsstudie der GUE/NGL-Fraktion
des Europäischen Parlaments
Dezember 2000

Eine kritische Betrachtung des EU-Beitritts
der Länder Mittel- und Osteuropas aus linker Sicht

Auftragsstudie der GUE/NGL-Fraktion
des Europäischen Parlaments, Dezember 2000

Berlin, Februar 2001

ISBN 3-320-02967-3

Inhalt

Vorwort	2
Auftragsstudie: Eine kritische Betrachtung des EU-Beitritts der Länder Mittel- und Osteuropas aus linker Sicht Verfasser: Prof. Eugen Faude, Dr. Hans Watzek, Dr. Kurt Fenske unter Mitarbeit einer Expertengruppe	3
Eugen Faude Einige Anmerkungen zur Erarbeitung und Vorstellung der Studie in der GUE/NGL-Fraktion des Europäischen Parlaments in Brüssel	39
Hans Modrow Zu einigen aktuellen Aspekten der EU-Osterweiterung	44
André Brie Gegensätzliche Befürwortung der Osterweiterung	50
Wilhelm Ersil EU-Osterweiterung, Kerneuropa und “verstärkte Zusammenarbeit”	56
Helga Herberg Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in den Ländern Mittel- und Osteuropas	64
Hans Watzek Anmerkungen zu einigen in der Diskussion zur Studie aufgeworfenen Problemen	73
Zu den Autoren	75

Auftragsstudie

Eine kritische Betrachtung des EU-Beitritts der Länder Mittel- und Osteuropas aus linker Sicht

Verfasser:

**Prof. Eugen Faude, Dr. Hans Watzek, Dr. Kurt Fenske
unter Mitarbeit einer Expertengruppe**

Einleitung

1. Welche Vorstellungen verbindet linke Politik mit der EU-Osterweiterung?
2. Die Risiken der EU-Osterweiterung - Herausforderungen für linke Politik
3. Bedeutung und mögliche Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft für die Beitrittsländer
4. Zu den wichtigsten Problembereichen der EU-Osterweiterung
 - 4.1. Ungelöste Probleme der Erweiterungsstrategie für die Beitrittsländer
 - 4.2. Zu den agrarpolitischen Problemen und Konsequenzen der Erweiterung
 - 4.3. Erfordernisse der institutionellen Reformen in der EU und Stärkung des Europäischen Parlaments
 - 4.4. Sonstige ungelöste Probleme der Osterweiterung in der EU
5. Zusammenfassende Schlussfolgerungen für linke Politik

Anlage 1:

Übersicht über die Vor- und Nachteile des EU-Beitritts von mittel- und osteuropäischen Staaten aus der Sicht der MOE-Länder und aus der Sicht der EU

Anlage 2:

Die EU-Osterweiterung und die Kooperation mit den Staaten direkter Nachbarschaft sowie mit den AKP-Ländern

Einleitung

Die Politik der EU und ihrer Institutionen, die weitere Gestaltung der EU in den nächsten Jahren sowie die Zukunft Europas werden in hohem Maße durch den Erweiterungsprozess der EU bestimmt werden. Die Beschlüsse des EU-Gipfels von Helsinki haben den Rahmen und die Maßnahmen zur Osterweiterung, dem Hauptproblem der Erweiterung der EU, festgelegt.

Die Osterweiterung ist mit weitreichenden Veränderungen der EU, auch ihren Organen, verbunden. Nach Aufnahme der MOE-Beitrittskandidaten wird sich fast alles ändern: das politische Klima in der EU, das politische und ökonomische Gewicht der bisherigen Mitgliedsländer, die Finanzen, die Landwirtschaft, auch das internationale Gewicht der EU. Das Territorium wird um ein Drittel, die Bevölkerung um mehr als ein Viertel wachsen. Das Europa von heute und das Europa nach der Erweiterung werden sehr unterschiedlich sein.

Die Osterweiterung der EU ist ein Prozess großer Risiken und gleichzeitig großer Chancen für Europas Zukunft.

Aus diesen Gründen verlangt dieser Prozess die gründliche und kritische Diskussion der Linken Europas und die Gestaltung gemeinsamer Auffassungen, Initiativen und Vorschläge zur Einflussnahme.

Es ist besorgniserregend, dass es zwar viele Veröffentlichungen zu wichtigen Themen dieses Prozesses gibt, jetzt auch den Beginn einer Diskussion zur Finalisierung des Europaprozesses, aber kaum eine breite öffentliche Auseinandersetzung zu den Chancen und Problemen der Osterweiterung, die bei den Bürgern Verständnis für den Prozess und Zustimmung zu dieser für das Schicksal Europas so wichtigen Aufgabe bewirkt.

Die Diskussion in den betroffenen Ländern wird wesentlich durch die Auffassung bestimmt, dass sie als kleine Länder einer großen Wirtschaftsgemeinschaft beitreten müssen, dass sie ohne diesen Beitritt chancenlos sind. Daher sind sie letztlich bereit, fast alle vorgegebenen Bedingungen zu akzeptieren. Daraus ergibt sich weiterhin, dass die nationalen Interessen der Beitrittskandidaten nur sehr zurückhaltend in der Öffentlichkeit dieser Länder diskutiert werden.

Erst in letzter Zeit gibt es auch Debatten, die ein Problembewusstsein in dieser Hinsicht deutlich werden lassen.

Die Osterweiterung wird seitens der EU vorangetrieben, ohne dass dabei die zukünftige Gestalt Europas im Auge behalten wird. Das betrifft sowohl die abgebrochene Auseinandersetzung zu der Frage, ob und wie das europäische Sozialmodell gestaltet wird, wie auch das Fehlen eines Konzeptes zur weiteren Demokratisierung der EU. Keine Übereinstimmung gibt es zur Forcierung der militärischen Entwicklung Europas.

In diese notwendigen Auseinandersetzungen müssen die Linken eingreifen, sich abstimmen und auf die öffentlichen Debatten und die Auseinandersetzungen in den EU-Institutionen Einfluss nehmen.

1. Welche Vorstellungen verbindet linke Politik mit der EU-Osterweiterung?

Mit einem Anteil von nur sieben Prozent der Weltbevölkerung, aber rund einem Viertel der globalen Wirtschaftsleistung ist die Europäische Union zu einem sehr wichtigen Faktor des Weltgeschehens geworden. Die Vertiefung der europäischen Integration und die Erweiterung der EU durch die Aufnahme einer beträchtlichen Anzahl weiterer Länder werden die internationale Bedeutung der Europäischen Union in den nächsten Jahren noch deutlich erhöhen.

Durch die Übertragung nationaler Souveränitätsrechte an die EU haben die Beschlüsse und Richtlinien der EU in immer breiterem Maße für die Bürger, Unternehmen und Institutionen der Mitgliedsländer eine unmittelbare rechtliche Wirkung. Nationale und regionale Politik in den Mitgliedsländern werden objektiv nicht nur in ihren Spielräumen, sondern auch inhaltlich zunehmend europäisch geprägt. Mit der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und der Einführung der gemeinsamen Euro-Währung wird dieser Prozess weiter verstärkt.

Die herrschenden Eliten verfolgen bei der Gestaltung der Europäischen Union zunehmend eine neoliberale Strategie, die den Interessen des europäischen Finanzkapitals folgt. Sie hat zum Inhalt, die Wirtschaft der EU-Länder zu deregulieren, die sozialstaatlichen Funktionen sukzessive abzubauen sowie die gesamte Politik den Zwängen der Marktregulation unterzuordnen. Führende Kräfte der EU-Kommission und der Europäischen Zentralbank argumentieren zunehmend dafür, das amerikanische Wirtschafts- und Sozialmodell zum Vorbild zu nehmen.

Für die linken Kräfte Europas ergibt sich hieraus die Aufgabe, gegen diese Entwicklung anzukämpfen. An die Stelle wachsenden Marktliberalismus gilt es, im Prozess der europäischen Integration soziale Sicherheit und Arbeit für alle zu gewinnen sowie mehr Demokratie und Wohlstand für die beteiligten Völker zu erreichen.

Die europäische Integration darf nicht länger über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger hinweg allein Regierungen, Technokraten, Banken und Managern überlassen bleiben. Europa zukunftsfähig zu gestalten erfordert, den ganzen Kontinent zu einer friedlichen, demokratischen und entmilitarisierten Region zu entwickeln, in der die Menschenrechte gewahrt sind, soziale Gerechtigkeit herrscht und reale Schritte zu einer Produktions- und Lebensweise getan werden, die auf nachhaltige Entwicklung orientiert. Europa braucht einen gesamteuropäischen Wirtschafts- und Sozialraum, und kein europäischer Staat darf davon ausgeschlossen werden.

Die Beschlüsse des EU-Gipfels in Helsinki Ende 1999 haben den Rahmen und die von der EU vorgesehenen Maßnahmen zur Osterweiterung der Union festgelegt. Die meisten linken Parteien Europas unterstützen die Ausdehnung der EU im Interesse der europäischen Friedensordnung und der Aufhebung der Spaltung Europas sowie der Überwindung der Armut und Rückständigkeit in den Beitrittsländern wie auch der ökonomischen Vorteilhaftigkeit für die Mitgliedsländer der EU selbst. Sie wollen einen Kontinent freundschaftlich verbundener Völker und gleichberechtigter Staaten, ein Europa ohne Nationalismus und Fremdenhass. In einer Welt, deren Geschicke immer enger miteinander verflochten sind, bietet eine so gestaltete europäische Integration eine Chance, der globalen Verdrängungskonkurrenz, der Willkür der transnationalen Unternehmen und der krisenhaften Explosion der internationalen Finanzmärkte wieder politische Gestaltungskraft entgegenzusetzen.

Die EU-Erweiterung wird aber nur dann zu Entwicklung, Stabilität und Frieden in Europa beitragen, wenn die eigenen grundlegenden Probleme der Union gelöst und nicht auf die Beitrittsländer übertragen werden. Statt die Erweiterung als Chance zu begreifen, im Rahmen eines langfristigen Aufbauprogramms eine gesamteuropäische Arbeitsteilung zu gestalten, werden die Beitrittsländer praktisch zu Absatzmärkten für westeuropäische Produkte und zur verlängerten Werkbank westeuropäischer Unternehmen degradiert. Ein langfristig konzipiertes Aufbauprogramm für die MOE-Länder müsste zum Ziel haben, die Rekonstruktion ihrer Wirtschaften zu unterstützen und mit den anstehenden Strukturumwandlungsprozessen in den heutigen EU-Staaten zu verknüpfen. Gefördert werden sollten regionale Wirtschaftskreisläufe und der Wiederaufbau des regionalen Handels. Gleichzeitig muss den Beitrittsländern für eine Übergangsfrist der Schutz ihrer Märkte ermöglicht werden. Aus diesem Grund sind die Bestrebungen der Beitrittsländer zu unterstützen, spezifische Regelungen zum Eigentum an Grund und Boden zu vereinbaren, die die Vorrechte der Bürger dieser Länder sichern. Wir wenden uns entschieden gegen jegliche Forderungen nach Rückgabe von 1945 konfisziertem Eigentum in Polen, Tschechien und Ungarn. Die Erweiterung darf nicht dazu missbraucht werden, die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges zu revidieren.

EU-Erweiterung und NATO-Osterweiterung werden von der herrschenden Politik als parallele und miteinander verbundene politische Prozesse betrachtet. Die Linke lehnt die NATO-Osterweiterung uneingeschränkt ab. Vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung wären eine sinnvolle Alternative, die diesen Staaten auch die Verschwendung von Mitteln für Umrüstung ersparen würde, die für die ökonomische und soziale Entwicklung dringend benötigt werden.

Gemeinsam mit der Währungsunion wird die anstehende Erweiterung der Europäischen Union tiefgreifende politische und wirtschaftliche Auswirkungen haben. Sie werden unseren Kontinent grundlegend verändern. Die Linkskräfte, die sich der Vision eines geeinten Europas verpflichtet fühlen und einer Renationalisierung der Politik sowie konservativen Kerneuropa-Ideen eine klare Absage erteilen, sind für eine breite öffentliche Debatte über diese wichtigen Fragen.

2. Die Risiken der EU-Osterweiterung – Herausforderungen für linke Politik

Die Europäische Union ist durch das Projekt ihrer Osterweiterung in eine Krise geraten. Das Erweiterungsprojekt unterliegt jetzt einer nur noch schwer zu kontrollierenden Dynamik. Gleichzeitig schiebt die EU einen ganzen Berg von ungelösten inneren Problemen vor sich her, deren Bewältigung bereits vor der Erweiterung erfolgen muss, was jedoch außerordentlich schwierig ist. Diese Schwierigkeiten resultieren vor allem aus dem Mangel an institutionellen Mechanismen einer verpflichtenden Willensbildung einerseits und eines wachsenden Umfangs von nicht konsensfähigen Fragen innerhalb der Union andererseits. Insbesondere entstehen angesichts des bevorstehenden Beitritts einer großen Anzahl von sehr viel ärmeren Ländern zunehmend virulent werdende Verteilungskonflikte. Anders als bei der letzten Beitrittswelle handelt es sich bei den jetzigen Beitrittskandidaten ausschließlich um Nettoempfänger von EU-Mitteln. Eine Erweiterung der EU ohne die Bewältigung der anstehenden inneren Probleme und ohne die Schaffung eines neuen institutionellen Mechanismus verpflichtender Willensbildung würde durch die dann unlösbar werdenden Verteilungskonflikte die Funktionsfähigkeit der gesamten Europäischen Union völlig in Frage stellen.

Es kommt hinzu, dass die vorgesehene Erweiterung der EU zunehmend auf Akzeptanzprobleme bei der Bevölkerung sowohl der Mitgliedsländer als auch der vorgesehenen Beitrittsländer stößt. Die EU-Erweiterung wird zwar langfristig durchaus als vorteilhaft für alle beteiligten Länder begriffen, aber zunehmend wird auch begriffen, dass sie für eine erhebliche Minderheit große Kosten und Belastungen mit sich bringt bzw. bringen kann. Eine öffentliche Debatte über diese möglichen Belastungen und Kosten unterblieb jedoch weitgehend. Die Eliten der beteiligten Länder versuchen sich über diese Probleme hinwegzulügen oder sie zu überspielen. Statt dessen wird mit der Moralkeule argumentiert, wonach sich jegliches Hinterfragen gegen das Erweiterungsprojekt oder gar gegen die Interessen und Wünsche der osteuropäischen Völker richten würde. Unterschwellig entsteht so für die Osterweiterung ein legitimatorisches Problem. Die Verweigerung einer offenen Debatte über die mit der Osterweiterung verbundenen Probleme führt dazu, dass wachsende Teile der Bevölkerung der Mitgliedstaaten und auch der Beitrittskandidaten diesem Prozess mit steigendem Misstrauen oder gar mit Ablehnung gegenüberstehen. Wenn jedoch entgegengerichtete Interessen unbeachtet bleiben und keine geregelte politische Artikulationsform finden, besteht die Gefahr, dass die verschiedenen Spielarten des rechten Populismus in Europa in diese Lücke springen. Verliererängste könnten so für die Aufstachelung von Nationalismus und letztlich gegen das gesamte Projekt der Osterweiterung massiv mobilisiert werden. Eine für die europäische Einigung insgesamt gefährliche Kettenreaktion könnte die Folge sein. Die moralische Überhöhung der EU-Erweiterung wäre zur Lösung des Legitimationsproblems kaum hilfreich, sondern eher schädlich, weil die Problemdiskussion dann noch mehr zum politischen Tabu wird und populistischen Positionen in die Hände spielt.

Der gesamte Erweiterungsprozess verläuft sehr technokratisch. Die Grundrechte, die soziale Entwicklung Europas und die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung an der Machtausübung in der EU sowie die Transparenz ihrer Entscheidungen müssen in der europäischen Öffentlichkeit Gegenstand der Auseinandersetzungen werden. Vor allem

müssen aber auch die Quellen und Lösungswege für die bestehenden Risiken offen diskutiert werden.

Quellen für Risiken der EU-Osterweiterung resultieren vor allem aus folgenden Tatsachen:

1. den enormen Unterschieden im Entwicklungsniveau und damit auch in den Einkommen und dem Lebensstandard zwischen den EU-Ländern und der Mehrzahl der Beitrittskandidaten (Im Durchschnitt liegt das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt in den osteuropäischen Beitrittsländern um ca. 70 Prozent unterhalb des entsprechenden EU-Durchschnitts.);
2. den spezifischen Unterschieden im Niveau und in der Struktur der Agrarwirtschaft (Daraus resultieren auf beiden Seiten schwierige Anpassungsprobleme und teilweise auch hohe Anpassungskosten bzw. -lasten, die schwer zu lokalisieren und auszugleichen sind.);
3. den unterschiedlichen Mentalitäten und kulturellen Prägungen der Völker Ost- und Westeuropas, die insbesondere durch die fast 50jährige Trennung und die langjährige gegensätzliche politische und sozialökonomische Prägung entstanden sind (Mit der Osterweiterung werden abgesehen von Ostdeutschland erstmalig Transformationsländer zu EU-Mitgliedern.).

Aus linker Sicht ist weiterhin zu berücksichtigen, dass mit der Osterweiterung auch neue Problemfelder entstehen können, die aus der inneren Verfasstheit der Beitrittsländer resultieren. Dazu gehören z. B. Stand der Demokratie, Rolle nationalistischer und rechtskonservativer Kräfte, ethnische und andere Konflikte usw.

Aus den genannten Gründen setzen sich die europäischen Linken dafür ein, die Probleme und Lösungsrichtungen der Osterweiterung und die damit verbundenen Grundfragen der europäischen Entwicklung gründlich zu diskutieren und umfassend in das Bewusstsein der europäischen Öffentlichkeit zu rücken.

Klarheit muss auch darüber bestehen, dass die Osterweiterung die Solidarität der heutigen Mitgliedsländer der EU verlangt. Ohne energische und umfangreiche finanzielle Unterstützung dieser Staaten ist der Prozess der Osterweiterung zum Scheitern verurteilt. Linke Politik muss sich in diesem Zusammenhang gegen die derzeit vorherrschenden nationalen Egoismen in der EU wenden.

Ziel der Linken sollte ein wirtschaftlich prosperierender Kontinent solidarisch verbundener Völker sein, dessen Politik den sozialen und politischen Grundrechten der Bürger verpflichtet ist. Auf lange Sicht müssen im Europa der Zukunft letztlich auf demokratische Weise sozialistische Werte angestrebt und verwirklicht werden.

3. Bedeutung und mögliche Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft für die Beitrittsländer

In den Beitrittsländern Mittel- und Osteuropas betrachten die derzeitigen Eliten den Beitritt als Königsweg zur Lösung ihrer aktuellen ökonomischen Probleme, die sich beim Übergang zur kapitalistischen Marktwirtschaft ergeben haben. In den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern (mit Ausnahme von Polen, Ungarn, Slowenien und der Slowakei) ist das BIP noch heute deutlich geringer als im Jahre 1989. Die Industrieproduktion in Tschechien erreichte 1999 nur 85 Prozent des Standes von 1990, in Bulgarien sogar nur 20 Prozent. Positiv ist allerdings, dass die meisten MOE-Länder seit 1993 wieder ein dynamisches Wirtschaftswachstum aufweisen (außer Bulgarien, Rumänien und Tschechien). Die Inflation hat die Ersparnisse der Bevölkerung weitgehend vernichtet. Während in diesen Ländern bis zu Beginn der 90er Jahre eine stabile soziale Struktur bestand, wird deren Gesellschaft heute durch wachsende Teilung in wenige Reiche und viele Arme bestimmt. Es wird ein Manchester-Kapitalismus reinsten Wassers unter Missachtung der sozialen Aspekte praktiziert; die Gewerkschaften spielen meist nur eine marginale Rolle. Der Zusammenbruch zahlreicher unrentabler und technisch rückständiger Staatsbetriebe hat die früher nicht existierende Arbeitslosigkeit auf durchschnittlich weit über zehn Prozent getrieben. Die höchste Arbeitslosenrate weist die Slowakei mit 20 Prozent auf. Es folgen Bulgarien mit 17 Prozent, Polen mit 15 Prozent und Rumänien mit 13 Prozent. Die Arbeitslöhne in den EU-Ländern liegen um ein Mehrfaches höher als in den MOE-Ländern (z. B. in Tschechien 375 US-\$ pro Monat, in Bulgarien nur 107 US-\$).

Für alle Beitrittskandidaten ist eine hohe Auslandsschuldung charakteristisch. Das Handelsbilanzdefizit der zehn osteuropäischen Beitrittskandidaten gegenüber der EU beträgt mehr als 20 Mrd. DM. Angesichts des bedenklichen Rückgangs der ausländischen Direktinvestitionen in Osteuropa und des Schuldendienstes verschlechtert sich die Zahlungsbilanzsituation der meisten Länder dieser Region. Es ergibt sich praktisch ein Transfer von Kapital aus den Beitrittsländern in die EU der 15. Zu mehr als einem Drittel ist der Export dieser Länder vom deutschen Markt abhängig. Damit bestimmt die deutsche Konjunktur auch maßgeblich deren wirtschaftliche Entwicklung.

Die Beitrittskandidaten aus den mittel- und osteuropäischen Ländern weisen große Besonderheiten auf: Die Umgestaltung von der realsozialistischen Gesellschaft zur kapitalistischen Ordnung ist noch nicht abgeschlossen; das ökonomische Niveau, die Produktivität und der Umfang des BIP sind im Vergleich zu den Durchschnittswerten der EU wesentlich niedriger. Die Landwirtschaft hat ein relativ großes Gewicht. Ihr Anteil an der gesellschaftlichen Produktion ist in diesen Ländern wesentlich höher als in der EU. Die Volkswirtschaften der Beitrittsländer haben eine völlig andere Struktur im Vergleich zu den jetzigen EU-Mitgliedstaaten. Diese Struktur war durch den RGW und die Ausrichtung auf die damalige Sowjetunion geprägt worden.

Aus all dem resultieren für die MOE-Länder beträchtliche Schwierigkeiten bei ihrer Integration in die EU. Eine totale Öffnung ihrer Märkte gegenüber den wirtschaftlich weit überlegenen EU-Ländern bedroht große Teile ihrer Ökonomie. Sie erfordert eine rasche

Strukturanpassung. Nur wenn die Reallöhne über einen längeren Zeitraum nicht markant steigen, ist in den MOE-Ländern ein exportorientiertes Wachstum dank der vergleichsweise niedrigen Arbeitskosten denkbar. Die Voraussetzungen sind hierfür in Osteuropa aber insofern ungünstig, als ein starker gesellschaftlicher Druck auch zu steigenden Löhnen und vergleichsweise höheren Sozialstandards führen wird.

Für die Überwindung des Entwicklungsrückstandes der mittelosteuropäischen Bewerberländer sind zwei Szenarien denkbar. Vorausgesetzt, das Bruttoinlandsprodukt der EU wächst jährlich um zwei, das der MOE-Länder um sechs Prozent, so würden Tschechien und Ungarn im Jahre 2035 das durchschnittliche BIP pro Kopf der Bevölkerung erreichen, Polen im Jahre 2045. Bei einem EU-Wachstum von 1,5 und in den MOE-Staaten von 4,5 Prozent würden Tschechien und Ungarn erst im Jahre 2050, Polen 2060 aufschließen, d.h. diese Länder müssen über einen Zeitraum von 40 bis 50 Jahren als Ziel-1-Gebiete gefördert werden.

Ausländische Firmen aus der Union und aus Drittländern werden investieren, um vom sicheren Zugang zum EU-Markt und niedrigen lokalen Kosten zu profitieren. Doch nach einem ersten Ansturm zeigt sich schon jetzt eine gewisse Enttäuschung der Investoren, da die Reallöhne ansteigen, die Leistungen des Umfeldes (Infrastruktur) aber gegenüber EU-Standorten deutlich abfallen. Der Lohnkostenvorteil der MOE-Länder könnte im Zuge des Beitritts schrittweise verloren gehen. Damit könnte Ostmitteleuropa eine Deindustrialisierung wie in Ostdeutschland erleben, dessen ungeschützte Unternehmen angesichts der Kostensteigerungen ab 1990 flächendeckend zusammenbrachen. Diese Entwicklung wird allerdings nicht in voller Härte eintreten, da die MOE-Länder zunächst durch eine eigene relativ schwache Währung geschützt bleiben. Dies ist jedoch nur so lange der Fall, wie die MOE-Länder noch außerhalb der Europäischen Währungsunion bleiben und ihre nationale Währung behalten.

Schwache Regionen können mit verstärkten Infrastrukturzuwendungen rechnen, die aus den Regionalfonds finanziert werden. Aber es ist kaum anzunehmen, dass daraus selbsttragendes Wachstum in diesen Gebieten resultiert. Das Kapital, das zeigen alle Erfahrungen, fließt in der Regel nicht dorthin, wo es am dringendsten benötigt würde, also in die am weitesten zurückgebliebenen Regionen, sondern dahin, wo die besten Verwertungsbedingungen und die größten Profitaussichten bestehen. Deshalb wird sich der Aufschwung der Regionen, die nahe zur Alt-EU liegen, weiter intensivieren.

Ein Thema von großer politischer Brisanz hängt mit der Privatisierung von Grund und Boden in den Beitrittsländern, dem freien Niederlassungsrecht in der EU und den Folgen des Zweiten Weltkrieges zusammen. Der Beitritt der Länder, in denen vor Ende des Zweiten Weltkrieges Deutsche lebten, vor allem Polen und Tschechien, darf nicht durch Ansprüche an Grund und Boden belastet werden. Die niedrigen Immobilienpreise dürfen nicht Ausgangspunkt gewaltiger Immobilienspekulationen seitens westlicher Kapitalbesitzer werden. Generell wird die Liberalisierung der Vermögenmärkte die Polarisierung der Gesellschaft in den MOE-Ländern rasch weiter verstärken. Profitieren werden ausschließlich die Besitzer von Grundvermögen.

Die Auswirkungen der Osterweiterung der EU auf die Landwirtschaft der MOE-Länder

können genauer erst in Abhängigkeit von der endgültigen Ausgestaltung der Agrarintegration eingeschätzt werden. Ohne radikale Reform der GAP und bei Gleichbehandlung der landwirtschaftlichen Betriebe in den MOE-Ländern könnten die Bauern mit erheblichen Subventionen rechnen und dadurch deutlich höhere Einkommen erzielen als die Beschäftigten anderer Bereiche. Wahrscheinlich werden wie in der Union produktive Großbetriebe weit mehr profitieren als die zur Rechtfertigung der Gemeinsamen Agrarpolitik immer bemühten Kleinbetriebe. Sie könnten die sich öffnenden großen Märkte in Westeuropa für sich nutzen. Generell werden jedoch die notwendigen großen Produktivitätssteigerungen zu erheblichen Arbeitskräftefreisetzungen und zu starken sozialen Spannungen in den ländlichen Regionen führen. Die bereits stattgefundenen Großdemonstrationen, Straßensperrungen, Besetzungen von Grenzübergängen usw. durch polnische Bauern weisen deutlich auf die Brisanz der anstehenden Entwicklung hin. Vom gesicherten Marktzugang nach Westeuropa dürften auch wettbewerbsfähige Unternehmen der Exportindustrie der MOE-Länder profitieren. Dazu gehören auch die Tourismusbranche und Dienstleistungsexporteure.

Für die Beitrittsländer bringt die angestrebte Mitgliedschaft nicht nur neue Rechte, sondern vor allem auch neue Pflichten mit sich. Der Umfang des gemeinschaftlichen Besitzstands (*acquis communautaire*), also des Gesetzwerkes, das die Kandidaten in nationales Recht übernehmen und umsetzen müssen, hat einen Umfang von ca. 20 000 Rechtsakten mit 80 000 Seiten, von denen allein 40 000 die Landwirtschaft betreffen. Die Beitrittsländer sind verpflichtet, dieses Gesetzwerk, das in insgesamt 31 Kapitel aufgeteilt ist, bis zum Beitritt umzusetzen und anzuwenden. Dabei entwickelt sich dieses Gemeinschaftsrecht u.a. durch den Druck der Welthandelsorganisation auf dem Gebiet der Agrarpolitik und auch im Ergebnis der Währungsunion weiter fort, und zwar in eine Richtung, die keineswegs den Erfordernissen des Transformationsprozesses in den Beitrittsländern entspricht.

In Helsinki ist festgelegt worden, dass mit allen 12 Kandidaten die Verhandlungen einzeln geführt werden, was bewirkt – und auch beabsichtigt ist –, dass zwischen ihnen ein Wettstreit um die Mitgliedschaft erfolgt. Damit wurde seitens der EU der Druck erheblich verstärkt, den Besitzstand der EU seitens der Beitrittsländer rasch und konsequent zu übernehmen. Die MOE-Länder müssen davon ausgehen, dass dies auch die Bestimmungen der Wirtschafts- und Währungsunion betrifft – auch wenn die Einführung der gemeinsamen Euro-Währung zunächst aufgeschoben wird. Gleiches gilt für das Schengener Abkommen, das auch Bestandteil der Amsterdamer Verträge ist. Damit sind erhebliche Schwierigkeiten für die MOE-Länder verbunden. So müsste beispielsweise Tschechien gar seine Grenze zur Slowakei, also eine Grenze, die es vor einigen Jahren noch nicht gab, verstärken und scharf kontrollieren, falls Prag vor Bratislava in die EU aufgenommen wird.

All die aufgeführten Probleme und Konsequenzen machen die Beitrittsverhandlungen sehr schwierig. Einerseits wollen die Beitrittsländer möglichst kurze Beitrittsfristen, andererseits könnten mangelhafte Verhandlungsergebnisse das gesamte Projekt zum Misslingen führen. Für jedes Problem muss daher gründlich um die notwendigen Modalitäten und Fristen der Bewältigung gerungen werden.

“Nicht über das Prinzip der Freizügigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird

verhandelt,” erklärte Klaus Hänsch, vormaliger Präsident des EP, “sondern über die Fristen, in denen das Prinzip wirksam werden kann. Nicht über das Prinzip der Gleichbehandlung von Inländern und Ausländern beim Erwerb von Grundstücken in den Beitrittsländern wird verhandelt, sondern über die Modalitäten und die Fristen der Durchführung dieses Prinzips. ... Nicht ob in Osteuropa künftig ökologische Regeln, Mindestvorschriften im Gesundheitsschutz, im Verbraucherschutz, im Umweltschutz gelten, sondern ab wann sie gelten und was es kostet, wenn sie gelten, steht zur Debatte.”

Die Verhandlungssituation ist also von äußerster Komplexität charakterisiert, denn nicht nur das Datum des offiziellen Beitritts ist von Bedeutung, sondern auch jenes der Beendigung von Ausnahmeregelungen.

Für Griechenland, Spanien und Portugal wurde der EU-Beitritt durch die Einführung von Beitrittsausgleichsbeträgen und ergänzenden Handelsmechanismen erleichtert. Damit konnte das Preis- und Lohngefälle allmählich angeglichen werden. Nach Auffassung der Kommission soll es derartige Vorzugsbedingungen bei der Aufnahme der MOE-Staaten ebenso wenig geben wie Sonderregelungen und langfristige Übergänge. Eine solche Politik wird in der Praxis nicht durchzuhalten sein. Dazu ist das Gefälle zwischen der EU und den MOE-Ländern zu groß. Auf verschiedenen Gebieten werden bedeutende Sonderregelungen und Übergangsfristen unerlässlich sein.

4. Zu den wichtigsten Problembereichen der EU-Osterweiterung

4.1. Ungelöste Probleme der Erweiterungsstrategie für die Beitrittsländer

Die Regierungen der meisten MOE-Länder haben eine baldmögliche EU-Mitgliedschaft ihrer Länder zu einem zentralen Thema ihrer politischen Programme erhoben. Durch diese Orientierung erhält ihr sozial hart gefederter Modernisierungskurs zusätzliche Legitimation und eine für die breite Bevölkerung mobilisierende Perspektive. Die Mehrzahl der Befürworter der Osterweiterung erhofft sich von einem EU-Beitritt eine Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage und einen höheren Lebensstandard. Die Erweiterungsperspektive besitzt aus der Sicht der Führungskräfte und der Bevölkerung eine nicht zu unterschätzende Entlastungsfunktion. Die Verantwortlichen im Westen wie im Osten verschließen die Augen vor den Herausforderungen der Osterweiterung als einer komplexen politischen Aufgabe. Die Prämissen, Weichenstellungen und die Finalität des Erweiterungsprozesses sind daher kritisch zu überprüfen und im Sinne von mehr Symmetrie, Zukunftsoffenheit und Nachhaltigkeit zu korrigieren.

Im Mittelpunkt müssen folgende Probleme stehen, für die die bisherige Erweiterungsstrategie noch keine Antwort gefunden hat:

1. Die westeuropäischen Mitgliedsländer der EU profitieren trotz der in den Europa-Abkommen vereinbarten asymmetrischen Liberalisierung deutlich mehr vom sogenannten Heranführungsprozess als die mittelosteuropäischen Kandidatenländer. Die EU-Staaten realisieren im Außenhandel mit den MOE-Ländern inzwischen einen Überschuss von rund 10 Mrd. Euro. Den mittelosteuropäischen Staaten wird wie selbstverständlich die Rolle einer verlängerten Werkbank, des Zulieferers und des kostengünstigen Nischen-Produzenten innerhalb einer von den westeuropäischen Unternehmen organisierten Arbeitsteilung zugewiesen. Westeuropa profitiert zunehmend von dem Bedarf an Investitionsgütern für Industrie, Landwirtschaft und Infrastruktur in Mittelosteuropa.
2. Es ist unklar, wie im Interesse einer sozial ausgewogenen und dynamischen Entwicklung der MOE-Länder verhindert werden kann, dass dauerhaft mehr Ressourcen aus den Beitrittsländern abgezogen werden, als sie durch Zuwendungen aus den Struktur-, Regional- und Landwirtschaftsfonds der EU erhalten werden.
3. Auch wenn die EU mit der wirtschaftlichen Konvergenz einzelner weniger entwickelter Volkswirtschaften Erfahrungen und begrenzte Erfolge vorweisen kann, fehlt es bisher an schlüssigen Konzepten und effizienten Instrumenten, um die gesamte mittelosteuropäische Region mit einem deutlich geringeren Entwicklungsniveau als das von Irland, Griechenland oder Spanien an das Niveau der Union heranzuführen. Ein Beispiel für das Fehlschlagen des Angleichungsmodells ist Ostdeutschland, dessen Eingliederung in die Bundesrepublik und die EU de facto die erste Osterweiterung gewesen ist. Trotz sehr hoher finanzieller Transfers nimmt der wirtschaftliche Aufholprozess eine lange Zeit in Anspruch und hat noch lange nicht zu einer Angleichung des west- und ostdeutschen Niveaus geführt. Öffentliche Gesamttrans-

fers von fast 1000 Mrd. DM bewirkten zwischen 1991 und 1996 gerade einmal ein Wachstum des ostdeutschen Pro-Kopf-BIP von 31,5 Prozent auf 54 Prozent des westdeutschen Niveaus. Dies verdeutlicht den enormen Finanzbedarf einer erfolgreichen Osterweiterung der EU.

4. Die Zunahme der regionalen Disparitäten innerhalb und zwischen den Staaten ist eine der dramatischsten Folgen der Transformations- und Annäherungsstrategie der Kandidatenländer. Sowohl in den traditionellen als auch in den überwiegend landwirtschaftlich geprägten Gebieten sind in der Regel keine ausreichenden Ressourcen für die Umstrukturierung und Modernisierung vorhanden. Auch die Erfahrungen der EU lehren, dass für eine erfolgreiche Aufholjagd der Transfer finanzieller Ressourcen nicht ausreicht. Was in der EU-alt nicht gelingt, hat in der erweiterten EU erst recht wenig Aussicht auf Erfolg. Das bestehende Instrumentarium der Regional- und Kohäsionspolitik ist unzureichend. Das westeuropäische Privatkapital zeigte bislang wenig Interesse, sich für die Erneuerung rückständiger Regionen zu engagieren. Als Konsequenz droht gerade in den sicherheitssensiblen östlichen Grenzregionen der EU eine krisenhafte Zuspitzung der sozialen Situation und eine abnehmende Akzeptanz des Erweiterungsprozesses.

5. Sowohl die Liberalisierung des gemeinsamen Agrarmarktes der EU nach den Vorgaben der WTO als auch die Beibehaltung der bisherigen Politik hätten einschneidende wirtschaftliche und soziale Konsequenzen für die MOE-Staaten. Besonders in Ländern mit einer arbeitsintensiven Landwirtschaft würde ein Bauernlegen im großen Maßstab mit einem Vordringen besonders der westdeutschen Agrar- und Lebensmittelkonzerne (und eventuell ehemaliger Grundbesitzer) einhergehen. Schon heute verlieren die MOE-Länder kontinuierlich Marktanteile im Agrarhandel. Es würde dem Prinzip der Gleichheit der Mitgliedstaaten widersprechen, wenn die EU-Bauern weiterhin Subventionen erhielten, während die Bauern in den neuen Mitgliedstaaten von dieser Form der Unterstützung ausgeschlossen würden. Diese Ungleichbehandlung wäre auch angesichts des Gefälles im wirtschaftlichen Reichtum absurd. Dies bedeutet jedoch für die EU Mehrkosten von mindestens sieben Mrd. Euro pro Jahr.

6. Die vorrangig durch ökonomische Zwänge und Interessen motivierte Osterweiterung muss von der Bevölkerung der Bewerberländer mit exorbitanten sozialen Kosten bezahlt werden. Dabei stehen die härtesten Anpassungsleistungen erst noch bevor. Die Einkommensschere zwischen einer kleinen Oberschicht und einer immer größer werdenden Gruppe, die am Rande des Existenzminimums oder in Armut lebt, öffnet sich von Jahr zu Jahr weiter. Meist werden die Kosten und Lasten als unabänderliche Folge jeglicher Modernisierung dargestellt. Über die bereits absehbaren Folgen der EU-Osterweiterung wird dabei hinweggegangen. Es stellt sich die Frage, ob sich die erweiterte EU weitere "verlorene Generationen" angesichts der geographischen Nähe zwischen dem reichen Westen und dem armen Osten leisten können.

7. Die hochgradige Außenabhängigkeit, die Brüchigkeit des sozialen Zusammenhalts und die Zerbrechlichkeit der innenpolitischen Stabilität der assoziierten Länder werden durch den anvisierten Beitritt in der Tendenz nicht gemildert, geschweige denn überwunden, sondern mit hoher Wahrscheinlichkeit noch verstärkt. Dieser Ausblick vermittelt einen Begriff von der Diskrepanz zwischen dem mit der Osterweiterung verfolgten politischen Ziel, Frieden und Stabilität nach Mittel- und Osteuropa zu exportieren, und den realen Destabilisierungsrisiken angesichts der naturgemäß begrenzten Anpassungsfähigkeit der mittelosteuropäischen Transformationsgesellschaften.

Grundsätzlich wird durch die genannten Probleme die Fragwürdigkeit der gegenwärtigen Erweiterungsstrategie deutlich, die auf eine einseitige Übertragung westeuropäischer Politikmuster auf einen wirtschaftlich, sozial und kulturell andersartigen Kontext ausgerichtet ist und dabei zu verdrängen scheint, dass sich dieses Muster bereits in Westeuropa in zunehmendem Maße als untauglich erweist. Ohne erhebliche Korrekturen an der gegenwärtigen Erweiterungslogik besteht die Gefahr, dass in den Staaten Mittel- und Osteuropas das Gegenteil dessen eintritt, was angestrebt wird: Also nicht die Herausbildung und Konsolidierung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, sondern deren Fehlentwicklung und Destabilisierung.

Sich sehr wohl des Dilemmas bewusst seiend, treten maßgebliche westliche Politiker und "Vordenker" (Chirac, Fischer) die Flucht nach vorn an, indem sie die Idee eines Kerneuropas wiederbeleben wollen.

Er sei überzeugt, erklärte Frankreichs Präsident im Juni in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag in Berlin, "dass die Erweiterung der Europäischen Union ein bedeutendes, legitimes und notwendiges Ziel ist". "Die Erweiterung ist die Vollendung eines Prozesses!" Die Beitrittskandidaten hätten "bei ihrem Freiheitskampf ihre Kraft aus der Hoffnung geschöpft, sich uns eines Tages anschließen zu können". Doch dürfe "die Erweiterung keine Flucht nach vorne sein", sie werde aber "weder aufgeweicht werden noch Rückschritte erleiden". Der Präsident stellte klar, dass "die Institutionen der Union einzigartig und spezifisch sind und es auch bleiben werden!"

Zugleich räumte er aber ein, dass die EU demokratischer werden muss. "Bisher war der europäische Einigungsprozess allzu sehr das Werk der Politiker und Eliten. Es ist an der Zeit, dass unsere Völker wieder zum Souverän Europas werden." Wie allerdings das künftige Europa aussehen werde, lasse sich zur Zeit nicht sagen. Am Ende einer "großen Übergangsperiode" nach dem erfolgreichen Abschluss der Regierungskonferenz in Nizza müsse die Union im Hinblick auf ihre Grenzen und Institutionen gefestigt sein. "Während dieses Zeitraumes müssen wir neue große Projekte angehen, hierzu gehört natürlich die Erweiterung. Für den Abschluss der Beitrittsverhandlungen und die erfolgreiche Integration neuer Mitglieder bedarf es sicherlich mehrerer Jahre." Im Rahmen dieses Prozesses "könnten wir auch darüber nachdenken, wo die geographischen Grenzen der Union letztlich zu ziehen sind".

Unter dem Druck der ins Haus stehenden Erweiterungsverhandlungen sind die Interessenunterschiede innerhalb der EU stärker aufgebrochen. Im Mittelpunkt stehen die

Verteilungskämpfe um knapper werdende Mittel für die Agrar- und Kohäsionspolitik sowie unterschiedliche Bewertungen des Verhältnisses von Union, Nationalstaaten und Regionen. Während die einen eine Vollendung der inneren Reformen der EU vor Beginn der Osterweiterung verlangen, befürchten die anderen eine gegenseitige Blockierung der beiden großen Reformstränge und sind bemüht, gerade durch die Beschleunigung der Osterweiterung den inneren Reformdruck zu erhöhen. Ziel ist, nach dem Gipfel von Nizza den Weg für die erste Runde der Erweiterungsverhandlungen frei zu machen; mit der Aufnahme der ersten Tranche der fünf leistungsfähigsten mittelosteuropäischen Kandidatenländer wäre dann wahrscheinlich erst einmal für lange Zeit mit weiteren Aufnahmen Schluss.

4.2. Zu den agrarpolitischen Problemen und Konsequenzen der Erweiterung

Wie bereits bei früheren Erweiterungsrounden ist die Land- und Ernährungswirtschaft das wohl schwierigste Gebiet. Hier waren stets längerfristige Vorbereitungsmaßnahmen und oft langjährige Sonder- und Übergangsregelungen gefordert und auch eingeräumt worden. In Hinblick auf die mittelosteuropäischen Staaten kommen zwei Besonderheiten hinzu: Erstens die erheblichen ökonomischen, strukturellen und sozialen Differenzen zu den EU-Ländern, die mit den Folgen des Transformationsprozesses von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft und der Veränderung der Eigentumsformen zusammenhängen, und zweitens das außerordentlich hohe ökonomische und gesellschaftliche Gewicht der Landwirtschaft im Gesamtgefüge der Volkswirtschaften.

Die Schwierigkeiten ergeben sich vorrangig aus der Gemeinsamen Agrarpolitik der Union (GAP). Wie in keinem anderen Bereich verzichten hier die Mitgliedstaaten zugunsten gemeinsamer, einheitlicher Rahmenbedingungen und Instrumentarien auf wesentliche Teile der nationalen Souveränität. Es ist das einzige gemeinsame Politikfeld der Union mit finanzieller Solidarität. Die Kehrseite besteht in der deutlichen Einschränkung marktwirtschaftlicher Prinzipien und Regularien und deren Ersatz durch Reglementierung und Bürokratisierung. Das führte zur Abschottung des Agrarmarktes gegenüber Drittländern, der Begrenzung und Regulierung der Produktion durch die Festlegung von Quoten für bestimmte Produkte und Stilllegungspflichten für Nutzflächen, staatlichen Ankauf von Überschussproduktion (Intervention) sowie Ausgleichszahlungen zwischen den Produktionskosten und den Weltmarktpreisen für Agrarprodukte. Nur unter diesen Bedingungen konnten die kleinbäuerlichen Strukturen in der Landwirtschaft Westeuropas konserviert werden. Für die GAP müssen gegenwärtig knapp 50 Prozent der Mittel des EU-Haushaltes aufgewendet werden.

In den MOE-Ländern ist die Landwirtschaft von wesentlich höherer Bedeutung als in der Union der 15. In den zehn mittelosteuropäischen Beitrittsländern werden 60,2 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche bewirtschaftet – das sind 44 Prozent der Anbaufläche in der derzeitigen EU. Während in der EU im Durchschnitt der Anteil der Landwirtschaft am Bruttosozialprodukt nur rund zwei Prozent beträgt, sind es in den MOE-Ländern sieben Prozent. In Bulgarien und Rumänien beträgt dieser Anteil 21 bzw. 17 Prozent, in Tschechien und der Slowakei fünf bzw. 4,9 Prozent. Im Zuge des Transformationsprozesses ist es überall

zu erheblichen Produktionseinbrüchen gekommen. Durch die drastische Reduzierung der Tierbestände bestehen besonders in der Tierproduktion erhebliche Rückstände. Trotz der Einbrüche beträgt die Produktion der MOE-Länder bei Getreide bereits 45, bei Ölsaaten und Schweinefleisch 30 Prozent der Produktion in der EU-15. Die Flächenausstattung pro Kopf liegt weit über dem EU-Durchschnitt, die Ackerfläche je Einwohner ist gar doppelt so hoch.

Die entscheidende Frage, auf die die Kommission bisher noch keine bindende Antwort gegeben hat, ist: Werden die Instrumentarien der GAP, insbesondere die Ausgleichszahlungen und Prämien je Hektar und Tier, in den mittelosteuropäischen Ländern zur Anwendung kommen? Laut Agenda 2000 ist das nicht vorgesehen. Begründung: Das Erzeugerpreisniveau in den MOE-Ländern liege unter dem der EU und werde sich erst langsam an das der Union angleichen. Die letzten Jahre zeigen aber, dass besonders in der Pflanzenproduktion die Erzeugerpreise in einigen Fällen schon das Niveau in der EU überschritten haben. Ein weiterer neuralgischer Punkt der anstehenden Verhandlungen sind die Produktionsquoten. Nur wenn es hier zu fairen und großzügigen Entscheidungen hinsichtlich der Bemessungsgrundlage kommt, eröffnen sich Spielräume für die Entwicklung der Produktion. Die Erfahrungen in Ost-deutschland zeigen jedoch, dass die EU eine Begrenzung forciert. Es ist zu beachten, dass ein starkes, entwicklungsfähiges Produktionspotential vom Osten auf einen regulierten, bei vielen Produkten bereits gesättigten EU-Agrarmarkt drängen wird. Durch die geographische Lage und ähnliche natürliche Standortbestimmungen umfasst die landwirtschaftliche Produktion der Beitrittsländer in etwa die gleiche Produktionspalette wie in der EU-15. Nach vorsichtigen Schätzungen sind innerhalb der nächsten Jahre Produktionssteigerungen in den MOE-Ländern zwischen 10 und 20 Prozent zu erwarten.

Im Rahmen der Europa-Abkommen wurden die Einfuhrquoten für Agrarprodukte auf beiden Seiten schrittweise gelockert. Die Regelung kam aber vorrangig der EU zugute, denn sie exportierte in diese Länder wesentlich mehr Waren als sie bezog; einzige Ausnahme ist Ungarn. Insgesamt hat sich die Position der meisten mittelosteuropäischen Länder im Agrarhandel verschlechtert. Das ist zum einen Ergebnis externer Faktoren (expansive und aggressive Politik der westeuropäischen Agrarkonzerne, westliche Importbegrenzungen mit Verweis auf veterinärmedizinische Anforderungen usw.) und interner Ursachen wie veraltete Verarbeitungskapazitäten und mangelhafte Infrastruktur. Dennoch haben bei bestimmten Produkten und landwirtschaftlichen Rohstoffen die Importe aus den MOE-Ländern zu bestimmten Zeiten zu "Marktstörungen" in der EU geführt, besonders in den Grenzregionen. Deshalb sollte gründlich geprüft werden, ob mit dem Beitritt ein sofortiger gegenseitig offener Zugang für Agrarprodukte vertretbar ist oder ob in einem Übergangszeitraum Außenschutz und Zollregelungen aufrecht erhalten werden sollten – sowohl zum Schutz der nicht konkurrenzfähigen Landwirtschaft der MOE-Länder als auch zur Begrenzung der noch zu niedrigen Preisen produzierten Ernährungsgüter und Rohstoffe der betreffenden Länder auf dem EU-Markt.

Ein großer Teil der Erwerbspersonen in den MOE-Ländern ist in der Landwirtschaft tätig, im Durchschnitt 22 Prozent gegenüber dem EU-Mittel von fünf Prozent. Mit 37, 28 und 26 Prozent liegen Rumänien, Polen und Bulgarien an der Spitze, während dieser Anteil in

Tschechien nur 5,5 und in Ungarn 7,5 Prozent beträgt. In einigen Ländern wie Polen hat die Anzahl der in der Landwirtschaft Tätigen zugenommen, da durch die wachsende Arbeitslosigkeit in den Städten Abwanderungen zu Verwandten auf dem Dorfe erfolgten. Der Transformations- und Modernisierungsprozess und die Integration in die EU erfordern in den MOE-Ländern einen bedeutenden Rationalisierungsschub, der Millionen von Arbeitskräften in der Landwirtschaft freisetzen wird. Da sich das Gleiche auch in anderen Wirtschaftsbereichen vollziehen wird, wird die Eingliederung dieser Freigesetzten nur begrenzt möglich sein. Auch werden die finanziellen und materiellen Ressourcen kaum ausreichen, um durch die Entwicklung des ländlichen Raumes in größerem Umfang neue Arbeitsplätze zu schaffen.

In den zehn beitragswilligen MOE-Staaten sind über 10 Millionen Menschen in der Landwirtschaft tätig, verglichen mit 7,5 Millionen in der heutigen 15er Gemeinschaft. Indessen liegt die Produktivität bei einem Zehntel des EU-Wertes. Schon ein Anstieg auf 50 Prozent der Produktivität der EU würde eine Verringerung der Beschäftigtenzahl auf sechs Millionen voraussetzen! In Polen würde die Halbierung der Beschäftigtenzahl in der Landwirtschaft zwei Millionen Arbeitskräfte freisetzen, deren Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess rund 200 Milliarden Euro an Investitionen erfordern. Um zu verdeutlichen, was auf die MOE-Staaten zukommt: In der Landwirtschaft der ehemaligen DDR haben nach dem Anschluss an die BRD und dem damit verbundenen Überstülpen der EU-Rahmenbedingungen knapp 700 000 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verloren, innerhalb von zehn Jahren sank die Zahl der Arbeitskräfte um 85 Prozent!!

Daraus ergeben sich folgende Überlegungen:

1. Bei den Beitrittsverhandlungen sollten die sozialen Wirkungen von Entscheidungen, die mit dem Transformationsprozess und der EU-Mitgliedschaft verbunden sind, eine entscheidende Größe sein. Es geht um die Einheit von politischem Verhaltenskodex, wie er in den Kopenhagen-Kriterien formuliert ist, und den sozialen Menschenrechten, die das Recht auf Arbeit implizieren.
2. Die Investitionspolitik sollte vor allem darauf konzentriert werden, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen; bereits heute liegt die Arbeitslosigkeit der MOE-Länder im Durchschnitt beträchtlich über dem EU-Mittel.
3. In den mittelosteuropäischen Ländern wird es erforderlich sein, die sozialen Sicherungssysteme im Hinblick auf die sich verschärfenden innergesellschaftlichen Probleme auszubauen und zu entwickeln.

Während bei den vorangegangenen Erweiterungsrunden Länder beitraten, deren Agrarstruktur mit der der EU weitgehend identisch war, ergibt sich nunmehr eine völlig neue Lage. Die mit der politischen Wende eingeleiteten Umstrukturierungen von großen Produktionseinheiten in Form von Genossenschaften oder Staatsbetrieben hin zu privaten bäuerlichen Betrieben führte zu einer Zersplitterung der Produktion in Klein- und Kleinstbetriebe. Ausgenommen in Tschechien liegen die durchschnittlichen Betriebsgrößen unterhalb der Größe von Nebenerwerbsbetrieben in Deutschland. In Polen werden vier Millionen bäuerliche Betriebe gezählt, jeder vierte hat weniger als zwei Hektar Nutzfläche, die durchschnittliche

Betriebsfläche beträgt sieben Hektar. Damit ist unter EU-Bedingungen für die Mehrzahl der Bauernhöfe nicht einmal Subsistenzwirtschaft, also Eigenversorgung, möglich. In Polen werden 25 Prozent der Milch in Betrieben mit bis zu drei Kühen und 50 Prozent in Betrieben mit vier bis zehn Kühen produziert.

Die Erfahrungen aus der Transformation in Ostdeutschland besagen, dass es vorteilhaft ist, eine unterschiedlich strukturierte Landwirtschaft zu entwickeln, die einen Mix der verschiedenen Eigentumsformen beinhaltet. So werden auf dem Gebiet der ehemaligen DDR 31 Prozent der Nutzfläche von Agrargenossenschaften, 22 Prozent von Kapitalgesellschaften, 24 Prozent von Personengesellschaften und 23 Prozent von Einzelunternehmen bewirtschaftet. Mit dieser Struktur hat sich die ostdeutsche Landwirtschaft innerhalb der EU als konkurrenzfähig erwiesen.

Fazit: Eine EU-Erweiterung im Agrarbereich ist nach Auffassung der meisten Experten ohne Übergangsfristen und besondere, auszuhandelnde Übergangsregelungen nicht vorstellbar. Um übermäßige soziale Härten und Verwerfungen in einem gnadenlosen Verdrängungswettbewerb zu vermeiden, sind ausreichend lange Übergangsfristen notwendig, wie sie auch bei bisherigen Erweiterungen gewährt wurden. Wichtig sind dabei fundierte Konzepte der Beitrittskandidaten für die anstehenden Verhandlungen. Aus heutiger Sicht dürfte der vorgesehene Finanzrahmen nicht ausreichen, um die komplizierten Prozesse der Integration zu bewältigen. Eine Ausweitung dieses Rahmens wird aber nur über eine Steigerung der Beiträge der gegenwärtigen EU-Mitgliedstaaten möglich sein, nicht über eine Reduzierung der geplanten Ausgaben für die verschiedenen Politikfelder der Gemeinschaft.

4.3. Erfordernisse der institutionellen Reformen in der EU und Stärkung des Europäischen Parlaments

Ein grundsätzliches Scheitern der Verhandlungen zur Osterweiterung wird kein Mitgliedstaat angesichts der zu erwartenden Folgen für den gesamten Einigungs- und Erweiterungsprozess in Kauf nehmen wollen. Die Gefahr ist jedoch groß, dass in Nizza die Einhaltung des Zeitplanes höher bewertet wird als die Qualität der Ergebnisse. Demzufolge findet wahrscheinlich nur eine halbherzige Erweiterung statt.

Die Risse am EU-Einigungsvertrag sind schon jetzt nicht zu übersehen. Beispiel die Abstinenz bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 1999. Auch die Kompetenzverteilung zwischen Union und Mitgliedstaaten liegt grundsätzlich im Argen, der Finanzrahmen kracht in allen Fugen, Konflikte zwischen den bisherigen Zahlern, die wohl noch mehr zahlen müssen, den jetzigen Empfängern, die an Zuschüssen verlieren werden, und den künftigen Mitgliedstaaten, die möglichst viel erhalten wollen (und müssen), sind bei der Beibehaltung des Status quo, der Zementierung von Besitzständen, vorprogrammiert.

Die Beitrittsverhandlungen werden bereits heute vom Ringen um die Verteilung der knapper werdenden Ressourcen geprägt. Dass sich für den Knäuel der Probleme keine Lösung abzeichnet, liegt vorrangig daran, dass die Union die Frage nach ihrer Identität, ihrer Reich-

weite und Tiefe noch nicht beantwortet hat. Unübersehbar steht nicht das große Ganze, sondern der Erhalt bzw. die Ausdehnung des Einflusses und des Status der einzelnen Regierungen in den Gemeinschaftsinstitutionen im Mittelpunkt. Die Lehren aus der Europawahl und dem Rücktritt der Kommission, aus sinkender Akzeptanz und mangelnder Legitimation europäischer Entscheidungen wurden bisher nicht gezogen.

In der Politik der meisten europäischen Regierungen wird die Notwendigkeit von institutionellen Reformen ausschließlich aus der anstehenden Erweiterung der Union abgeleitet. Aus linker Sicht sind sie jedoch nicht nur erforderlich, um die EU für die Erweiterung fit zu machen sowie die Funktions- und Entscheidungsfähigkeit der EU auch unter den Bedingungen ihrer Erweiterung voll zu gewährleisten. Enormer Reformbedarf besteht auch auf Grund des generellen Demokratiedefizits in der Europäischen Union. Der Amsterdamer Vertrag hat dem Europäischen Parlament zwar einige neue Mitentscheidungsrechte eingeräumt, doch von einer demokratischen Teilhabe der in der Union lebenden Menschen an den EU-Entscheidungen kann noch keine Rede sein. Fehlende demokratische Legitimation bewirkt aber ein schwindendes Interesse der Bürger an der Lösung der vor den EU-Ländern stehenden Herausforderungen. Immer deutlicher verspüren die Menschen die wachsenden Widersprüche zwischen der tiefgreifenden Beeinflussung ihrer Lebensverhältnisse speziell durch die Entwicklung der Europäischen Währungsunion und des europäischen Binnenmarktes auf der einen Seite und der weitgehend fehlenden demokratischen Einflussmöglichkeit der Bürger auf die Politik der EU und ihrer Strukturen.

Mehr Partizipationsmöglichkeiten der Bürger bedeuten, dass bei grundlegenden Beschlüssen zur Ausgestaltung der Union – und dazu gehört die anstehende Erweiterung – Plebiszite in allen EU-Ländern durchgeführt werden. Unverzichtbar ist auch, dass Nichtregierungsorganisationen, Bürgerinitiativen, Gewerkschaften, Frauenverbände und andere gesellschaftliche Organisationen in entscheidungsvorbereitende Aktivitäten der EU-Institutionen einbezogen werden.

Aus linker Sicht darf die Verwirklichung des Subsidiaritätsprinzips keine sozialreaktionären, verbraucherschädigenden und umweltfeindlichen Politikvorstellungen legitimieren und fördern. Entscheidungen sollten im Interesse von Sachkunde und Bürgernähe dort gefällt werden, wo die jeweiligen Probleme am sinnvollsten und effektivsten gelöst werden können. Das Wechselverhältnis zwischen Demokratie und Subsidiarität bleibt jedoch nur dann gewahrt, wenn einerseits in der EU die entsprechenden Mindeststandards eingeführt werden und andererseits das Recht der Staaten und Regionen festgeschrieben wird, weitergehende Regelungen beizubehalten bzw. durchzusetzen. Gerade im Hinblick auf die zur EU stoßenden MOE-Länder darf Subsidiarität nicht zur Aushöhlung von sozialen und ökologischen Errungenschaften missbraucht werden, beispielsweise zur Deregulierung des Arbeitsmarktes.

Die Stärkung der repräsentativen Demokratie erfordert vor allem den Ausbau der Rechte des Europäischen Parlaments sowie auch die Stärkung der Mitspracherechte der nationalen Parlamente im Integrationsprozess. Dringend notwendig ist eine deutliche Aufwertung des Europäischen Parlaments im politischen Entscheidungs- und Gesetzgebungsprozess der EU. Es muss in allen Politikbereichen, in denen der Rat mit Mehrheit entscheidet, diesem

gleichgestellt werden. Es muss außerdem das Initiativrecht im Gesetzgebungsprozess erhalten. Alle Änderungen des EU-Vertrages müssen künftig auch der Zustimmung des Europäischen Parlaments unterliegen. Präsident der Kommission und Kommissare müssen künftig durch das Parlament gewählt werden. Die Wahlen zum Europäischen Parlament sollten EU-weit nach gemeinsamen Grundsätzen und Verfahren stattfinden. Die Kontrollrechte des EP gegenüber der Europäischen Kommission und den einzelnen Kommissaren sind wesentlich zu stärken.

Für die Stärkung der demokratischen Legitimation der Europäischen Union ist die Aufwertung des Parlaments als einzige von den Bürgern der Union gewählten Institution unabdingbar. Das Europäische Parlament sollte zumindest drei Funktionen wahrnehmen können:

- Gesetzgebung
- Wahl und Kontrolle der Kommission
- Repräsentation.

Bei der Gesetzgebung sollte eine Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens auf alle im Rat mit Mehrheit zu entscheidenden Gesetzgebungsmaterialien angestrebt werden. Dem EP sollte zumindest für “bürgernahe” Politikbereiche des EG-Vertrages – wie den Verbraucherschutz, das Gesundheitswesen oder die Sozialpolitik – im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens das Recht zur Gesetzesvorlage zugesprochen werden. Durch all diese Schritte würde das Parlament als “Bürgerkammer” gegenüber dem Rat als “Staatenkammer” an Gewicht gewinnen.

Das Europäische Parlament muss auch im Prozess der gegenwärtig anstehenden EU-Erweiterung größeren Einfluss ausüben. Am Ende der Beitrittsverhandlungen hat das EP mit qualifizierter Mehrheit abzustimmen, um die Ratifikation jedes Beitrittsvertrages zu ermöglichen. Ein ähnliches Ratifikationsverfahren findet in allen Parlamenten der Mitgliedstaaten der EU und denen der Bewerberländer statt. Das Europa-Parlament ist bestrebt, in den Vorbereitungen auf den Beitritt der Bewerberstaaten als gleichberechtigter Partner aufzutreten und hält es für wünschenswert, dass sich die parlamentarischen Ausschüsse mit den Delegationen der Bewerberstaaten beraten, um sicherzustellen, dass der Beitrittsprozess ein kontinuierliches Engagement für *Demokratie* und einen parlamentarischen Dialog auslösen wird. Dem Drängen des Parlaments ist es zu danken, dass Anfang der 90er Jahre die Gemischten Parlamentarischen Ausschüsse eingerichtet wurden. Das Netz der Gemischten Parlamentarischen Ausschüsse (GPA) bildet den wichtigsten strukturellen Rahmen für den parlamentarischen Dialog mit den MOE-Ländern. Diese Ausschüsse versammeln sich gewöhnlich zweimal im Jahr, einmal in der Union und einmal in dem betreffenden Land. Jeder GPA hat ein Präsidium mit einem Ko-Vorsitzenden und zwei stellvertretenden Vorsitzenden von jeder Seite. Eine Delegation bei einem GPA wird vom Europäischen Parlament ernannt. Gegenwärtig hat jede Delegation 12 Mitglieder. Die GPA haben ein sehr starkes Profil in der Öffentlichkeit, insbesondere in den mittelosteuropäischen Ländern. Ferner sind die GPA ein wichtiges Forum für den Austausch von Gedanken und die Förderung der Diskussion, decken doch die Tagungen eine breite Palette von beiderseits interessierenden

Themen ab, darunter auch sehr sensible Themen. In jeder Sitzung kann der GPA Erklärungen und Empfehlungen annehmen, die dem Assoziierungsrat zur Prüfung durch die Institutionen der EU und des betreffenden Landes übermittelt werden.

Insgesamt sind die GPA ein Ort des Gegenseitigen Kenneinlernens, da die Mitglieder der nationalen Parlamente in der Tat häufig nicht viel voneinander wissen. Sie bilden außerdem eines der wenigen demokratischen Foren, wo die Bürger der EU und der Bewerberstaaten über ihre gewählten Abgeordneten vertreten sind. Bereits im Vorbereitungsprozess auf die Erweiterung werden die Grundlinien für die Politiken des Parlaments in bezug auf Mittel- und Osteuropa vom Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten, Sicherheit und Verteidigungspolitik entworfen. Der Ausschuss ist zuständig für die Aufnahme, Überwachung und den Abschluss der Verhandlungen über den Beitritt europäischer Staaten zur Union. Der Ausschuss erfüllt hinsichtlich der Erweiterung der EU eine federführende Rolle unter allen Ausschüssen des EP. Der Ausschuss ernannte auch die Berichterstatter für jeden Bewerberstaat. Diese Berichterstatter sind dafür verantwortlich, dem Parlament über die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in den jeweiligen Bewerberstaaten zu berichten. Diese Berichte sind vom Ausschuss anzunehmen, bevor sie im Plenum angenommen werden können. Durch die Konzentration auf die Fortschritte bei der Erfüllung der Kriterien von Kopenhagen bilden sie ein Gegengewicht zu der Haltung der Kommission in den jährlichen Prüfberichten (Reports) über die Fortschritte in den Bewerberstaaten.

Neu in der Praxis ist seit diesem Frühjahr, dass der Ausschuss unabhängig von und vor dem Kommissionsbericht seine politische Stellungnahme formuliert, abstimmt und dem Plenum vorlegt.

Andere Ausschüsse prüfen die Bedeutung der Erweiterung in Bereichen, für die sie unmittelbar zuständig sind.

Es erscheint dringend, angesichts der Komplexität der Problemstellung einen eigenen Ausschuss zu bilden, der sich ausschließlich mit Erweiterungsfragen beschäftigt.

4.4. Sonstige ungelöste Probleme der Osterweiterung in der EU

Die im Rahmen der Agenda 2000 geplanten Finanzmittel für die Vorbereitung und Realisierung der EU-Erweiterung sind angesichts der mit diesem Prozess verbundenen Probleme wahrscheinlich zu gering angesetzt. Die Kommission berechnet in ihrer finanziellen Vorschau die Vorbereitungs- und Beitrittskosten für die Periode 2000 bis 2006 auf 80 Milliarden Euro. Ein Viertel davon entfallen auf die neuen Mitglieder, die ihrerseits ihren Beitrag zum EU-Haushalt leisten müssen. Da die Haushaltsansätze aber auf Reformschritten im Agrarbereich beruhen, die hinter den Erwartungen zurückbleiben, könnte sich die Finanzierungsfrage allein deshalb schon bald neu stellen.

Der Druck der Osterweiterung wird sich darauf richten, die Einnahmenseite des EU-Haushalts zu erhöhen. Die bereits heute erkennbare Tendenz, dass die EU sich angesichts der Finanzbelastung der Osterweiterung immer stärker zu einer Transferunion entwickelt, wird wahrscheinlich rasch zur Ausschöpfung des restlichen Haushaltsspielraums bis zur Obergrenze von

1,27 Prozent des Bruttonettoprodukts der gesamten (erweiterten) Union führen. Es ist zu befürchten, dass ein politischer Ausweg zu Lasten der Steuerzahler gesucht wird. Allerdings dürfte die Einführung einer Art Solidarsteuer angesichts der 2002 anstehenden Wahlen in Deutschland und Frankreich nur schwer zu vermitteln sein. Denkbar wäre auch der Versuch, das Problem durch die Einführung eines expliziten Verschuldungsrechts für die EU zu lösen.

Klar ist jedoch schon jetzt: Mit der Integration werden die Ansprüche an einen solidarischen Ausgleich wachsen, wie er z.B. in Form von Kohäsionsfonds auch in der Alt-EU praktiziert wird. Diese Hilfe kann den neuen Mitgliedern nicht vorenthalten werden. Die Übertragung der jetzigen Agrar- und Strukturpolitik auf die MOE-Länder würde vermutlich bereits in der ersten Runde die Aufstockung des EU-Haushaltes von einem Drittel seines jetzigen Umfangs nötig machen.

Mehr noch: Die neuen Mitgliedstaaten der Union sind allesamt arme Ziel-1-Regionen. Ihr Bruttonettoprodukt je Einwohner erreicht weniger als 75 Prozent des EU-Durchschnitts. Wenn sich nichts ändert, wird die Bevölkerung der Ziel-1-Gebiete von 94 auf 200 Millionen anwachsen. Die Neulinge könnten im Verbund mit den armen alten Kohäsionsländern eine Koalition der Strukturfondsbezieher bilden, der es auf dem Weg der qualifizierten Mehrheit möglich wäre, höhere Ausgaben aus diesem Titel auf Kosten der reichen Nettozahler durchzusetzen. Die bisherige Zusammenarbeit mit den MOE-Ländern hat sich für die EU als profitabel erwiesen. Allerdings steht die Bevölkerung in den EU-Mitgliedstaaten dennoch nicht einhellig hinter den ehrgeizigen Zielen der politischen Eliten, was vor allem auf die Ängste vor Billigkonkurrenz, Verlust von Arbeitsplätzen und Migrationswellen zurückzuführen ist. Während beispielsweise in Österreich und Deutschland bei Umfragen eine knappe Mehrheit für den Beitritt Ungarns ist, immer noch an die 40 Prozent die Aufnahme Sloweniens und Tschechiens befürworten, lehnen bis zu zwei Drittel der Befragten die Aufnahme Rumäniens, Bulgariens, Polens und der Slowakei ab. Selbst hinsichtlich der baltischen Staaten ist eine knappe Mehrheit gegen den Beitritt.

Besorgniserregend für viele Kritiker der Osterweiterung ist das starke soziale und ökonomische Gefälle innerhalb des gemeinsamen Marktes. Befürchtet wird, ein Strom billiger Arbeitskräfte aus dem Osten könnte den westlichen Arbeitsmarkt überschwemmen; um dies aufzufangen, komme die Erweiterung zu teuer, zudem grassiert die Angst, politische, ökonomische, soziale und ökologische Instabilität werde in die EU importiert.

Im Rahmen der Assoziierungsabkommen hatte die EU den MOE-Ländern bisher keine Arbeitnehmerfreizügigkeit eingeräumt. Einzelne Mitgliedstaaten haben jedoch bilateral Zugangsrechte vereinbart, von denen Deutschland am stärksten Gebrauch gemacht hat. Bereits 1995 entfielen nicht weniger als 64 Prozent der aus den MOE-Ländern stammenden Personen im arbeitsfähigen Alter in der EU auf Deutschland.

Ökonomisch macht es keinen entscheidenden Unterschied, ob ein deutscher Arbeitsplatz der Importkonkurrenz oder einer immigrierten Arbeitskraft weichen muss, wie es etwa auf ortsgebundenen Baustellen der Fall ist. Im Unterschied zum ersten wird der letztere Fall aber schärfer wahrgenommen und sozial problematisiert, weil die Differenz von Lohnhöhe und Sozialstandards erst im unmittelbaren Nebeneinander von Arbeitsplätzen sichtbar wird. Die

starken Unterschiede in den Arbeitskosten zwischen den EU-Ländern und den MOE-Ländern schaffen enorme Anreize sowohl für Lohn- und Sozialdumping als auch für Migration.

Während in Deutschland 1997 an Direktgeld und Personalkosten je geleistete Arbeitsstunde 47,92 DM bezahlt wurden, waren es in Slowenien 10,93 DM, in Polen 5,48 DM, in Tschechien 4,80 DM, in Ungarn 4,81 DM, in Rumänien 1,81 DM, in Bulgarien 1,42 DM und in Estland 3,67 DM. Auch bei der Berücksichtigung des unterschiedlichen Preisniveaus (Kaufkraftniveau) liegen die Arbeitskosten in Polen und Tschechien unter einem Viertel im Vergleich zu Deutschland. Deshalb erscheint es unrealistisch, mit den Beitritten auch sofort den Arbeitsmarkt zu integrieren mit der damit verbundenen Freizügigkeit der Arbeitskräfte. Auch wenn der Produktivitätsfaktor Kapital wesentlich mobiler sein dürfte als der Faktor Arbeit, muss bei dem gegenwärtigen Vergütungsgefälle mit erheblichen Migrationsbestrebungen gerechnet werden. Die hohe und wahrscheinlich weiterhin wachsende Arbeitslosigkeit in den MOE-Ländern wirkt in gleicher Richtung. Speziell die hochqualifizierten Arbeitskräfte können in den EU-Ländern mit verstärkter Nachfrage rechnen. Der gesamte EU-Markt steht ihnen offen. Dies könnte jedoch für die MOE-Länder größere Probleme bereiten, falls sich daraus ein umfassender Braindrain entwickelt. Durch die niedrigen Arbeitskosten in den MOE-Ländern geraten auf EU-Ebene arbeitsintensive Bereiche mit niedrigem Qualifikations- und Veredelungspotential unter Lohn- und Entlassungsdruck. Vielfach ist eine Verlagerung der Produktion in den Osten profitträchtiger.

Die notwendige Erhöhung der Arbeitskosten und damit des Einkommens der Arbeitnehmer in den MOE-Ländern wird sich nur auf der Grundlage der Produktivitätssteigerung vollziehen können. Diese wird wiederum von einem erfolgreichen Umstrukturierungsprozess abhängen. Diese Aufgabe wird noch mehrere Jahre, wenn nicht Jahrzehnte in Anspruch nehmen und nicht zuletzt auch von der Bereitstellung ausländischen Kapitals sehr beeinflusst. Zudem werden die weniger produktiven Anbieter aus den MOE-Ländern unter dem Konkurrenzdruck des Westens ihre Wettbewerbsnachteile durch Druck auf die Löhne kompensieren.

Ein besonderes Problembündel entsteht mit der Osterweiterung für die angrenzenden Regionen der EU. Das betrifft speziell die östlichen bzw. südlichen Grenzregionen Deutschlands, Österreichs und Italiens. Hier könnte vor allem die Billigkonkurrenz im Handwerk und im Dienstleistungsgewerbe, in der Landwirtschaft, im Handel, in der Gastronomie usw. u. U. verheerende Auswirkungen haben. Auch die Arbeitskräftemigration könnte weit größere Ausmaße annehmen als in anderen Regionen der EU. Größere Belastungen entstehen auch durch die mit der EU-Mitgliedschaft der Nachbarländer entstehenden Aufgaben zur grenzüberschreitenden Neuordnung der gesamten Infrastruktur (Verkehrsverbindungen, öffentlicher Nahverkehr, Umwelt, Energieversorgung, bis hin zu Bildung, Gesundheitswesen usw.). Auch die möglichen Konsequenzen bezüglich Grundstücksentwertungen und Gewerbeabwanderungen sind zu bedenken. Um die berechtigten Sorgen der betroffenen Regionen aufzugreifen, sollte die EU ein spezielles Programm zu ihrer Unterstützung bei der Vorbereitung und Realisierung von Anpassungsmaßnahmen im Rahmen der EU-Osterweiterung beschließen. Hierzu sollte auch die Förderung der Regionalisierung und der Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe gehören. Regionale Entwicklungsagenturen

könnten diese Prozesse koordinieren. Speziell für die ostdeutschen Bundesländer könnte die Osterweiterung der EU bedeutende finanzielle Auswirkungen haben. Derzeit ist Ostdeutschland die größte unter-entwickelte Region der EU. Als Ziel-1-Region erhalten die östlichen Bundesländer erhebliche EU-Mittel-Zuflüsse. Diese würden weitgehend wegfallen, falls eine totale Neuordnung der Ziel-1-Regionen zugunsten der MOE-Kandidaten stattfindet.

Im Prozess der Transformation entsteht in den osteuropäischen Staaten ein gesellschaftliches Modell, das von den Verhältnissen des Kapitalismus geprägt, aber noch keineswegs konsolidiert ist. Dieses insgesamt noch unfertige gesellschaftliche System ist von einem beträchtlichen Teil der Menschen noch nicht so angenommen, dass sie sich damit identifizieren. Eine solche Identifikation ist jedoch Bedingung, um die Stabilität der inneren Ordnung und ihre Entwicklung langfristig zu gewährleisten. Die Privatisierungspolitik und die wirtschaftliche Umstrukturierung in den MOE-Staaten waren und sind einseitig von kapital-egoistischen Interessen bestimmt. Die Schäden in ökonomischer, politischer und geistig-moralischer Hinsicht sind von langer Wirkungsdauer. Damit entsteht für die EU durch die Osterweiterung ein latentes Sicherheitsproblem.

Der EU-Beitritt ist zweifellos geeignet, den Frieden und die Sicherheit in Europa und insbesondere in den Beitrittsländern zu festigen. Allerdings droht auch die Gefahr, dass die Beitrittsdebatte die Gesellschaften Ostmitteleuropas polarisiert und vorhandene Enttäuschungen mit der Demokratie und Marktwirtschaft mit den Ängsten angesichts des EU-Beitritts verknüpft. Das Amalgam von antiwestlichen, nationalistischen, traditionalistischen und antikapitalistischen Interessen könnte in den jungen Demokratien einen verhängnisvollen Einfluss entwickeln. Dies ist kein Spezifikum Ostmitteleuropas, sondern teilweise auch in westeuropäischen Ländern zu beobachten, doch kämen in den MOE-Ländern die besonderen Probleme des Übergangs hinzu: neue Armut, Arbeitslosigkeit, Einkommensverluste, wachsende Ungleichheit – und dies auf dem Hintergrund egalitärer Traditionen und euphorischer Erwartungen. Hinzu kommt, dass sich unter den MOE-Ländern auch die Tendenz der ungleichmäßigen Entwicklung und damit zusammenhängend auch die Widersprüchlichkeit in den außen- und sicherheitspolitischen Interessen verstärkt hat. Teilweise nehmen sie den Charakter von Gegensätzlichkeiten an. Gegenwärtig wird der Ausbruch dieses Konfliktpotentials durch das allen diesen Staaten gemeinsame Ziel des Beitritts zur Union noch überlagert. Das Konfliktpotential ist jedoch vorhanden und kann von interessierter Seite genutzt werden, um eigene Ziele durchzusetzen.

5. Zusammenfassende Schlussfolgerungen für linke Politik

Erstens: Die außerordentlich große Bedeutung der EU-Osterweiterung erfordert eine grundlegende Positionierung der europäischen Linken zu diesem Projekt.

Die Osterweiterung wird von den Staaten der Union eindeutig als hegemoniales Projekt vorangetrieben. Dadurch wird nicht nur ein kreativer gegenseitiger Lernprozess verhindert, sondern unter Umständen sogar das Gesamtprojekt gefährdet. Der gesamte mittel- und osteuropäische Raum wird letztlich nicht nach den regionalen, kulturellen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Gegebenheiten und Erfordernissen, sondern nach den Interessen und Vorgaben der westeuropäischen Staaten geordnet.

Linke Politik muss dieser Entwicklung gegensteuern und sowohl über die öffentliche Debatte als auch über parlamentarische und außerparlamentarische Initiativen auf die EU-Osterweiterung Einfluss nehmen. Es geht darum, die Europäische Union so zu gestalten, dass Europa sich zu einem Kontinent freundschaftlich verbundener Völker und gleichberechtigter Staaten, zu einem Kontinent des Friedens, der Demokratie und der Menschenrechte, zu einem Kontinent des ökologischen und sozialen Fortschritts entwickelt.

Zweitens: Eine wichtige Aufgabe der europäischen Linken besteht ausgehend hiervon darin, die Ziele, Voraussetzungen und Probleme der EU-Osterweiterung umfassend zu analysieren und wo notwendig gemeinsame alternative Konzepte gegenüber dem Vorgehen der herrschenden Eliten zu entwickeln. Eine engere Zusammenarbeit linker Kräfte ist dringend erforderlich.

Drittens: Linke Politik zielt auf ein Europa, das sich solidarisch verhält. Dies gilt nicht nur innerhalb der EU, sondern auch in den Beziehungen zu Schwächeren und Benachteiligten außerhalb der EU, besonders zu den neuen EU-Beitrittskandidaten. Linke Politik muss darauf gerichtet sein, die berechtigten Interessen der Beitrittsländer zu unterstützen, ihnen ausreichende Hilfe zu gewähren und ihre Gleichberechtigung zu sichern. Zur europäischen Identität gehört sehr wesentlich auch die europäische Solidarität.

Viertens: Die europäischen Linken haben eine hohe Verantwortung, mit dafür zu sorgen, dass der europäische Einigungsprozess nicht zu einem technokratischen Elitenprojekt verkommt, sondern sich als demokratisch gestalteter Prozess vollzieht. Die Mitwirkung und Mitentscheidung der Bürger und Parlamente muss angesichts der hohen Risiken, die gerade der EU-Osterweiterung innewohnen, in diesem Prozess eine herausragende Rolle spielen. Die Linken müssen in diesem Zusammenhang auf die weitere Aufwertung des Europäischen

Parlaments und auf dessen wirksamere Einflussnahme auf den Prozess der EU-Erweiterung bestehen. Hierzu könnte auch die Bildung eines speziellen Ausschusses des Europaparlaments beitragen.

Fünftens: Linke Politik sollte im Prozess der EU-Osterweiterung den folgenden Fragen besondere Aufmerksamkeit schenken:

- Gewährung von längerfristigen Übergangsfristen und Sonderregelungen für die Beitrittsländer;
- Schaffung gleichberechtigter Zugangsbedingungen zu den Gütermärkten, auch im Agrarsektor;
- Gleichbehandlung der Länder und deren Bürger bei der Struktur-, Agrar- und sonstigen Förderung;
- Ausreichende Übergangsfristen für die Öffnung des westeuropäischen Arbeitsmarktes und des osteuropäischen Immobilienmarktes;
- Baldmögliche Festlegung klarer Beitrittsfristen für die einzelnen EU-Kandidaten;
- EU-Unterstützung einer wirksamen Wachstums-, Sozial- und Umweltpolitik in den MOE-Ländern.

Sechstens: Als strategisch besonders wichtiges Anliegen linker Politik ist auch im Prozess der Osterweiterung die soziale Dimension anzusehen (gegen Manchesterkapitalismus, Sozialdumping, braindrain, Billiglohnproduktion usw.). Vorausschauende Verhinderung größerer sozialer Konflikte, hohe Transparenz und Öffentlichkeit der Integrationsprozesse sowie entschiedener Kampf gegen nationalistischen Populismus, Revanchismus und Fremdenhass sind entscheidende Voraussetzungen für die Beherrschung der Risiken der EU-Osterweiterung und für die gegenseitig vorteilhafte Nutzung ihrer Chancen.

Siebtens: Linke Politik sollte sich für die Bereitstellung größerer Ressourcen für die EU-Strukturpolitik und Regionalförderung einsetzen. Für die Strukturanpassung, den Umwelt- und Verbraucherschutz sowie die Entwicklung des ländlichen Raumes in den Beitrittsländern müssten deutlich größere Finanzmittel der EU bereitgestellt werden. Dabei sollten jedoch die Mittel für strukturpolitische Maßnahmen in den Alt-EU-Ländern nicht gekürzt werden.

Achtens: Angesichts der besonderen Herausforderungen und Anpassungsprobleme für die an die MOE-Beitrittsländer angrenzenden Regionen der EU sollten sich die europäischen Linken für die Einrichtung eines speziellen Vorbereitungs- und Anpassungsprogramms einsetzen.

Neuntens: Die europäischen Linken sollten sich gemeinsame Positionen zu den in Vorbereitung der Osterweiterung anstehenden institutionellen EU-Reformen, zur Finalität der EU und deren künftigen Grenzen, zur Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion sowie zu den Konsequenzen der Osterweiterung für die Beziehungen zu den Nachbar- und AKP-Regionen erarbeiten.

Dem von deutscher und französischer Seite wiederbelebten Projekt der Schaffung eines Kerneuropas muss entschieden entgegengetreten werden. Angesichts der stark wachsenden Vielfalt an kulturellen Dispositionen, Interessen und Entwicklungspfaden ist offensichtlich eine alternative Integrationslogik in der EU erforderlich. Es muss über die Abkehr von der Idee eines bürokratischen Zentrums und stattdessen verstärkt über ein polyzentrisches, dezentraleres Leitbild europäischer Integration nachgedacht werden.

Quellen:

Markus Warasin: Die Osterweiterung der Europäischen Union.

Chancen – Risiken – Interessen, Verlagsanstalt Athesia, Bozen 2000.

Lutz Schrader: Die EU-Osterweiterung als Aufgabe der Politik – eine sozialwissenschaftliche Perspektive. Beitrag auf der Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 16./17. Juni 2000 in Berlin

Europawahlprogramm der PDS, 1999.

Bertelsmann Europa-Kommission: Europas Vollendung vorbereiten.

Jacques Chirac: Rede vor dem Deutschen Bundestag, 27. Juni 2000.

Financial Times, 20. Juni 2000

Anlage I:**Übersicht über die Vor- und Nachteile des EU-Beitritts von mittel- und osteuropäischen Staaten aus der Sicht der MOE-Länder und aus der Sicht der EU****1. Vorteile aus der Perspektive der MOE-Länder:**

- Direkter Zugang zum größten Markt der Welt und völlig freier Austausch für Industrie- und Agrarerzeugnisse sowie Dienstleistungen
- Zugang zu Kapital, neuen Technologien und Organisationsfähigkeiten (Management)
- Strukturfonds und andere Hilfsprogramme stehen den ärmeren Mitgliedstaaten, Regionen und Einzelpersonen offen
- Modernisierung der Verwaltungsstruktur, Gesetzgebung, Normen und Regelwerke
- Politische und militärische Integration mit einem stärkeren Partner bringt Vorteile
- Beschleunigte Entwicklung der Regionen, die an andere EU-Länder grenzen
- Verringerung der Transaktionskosten beim grenzüberschreitenden Verkehr
- Höhere Attraktivität für ausländische Direktinvestitionen
- Export von überschüssigen Arbeitskräften, was zu Transfers von Einkommen und Know-how und zur Verringerung der Arbeitslosigkeit führt
- Teilnahme am Entscheidungsprozess der EU und der Möglichkeit der Koalitionsbildung
- Umfassender Stabilisierungseffekt im wirtschaftlichen, politischen und militärischen Bereich
- Bessere Versorgung und Angebotsvielfalt, bessere Reisemöglichkeiten für die Bürger

2. Nachteile aus Sicht der MOE-Länder:

- Wirtschaftliche, soziale, technische und legislative Anpassung an die EU-Vorschriften ist mit hohen Lasten verbunden (soziale Kosten, Investitionen usw.)

- Eintritt in einen offenen Wettbewerb mit technologisch weiter fortgeschrittenen Produzenten auf allen Märkten, wodurch die jungen und wenig gefestigten Märkte der Beitrittsländer der uneingeschränkten Konkurrenz aus der EU ausgesetzt werden
- Die mitteleuropäischen Märkte werden für internationale Wirtschaftsakteure geöffnet, was dazu führen kann, dass die mittel- und osteuropäischen Länder permanent vom internationalen Kapital dominiert werden
- Die Regierungen verfügen über wenig wirtschaftspolitische Instrumente, um Schocks, Ungleichgewichte und Entwicklungsunterschiede zwischen den Regionen auszugleichen
- Ein massiver Zustrom von Auslandskapital kann zu Risiken führen, wenn sich nicht zuvor eine „kritische Masse“ nationalen Kapitals gebildet hat. Befürchtet wird die Überfremdung des Grund- und Bodenbesitzes sowie die Einschränkung der wirtschaftlichen Autonomie.
- Anpassungsprobleme und -lasten verstärken unter Umständen die soziale und politische Polarisierung der Gesellschaft und gefährden die innere Sicherheit
- Migration führt zu Brain-drain und weniger zur Abwanderung unqualifizierter Arbeitsloser
- Transfers müssen absorbiert werden; ein Zuviel hat Ineffizienz und Inflation zur Folge. Es kann auch zum Abbremsen des Transformationsprozesses führen.
- Eine Konfrontation „arm-reich“ innerhalb der EU kann zu Blockaden und damit zum Aussetzen der Integrationsvorteile führen
- EU-Paternalismus bzw. große Abhängigkeit und Verlust von Souveränität und nationaler Identität

3. Vorteile aus der Sicht der EU:

- Zugang zu einem größeren Markt (neue Absatzmöglichkeiten für Waren und Leistungen)
- Die politische und militärische Stabilität der Ostflanke der EU wird gesichert, wodurch eine bessere Kontrolle der Pufferzone zwischen den westeuropäischen Kernländern und den potentiell instabilen post-sowjetischen Republiken ermöglicht wird

- Fortschritt auf dem Weg zur wirtschaftlichen und politischen Integration und damit Stärkung der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Stellung der EU
- Neue Ansiedlungsmöglichkeiten, Erholungsgebiete, Naturreservate
- Gewinnung billiger hochqualifizierter Arbeitskräfte
- Erweiterung der Möglichkeiten der Kapitalverwertung für das Finanzkapital
- Nutzung niedriger Arbeitslöhne in den MOE-Ländern („verlängerte Werkbank“ und Lohnveredelungen)
- Erweiterte Nutzungsmöglichkeiten von Rohstoffen und Naturressourcen
- Beherrschung der Banken, Versicherungen sowie des Kapitalmarktes und der Medien in den MOE-Ländern
- Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen großen Wirtschaftsblöcken

4. Nachteile aus EU-Sicht:

- Osterweiterung erfordert umfangreiche Finanzlasten und führt zu Verteilungskämpfen und neuen Rivalitäten in der EU
- Wettbewerber werden auf sensiblen, wenig gefestigten Märkten der EU-Länder zugelassen
- Für die armen Länder und Regionen, Institutionen und Einzelpersonen müssen Mittel bereitgestellt werden
- Durch mehr Ambivalenz und Heterogenität könnte der Integrationsprozess erschwert und verwässert werden
- Koalitionsbildung der „armen und kleinen“ könnte die „reichen und großen“ Mitgliedstaaten in die Enge treiben
- Import von Instabilität und mögliche Beeinträchtigung der Sicherheitslage in der EU
- Zustimmung breiter Bevölkerungskreise der EU-Länder zur Integrationspolitik und zu den Institutionen der EU könnte stark beeinträchtigt werden.

Anlage 2:

Die EU-Osterweiterung und die Kooperation mit den Staaten direkter Nachbarschaft sowie mit den AKP-Ländern

1. Wo sollen die Grenzen der EU sein, wie sind sie zu definieren?

Die Osterweiterung hat die Diskussion um eine mögliche EU-Mitgliedschaft von weiteren Staaten stark angeregt. Da die EU sich schon durch die Beschlüsse zur Osterweiterung überfordert zeigt, ist ein neuer Terminus aufgekommen: die direkte Nachbarschaft.

Verschiedene Varianten der Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit den gegenwärtigen oder zukünftigen direkten EU-Nachbarn werden diskutiert.

In seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag im Juni erklärte der französische Präsident Jacques Chirac, im Rahmen des Prozesses der Integration neuer Mitglieder „könnten wir auch darüber nachdenken, wo die geographischen Grenzen der Union letztlich zu ziehen sind“.

Das ist durchaus keine akademische Fragestellung, und die Linken sind gut beraten, wenn sie darauf eine authentische Antwort suchen, weil das Problem das Selbstverständnis Europas und den Platz seiner einzelnen Staaten und Völker ebenso berührt wie das Verhältnis zu den unmittelbaren Nachbarn. Für nicht wenige Kritiker der EU-Erweiterung ist es unvorstellbar, dass in absehbarer Zeit, nach einem Beitritt der Türkei, die Grenzen der Union quer durch den Mittleren Osten verlaufen könnten, Staaten wie Syrien, Irak oder Iran unmittelbare Nachbarn der EU würden. Sie befürchten, dass die sich als Wertegemeinschaft definierende Union in einem Konglomerat von so verschiedenartigen Staaten, Völkern und Kulturen ihre Identität verlieren würde. Die andere Seite plädiert für eine schrankenlose und großzügige Erweiterung der EU in alle Richtungen. Sie beruft sich dabei auf den Amsterdamer Vertrag, in dem festgeschrieben ist, dass jeder Staat, der es wünscht, die Mitgliedschaft beantragen kann.

Beide Argumentationslinien gehen von der fälschlichen Gleichsetzung der EU mit Europa aus. So erklärte der frühere ungarische Präsident Arpad Göncz, „das Europa der Zukunft wird das Europa der vollendeten Europäischen Union sein“. Abgesehen davon, dass bereits heute sehr wohl Staaten zu „Ur-Europa“ gehören, die nicht Mitglieder der EU sind, würde eine solche Herangehensweise die Einigung Europas vollends dem Diktat der Konzerne und Banken und den Expansionsgelüsten der Militärs unterwerfen. Die Linke sollte sich für die Bildung einer Politischen Union einsetzen, in der alle Völker des Europaraumes, die es wünschen, ihre Zukunft finden. Die Osterweiterung muss ein geographisch inklusiver Prozess sein, der allen Staaten offen steht, vorausgesetzt, sie verfügen über stabile demokratische Strukturen, achten die Menschenrechte und garantieren den Schutz von Minderheiten.

Das Bekenntnis zu Europa als einer historischen und kulturellen Menschengemeinschaft ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für die Beitrittsfähigkeit. Auch sagt die eilfertige Übernahme des gemeinsamen Besitzstandes der EU nicht genug über die tatsächliche Reife des Bewerberstaates aus. Wichtigstes Merkmal für Beitrittsentscheidungen sollte die Reife der inneren demokratischen Verfassungen der Kandidatenländer sein. Der

Maßstab wäre nicht die weitgehende und widerspruchslose Übernahme des westlichen Modells, sondern die Entfaltung der authentischen demokratischen Wirklichkeit in Übereinstimmung mit der Geschichte und Kultur des jeweiligen Landes.

Wenn dies das Kriterium für den Beitritt zum europäischen Integrationsraum darstellte, würden Diskussionen über die Grenzen Europas von morgen gegenstandslos. Unter diesen Prämissen ist vorstellbar, dass mittelfristig die Türkei ebenso der Union angehören kann wie beispielsweise Belarus oder Georgien.

2. Die Osterweiterung und das Verhältnis von Russland und den anderen GUS-Staaten zur EU

Europapolitik ist immer auch Russlandpolitik und umgekehrt. Die EU-Osterweiterung darf nicht in Konfrontation mit Russland erfolgen; eine auf den Prinzipien der Gleichberechtigung basierende und damit auf Kooperation orientierte Erweiterung macht den Ausgleich mit Russland dringend erforderlich – nicht zuletzt im Eigeninteresse der Union. Verhängnisvoll für alle Beteiligten wäre, wenn analog zur NATO-Expansion auch die Erweiterung der EU als bloße Ausdehnung in Richtung Osten verstanden und die Politik diskriminierender Ungleichheit und Differenzierung fortgesetzt würde, zumal für dauerhaft gute Beziehungen zwischen der EU und Russland solide Grundlagen bestehen wie die gegenseitige Sicherheitsabhängigkeit, die sehr weitgehende Ergänzbarkeit in Wirtschaft und Wissenschaft, historische Erfahrungen guter Nachbarschaft und fruchtbarer Zusammenarbeit, aber auch die Lehren katastrophaler Konfrontation in zwei Weltkriegen und im Kalten Krieg, das Interesse an einer multipolaren Weltordnung sowie an der Stärkung von OSZE und UNO.

Die Position der EU gegenüber Russland wird in den einschlägigen Dokumenten als strategische Partnerschaft definiert. Im Sommer 1994 wurde ein Abkommen über Partnerschaft und Kooperation zwischen Russland und der EU geschlossen, das am 1. Dezember 1997 in Kraft trat. Im Juni 1999 verabschiedete die EU die „Gemeinsame Strategie der EU für Russland“. Dennoch entwickeln sich die Integrationsprozesse mit Russland eher zögerlich.

Russland ist in wachsendem Maße besorgt, dass die EU-Osterweiterung das Land von der europäischen Integration ausgrenzen könnte. Der bereits jetzt stark eingeschränkte Handel zwischen Russland und den Beitrittsländern könnte weiter schrumpfen. Andererseits werden in Moskau auch Chancen gesehen: Der Markt für russische Waren wird größer, Transitrouten und Grenzregime werden vereinheitlicht und zuverlässiger, Zolltarife innerhalb der Union harmonisiert.

In den vergangenen Jahren haben Russland und die EU in getrennt ausgearbeiteten Strategiepapieren Charakter, Inhalt und Entwicklungsperspektiven ihrer Beziehungen präzisiert. Aus dem EU-Papier geht hervor, dass die Entwicklungen in Russland in sehr hohem Maße die europäischen Abläufe beeinflussen und dass eine Isolierung Russlands unmöglich ist. Russland seinerseits verdeutlichte, dass in absehbarer Zeit die Frage des Beitritts oder einer Assoziierung nicht aktuell sei. Als Weltmacht, die sich über zwei Kontinente erstreckt, müsse Russland in der Bestimmung und Realisierung seiner Innen- und

Außenpolitik frei sein und seinen Status und die Vorteile eines euroasiatischen Staates und größten Landes der GUS bewahren. Besonderen Wert legt Moskau darauf, dass die EU-Erweiterung ohne negative Folgen für Russland und seine Beziehungen mit der EU bleibt. Für diesen Zweck werden gesonderte Konsultationen mit der EU, einzelnen Mitgliedsländern und den Beitrittskandidaten vorgeschlagen. Hervorgehoben werden die Gewährleistung der Rechte der russischsprachigen Bevölkerung in den baltischen Beitrittsländern sowie der Schutz der Interessen des Kaliningrader Gebietes als Subjekt der Russischen Föderation und der territorialen Integrität Russlands.

Während für die EU ein Beitritt Russlands nicht in Frage kommt, unternimmt Brüssel beträchtliche Anstrengungen in Hinblick auf die Ukraine und die transkaukasischen Staaten, die ihrerseits der Zusammenarbeit mit der EU prioritäre Bedeutung beimessen. Diese sind aber zugleich von strategischer Bedeutung für Russland. Es ist bisher nicht zu erkennen, dass die EU bereit ist, das zu respektieren. Das Gegenteil scheint eher der Fall zu sein. Aus den verschiedenen EU-Aktivitäten wie zum Beispiel dem Abkommen über Partnerschaft und Kooperation mit der Ukraine vom März dieses Jahres ist die antirussische und gegen die GUS zielende Stoßrichtung unschwer abzulesen. Das gilt auch für die Bestrebungen, die transkaukasischen Staaten, hier vor allem Aserbaidshan und Georgien, politisch, wirtschaftlich und militärisch stärker an die EU anzubinden. Es ist ein offenes Geheimnis, dass hinter diesen Bestrebungen die Interessen großer amerikanischer und -multinationaler Erdölkonzerne stehen.

Anstatt länderübergreifende Projekte von beträchtlicher wirtschaftlicher und geostrategischer Bedeutung kooperativ mit Russland zu erarbeiten und zu realisieren, wird Moskau ausgebootet, wohl wissend, welche Interessen Russland in dieser komplizierten Region unmittelbar vor der eigenen Haustür hat, welche lange gemeinsame Geschichte bestand, die ja durchaus nicht nur Terror und Unterdrückung kannte. Ein Konzept, welches Russland ein weiteres Mal aus dem europäischen Zusammenhang ausschließt, läuft aber tendenziell auf den Abschied von einem Grundprinzip der OSZE hinaus: dem Prinzip der kollektiven, also unteilbaren Sicherheit auf dem Kontinent.

Die Erfahrung zeigt: Russland unter Druck setzen zu wollen, seine gegenwärtige Schwäche zu missbrauchen, sich über seine legitimen Interessen hinweg zu setzen und sie leichtfertig als neue imperiale Ambitionen zu denunzieren, ist kontraproduktiv. Moskaus Bestreben nach dem Ende der Jelzin-Ära ist unverkennbar darauf gerichtet, Russlands Absturz in die Dritte Welt zu verhindern, das Land dauerhaft zu stabilisieren und wieder zu einer (nicht nur militärischen) Großmacht zu entwickeln. In den Hauptstädten der EU sollte man dies nicht als Affront, sondern als eine positive Herausforderung begreifen und durch praktisches Handeln fördern.

In diesem Sinne könnte sich die europäische Linke engagieren für

- Ausarbeitung einer Charta für die gesamteuropäische Sicherheit
- Unterstützung des Vorschlags für die Schaffung eines kernfreien Korridors
- Ausarbeitung von politischen, wirtschaftlichen und militärischen vertrauensbildenden Maßnahmen, um historisch gewachsenes Misstrauen abzubauen

– Unterstützung der Integration im Rahmen der GUS durch Vermittlung von Integrationserfahrungen der EU und Vereinbarungen über die Zusammenarbeit zwischen der EU und der GUS; dies sollte auch dem Ausgleich von Nachteilen dienen, welche die EU-Erweiterung Russland bringen dürfte

– Einbeziehung Russlands bei der Realisierung des Stabilitätspaktes für den Balkan

– Gemeinsame Erarbeitung von Studien über die Osterweiterung, eventuell im Rahmen des TACIS-Programmes.

Ein interessantes Beispiel für eine neue Stufe konstruktiver Kooperation könnte im Ergebnis kürzlich aufgenommener Gespräche zwischen der EU und Russland ein gemeinsamer Aktionsplan für die Verbesserung der wirtschaftlichen Zukunft der Region Kaliningrad werden. Diese Region wird mit der EU-Osterweiterung zu einer russischen Enklave innerhalb der EU. Die Europäische Union muss daran interessiert sein, dieses krisengeschüttelte und stagnierende Gebiet möglichst intensiv in das Kooperationsnetz der wirtschaftlich sehr dynamischen EU-Ostseeregion einzubeziehen.

Russland muss jedoch selbst definieren, inwieweit es an der Entwicklung in der unmittelbaren Nachbarschaft des Gebiets Kaliningrad teilhaben will. Bis heute fehlt es in Moskau an einer klar formulierten Strategie bezüglich der Kaliningrader Exklave. Zwar wird die Rolle Kaliningrads verschiedentlich als „Tor Russlands nach Europa“ und als „Brücke zwischen Russland und dem Westen“ verklärt. Zugleich ist aber die Idee vom Vorposten im Westen noch nicht vom Tisch.

Die Schaffung der Freien Wirtschaftszone „Jantar“ (1991) und später der Sonderwirtschaftszone (1996) hat auch noch nicht zu einem klaren Verständnis des Stellenwerts des Gebiets in der Außenwirtschaftsstrategie Russlands geführt. Besonders auf der Ebene der Region herrscht aber die Ansicht vor, dass die Kooperation mit der EU vor allem auch angesichts ihrer bevorstehenden Osterweiterung stark intensiviert werden muss.

Da die Schaffung einer Freihandelszone zwischen der EU und der Russischen Föderation als ein wichtiges Ziel der „Gemeinsamen Strategie der EU für Russland“ angesehen wird*, könnte dieses Modell schon im vorhinein für die Region erprobt werden. Dies könnte eine schrittweise Assoziierung der Region mit der EU einleiten und Kaliningrad sinnvoll in den Europäischen Wirtschaftsraum sowie in die Ostseekooperation der EU integrieren. Ein assoziiertes Kaliningrad könnte die Brückenfunktion der Region für Russland wesentlich verstärken und deren Attraktivität für das Ausland deutlich verbessern. Dieses Modell könnte auch für die Lösung der Probleme weiterer Regionen Russlands praktikabel sein (z.B. Vorschlag einer lokalen Freihandelszone zwischen dem Südosten Finnlands und den angrenzenden russischen Regionen sowie Vorschläge zum Ausbau der regionalen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Polen und Litauen im Rahmen der Euroregionen „Baltica“, „Neman“, „Saule“ usw.).

* Vgl. „Gemeinsame Strategie der Europäischen Union für Russland“, hrsg. Vom Generalsekretär des Rates, Brüssel 1999, S. 19.

3. Die EU-Erweiterung und die Balkan-Region

Von offizieller Seite ist die auf dem Helsinki-Gipfel beschlossene Ausweitung des Kreises der Kandidaten für einen EU-Beitritt und die Forcierung des Prozesses vor allem mit der krisenhaften Entwicklung auf dem Balkan begründet worden, der in den letzten zehn

Jahren dreimal zum Schauplatz von Bürger- und Sezessionskriegen wurde. Mit der Begründung, eine humanitäre Katastrophe in der serbischen Provinz Kosovo zu verhindern, griff die NATO mit Billigung der EU im Frühjahr 1999 ohne Kriegserklärung und ohne Deckung durch ein Mandat des UN-Sicherheitsrates die souveräne Bundesrepublik Jugoslawien an – ein Novum in der europäischen Nachkriegsgeschichte. Neben Ungarn, das bereits zum engen Kreis der Beitrittskandidaten zählte, taten sich besonders Bulgarien und Rumänien bei der logistischen Unterstützung des Luftkrieges hervor. Ob dies an die Bedingung einer Beitrittsperspektive zur EU (und zur NATO) geknüpft war, sei dahingestellt. Jedenfalls wurden Bulgarien und Rumänien vor allem auf deutsches Drängen hin in den erweiterten Kreis der Kandidaten aufgenommen, obwohl beide Staaten hinsichtlich der Erfüllung der Kopenhagen-Kriterien im Vergleich zu anderen Bewerbern die größten Defizite aufweisen. Das gilt für die Etablierung demokratischer Strukturen ebenso wie für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Das Produktionsniveau in beiden Staaten liegt derzeit noch beträchtlich unter dem Niveau von 1989/90, das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung beträgt etwa ein Viertel von dem des ärmsten Landes der EU-15, Griechenland. Selbst auf Grund ihrer niedrigen Arbeitskosten – bei einer Arbeitslosigkeit von 20 und mehr Prozent liegt der Bruttoverdienst eines Beschäftigten in der Industrie bei umgerechnet 60 Euro – bestehen kaum Exportchancen, selbst als verlängerte Werkbank westlicher Unternehmen sind diese Staaten unattraktiv, zumal durch massenhafte Abwanderung qualifiziertes Arbeitskräftepotential fehlt. Von Ländern mit einer ehemals relativ leistungsfähigen Landwirtschaft sind Bulgarien und Rumänien zum Nettoimporteur von Nahrungsmitteln geworden. Hinzu kommt, dass diese Länder durch das Embargo und den Krieg gegen Jugoslawien beträchtliche wirtschaftliche Nachteile haben, die durch den Stabilitätspakt nicht annähernd kompensiert werden. Dass Bulgarien und Rumänien von sich aus einen Beitritt nicht vor dem Jahr 2006 ins Auge fassen, erscheint unter diesen Voraussetzungen eher als zu optimistisch.

Mit Ausnahme von Kroatien, das sich als eine der ersten Republiken aus dem jugoslawischen Staatsverband gelöst hat, zeichnet sich für die anderen Balkanstaaten mittelfristig keine Beitrittsperspektive ab. Die zaghaften Ansätze zur Zusammenarbeit im Rahmen des Stabilitätspaktes werden zunehmend durch nationalistische und hegemoniale Tendenzen konterkariert. Das Fehlen eines politischen „Masterplanes“ für die Region wirkt sich negativ auf die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit aus und führt zu Rückschlägen im Demokratisierungsprozess. Gerade im Fall Jugoslawien hat sich die Einmischung von außen und der Druck mittels Embargo und durch Luftangriffe auch auf zivile Ziele als kontraproduktiv erwiesen. Die Isolierung des Landes, das zu Zeiten der Ost-

West-Konfrontation eine Brückenfunktion innehatte, ist der Herausbildung einer Zivilgesellschaft nicht förderlich gewesen.

Welchen Kurs Jugoslawien in der Zeit nach Milosevic einschlagen wird, ist ebenso offen wie die weitere Entwicklung in Kosovo, Montenegro oder Albanien. Sollten die Grenzen auf dem Balkan neu gezogen werden, könnte dies auch zu einer ernsten Belastungsprobe für die Erweiterung der EU werden. Jedenfalls wird sich Europa über einen längeren Zeitraum einen destabilisierten, sozial und ökonomisch am Boden liegenden und von nationalistischen Stimmungen vergifteten Balkan nicht leisten können!

4. Die Osterweiterung der EU und die Mittelmeerländer sowie die Konsequenzen für das Verhältnis zu den AKP-Staaten

Lässt man Zypern und Malta außer Betracht, verdient die Aufnahme der Türkei in den Kreis der Beitrittskandidaten besondere Aufmerksamkeit. Dieser Schritt war in erster Linie eine politische Entscheidung, an der die USA starkes Interesse zeigten, was sowohl ökonomische (Zugang zum Erdölreservoir im Kaukasus) als auch militärische Gründe (Sicherung der Südostflanke der NATO) hatte. Die Entscheidung überraschte um so mehr, als die Menschenrechtsverletzungen kaum in einem anderen Land so eklatant sind wie in der Türkei. Nirgendwo sonst werden die Rechte von nationalen Minderheiten so grob missachtet wie in der Türkei. Doch offensichtlich rechtfertigte die Rolle Ankaras als „Ordnungsfaktor“ in der Region die Erhebung in den Kandidatenstatus. Unberücksichtigt bleibt dabei, dass das soziale und ökonomische Gefälle zwischen der EU-15 und der Türkei sehr stark ist, zum Teil sind die Voraussetzungen für einen Beitritt noch schlechter als bei den Vorzeigekandidaten aus Mittelosteuropa. Die Kaufkraftparität liegt im Vergleich zum EU-Durchschnitt bei 32 Prozent, die Inflationsrate bei etwa 80 Prozent. Die Landwirtschaft der Türkei ist mit 16 Prozent am Bruttoinlandsprodukt beteiligt, in der Landwirtschaft sind 42 Prozent der Erwerbstätigen beschäftigt - fast 20 Prozent mehr als selbst in Polen. Trotzdem ist bei einer Änderung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Vorzeichen eine Beitrittsperspektive des Landes unter den eingangs skizzierten Kriterien nicht auszuschließen.

Für die meisten Anrainerstaaten des Mittelmeeres, die bereits über einen längeren Zeitraum über Kooperationsabkommen mit der EU verbunden sind oder wie Israel einen bevorzugten Zugang zum europäischen Markt haben, dürften sich die Vor- und Nachteile aus der EU-Osterweiterung die Waage halten. Sie finden für ihre vornehmlich agrarischen Produkte einen größeren, vereinheitlichten Markt vor, sehen sich aber zugleich auf diesem Markt auf längere Sicht einer härteren Konkurrenz sowohl bei den Erzeugnissen als auch beim Arbeitskräftepotential ausgesetzt. Gewisse Chancen bieten sich durch die Aktivierung der wirtschaftlichen Verbindungen, die zwischen Entwicklungsländern und Beitrittskandidaten bestehen.

Als gesichert kann gelten, dass die Osterweiterung die Beziehungen und die Politiken der Union gegenüber Drittländern und internationalen Organisationen beeinflussen wird. Die Befürchtung der Partner der EU im Mittelmeerraum, in den Neuen Unabhängigen Staaten und

in den mit der EU durch das Lomé-Abkommen verbundenen Staaten Afrikas, der Karibik und des pazifischen Raumes ist begründet, dass infolge der Integration der MOE-Staaten weniger Gemeinschaftsmittel zur Unterstützung ihrer Regionen zur Verfügung stehen könnten.

Eugen Faude

Bericht zur Erarbeitung und Vorstellung der Studie in der Fraktion der GUE/ NGL im Europaparlament in Brüssel

Das Ziel der vorliegenden Studie bestand darin, ein relativ breit angelegtes Analyse- und Ideenpapier zu erarbeiten, um den linken Kräften im Europäischen Parlament fundiertere Grundlagen für die Diskussion der Probleme der EU-Osterweiterung zu liefern. Die Studie sollte dabei auch Anregungen für die weitere Ausrichtung linker Politik in dieser für Europas Zukunft so wichtigen Frage geben.

Die Erarbeitung der Studie erfolgte auf Initiative von Hans Modrow, Koordinator für die Fragen der EU-Erweiterung in der Linksfraktion des Europäischen Parlaments. Sie wurde über ihn auch mit dem Vorstand der GUE/NGL-Fraktion im Europäischen Parlament abgestimmt. Es ist übrigens das erste Beispiel, dass von dieser Fraktion ein Auftrag zur Erarbeitung einer Studie an eine Wissenschaftlergruppe erteilt wurde.

Das Vorhaben wurde zunächst relativ breit angegangen, denn es wurden eine Vielzahl von Zuarbeiten zu einzelnen osteuropäischen Kandidatenländern und deren Parteien sowie zu einzelnen Sachproblemen zusammengestellt. Sehr bald erwies es sich aber als notwendig, die Fülle des Materials durch eine klare Zielsetzung, Gliederung und Schwerpunktbildung überschaubar zu machen. Es wurde eine Redaktionsgruppe gebildet, in der Dr. Hans Watzek, Dr. Kurt Fenske und ich die notwendigen Arbeiten leisteten.

Bei der Ausarbeitung der Studie hat die Redaktionsgruppe von vornherein versucht, sich mit den Grundpositionen der Linken in den verschiedenen EU-Staaten vertraut zu machen und diese so weit wie möglich zu berücksichtigen. Ungeachtet der großen Differenzierung in den ideologischen und politischen Auffassungen der europäischen Linken haben wir uns bemüht, linke Positionen in Fragen der EU-Osterweiterung auszuformulieren.

Die maßgebenden Prämissen hierbei waren:

- Gleichberechtigung im europäischen Einigungsprozess,
- europäische Solidarität,
- soziale Gerechtigkeit und vor allem
- Nüchternheit und Realismus.

Wir haben nach vorn offen gelassen, dass dieses europäische Projekt schließlich in ein antikapitalistisches Projekt münden sollte. Wir haben uns aber gleichzeitig auf die Position gestellt, dass die EU-Osterweiterung ein Projekt ist, das schon voll im Gange ist. Es kann nicht sinnvoll sein, sich gegen den fahrenden Zug zu stemmen, sondern es kommt darauf an, diesen Zug in seiner Fahrt aus linker Sicht aktiver zu beeinflussen.

Ein Kernpunkt der Debatte in der linken Fraktion des Europäischen Parlaments war der Versuch einer Verständigung über die Grundfrage: Sollen sich die Linken für die EU-Osterweiterung einsetzen oder gegen sie agieren?

So wandte sich zum Beispiel ein Abgeordneter gegen die Osterweiterung der EU, weil diese lediglich Ausdruck der Expansion des westeuropäischen Kapitals nach dem Osten sei. Dies sei letztlich doch nur eine Fortsetzung der faschistischen Neuordnungspläne für Europa in einer neuen Verpackung. Man sollte den Menschen in den osteuropäischen Ländern eindeutig das Wesen und die Ziele der EU klar machen und sie selbst über die Mitgliedschaft in der EU abstimmen lassen.

Ein anderer Abgeordneter stellte die Frage, ob man die gerade aus der sowjetischen Abhängigkeit entkommenen Länder nicht stärker vor den Ansprüchen und Begehrlichkeiten des Westens schützen sollte statt sie in die EU zu integrieren. Auch für die westeuropäische Bevölkerung entstünden aus der Osterweiterung große Gefahren. So gäbe es allein in Polen mindestens 750 000 Menschen, die nach Westeuropa auswandern wollen. Über das Experimentierfeld im Osten könnten außerdem Sozial- und Umweltstandards auch im Westen massiv beeinträchtigt werden. Weitere Abgeordnete wiesen auch zu Recht auf die sinkende Akzeptanz der EU-Osterweiterung bei der Bevölkerung der beteiligten ost- und westeuropäischen Länder hin.

Unsere Argumentation konnte in dieser Debatte nur sein, dass die Osterweiterung der EU durchaus eine historische Möglichkeit darstellt, mehr Stabilität und wirtschaftlichen Wohlstand in Europa herbeizuführen. Wie immer man zum EU-Vertragswerk von Maastricht und Amsterdam stehen mag – die Beitrittsmöglichkeit einer großen Zahl mittel- und osteuropäischer Länder ist insgesamt gesehen ein progressiver Prozess, der früher oder später aber auch noch die übrigen europäischen Länder erfassen muss. Der Kampf gegen die Schaffung einer Festung Europa, gegen die Ausgestaltung der EU als privilegierter Club der reichen westeuropäischen Industriestaaten war schon immer ein wichtiges Anliegen vieler europäischer Linker. Relativ eindeutig kann auch die Frage beantwortet werden, ob die MOE-Staaten künftig besser innerhalb oder außerhalb der EU aufgehoben sind. Zumindest sind schon jetzt innerhalb der EU die demokratischen, sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen weitaus besser gestaltet als in den einzelnen MOE-Staaten, wo sich der Manchesterkapitalismus fast ungebremsst austobt.

Schließlich wäre es auch völlig unverantwortlich, die jetzigen Chancen für eine Entwicklung in Richtung auf die endgültige Überwindung der Spaltung Europas, auf die Schaffung eines einheitlichen, friedlichen und stabilen Europas auszuschlagen. Wir haben also in unserem Auftreten deutlich gemacht, dass es aus linker Sicht keine grundsätzliche Alternative zur Osterweiterung der EU gibt oder geben kann. Wo es aber durchaus Alternativen zur offiziellen Politik gibt und geben muss, das sind die Zielstellungen, Modalitäten und Regelungen für den Prozess der EU-Osterweiterung.

Völlige Übereinstimmung in der linken Fraktion des Europäischen Parlaments gab es darüber, dass die Osterweiterung von den Staaten der Union derzeit als ein hegemoniales Projekt vorangetrieben wird. Der gesamte mittel- und osteuropäische Raum soll im Prinzip ausschließlich nach den Interessen und Vorgaben des westeuropäischen Finanzkapitals geordnet und integriert werden. Den spezifischen Erfordernissen und Interessen der osteuropäischen Länder und deren Wirtschaft wird demgegenüber nur ungenügend Rechnung

getragen. Vor allem verfolgen die herrschenden westeuropäischen Eliten eine neoliberale Strategie der Deregulierung.

Die soziale Flankierung der Osterweiterung fehlt demgegenüber weitestgehend. Hinzu kommt, dass sicherheitspolitisch die EU-Osterweiterung durch die Militarisierung der EU praktisch mit der NATO-Osterweiterung eng verklammert werden soll. Gegen diese neoliberale und militaristische Ausrichtung des derzeitigen EU-Erweiterungsprojekts wendet sich die vorliegende Studie.

Die Autoren haben außerdem versucht, die Probleme und Widersprüche der EU-Osterweiterung – soweit sie ökonomischer Natur sind – näher zu analysieren und alternative Lösungsansätze herauszuarbeiten. Sie sind sich darüber im klaren, dass die Bewältigung dieser Probleme noch großer Anstrengungen bedarf.

Die Diskussion in Brüssel gab hierzu viele Anregungen. Besonders angesprochen wurde dabei die Aufdeckung der Zusammenhänge zwischen den Globalisierungsprozessen im Weltmaßstab sowie der Tätigkeit der internationalen Finanz-, Wirtschafts- und Handelsorganisationen und den Maßnahmen zur Osterweiterung der Europäischen Union. Mit Recht wurde darauf verwiesen, dass die möglichen Auswirkungen der bevorstehenden EU-Osterweiterung gegenwärtig noch nicht ausreichend zu übersehen sind. Auch in dieser Hinsicht ist weiterhin noch viel analytische und konzeptionelle Arbeit zu leisten.

Klar ist aber schon jetzt: Lebensfähig kann der Prozess der Osterweiterung nur sein, wenn er gekennzeichnet ist

- durch ein Mehr an Demokratie und Transparenz,
- durch ein Mehr an Beschäftigung und soziale Sicherheit,
- durch ein Mehr an wirtschaftlicher Dynamik für alle Beteiligten.

In der Brüsseler Diskussion ging es immer wieder um die Frage, wo die linken Kräfte vor allem ansetzen müssen, um die Osterweiterung der EU in eine progressive Richtung zu drängen. Um die Chancen, die mit der EU-Osterweiterung verbunden sind, zu nutzen, sehen wir vor allem folgende Aufgaben:

1. Die konsequente Demokratisierung und Reformierung der EU, um die aktive Beteiligung der Bürger am Prozess der wirtschaftlichen Integration der Staaten wesentlich auszubauen. Dies schließt die Stärkung des Europaparlaments und auch der nationalen Parlamente bei der Vorbereitung und Realisierung von Entscheidungen der EU wesentlich mit ein. Die demokratische Mitwirkungsmöglichkeit in der EU muss auch für die Bürger der nach Aufnahme drängenden Länder sehr bald spürbar werden.

2. Die Intensivierung der Heranführungsstrategie und der EU-Hilfe für die Beitrittskandidaten. Wesentlich mehr Mittel für die EU-Osterweiterung müssen bereits in der Vorbereitungsphase und nicht erst nach dem Beitrittszeitpunkt bereitgestellt werden.

Wie die Erfahrungen Ostdeutschlands zeigen, ist eine Volkswirtschaft, die plötzlich in einem erweiterten und angebotsstarken Binnenmarkt landet, ungeheuren wirtschaftlichen, vor allem aber auch sozialen Anpassungslasten ausgesetzt.

Die von der EU als Hilfe für die MOE-Staaten für den Zeitraum 2001 bis 2006 geplanten Ressourcen sind im Vergleich hierzu viel zu gering angesetzt. Der soziale Flankenschutz der EU für die EU-Osterweiterung muss deutlich verstärkt werden.

3. Die Bereitschaft zur Gewährung angemessener Anpassungsfristen und Sonderregelungen, damit die Beitrittsländer sich einerseits schrittweise dem Wettbewerbsdruck des gemeinsamen Marktes anpassen können, sich aber andererseits hierfür nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag Zeit lassen dürfen. Das gilt im Prinzip auch für die Übernahme bestimmter Teile der EU-Rechtsordnung (wie z. B. der Umweltschutzbestimmungen) durch die neuen EU-Mitgliedsländer.

Im einzelnen wurde dann in Brüssel über verschiedene Felder gesprochen, wo bestimmte Anpassungsfristen und Regularien gemeinsam bzw. bilateral ausgearbeitet werden müssen.

Das betrifft insbesondere

- die Migration von Arbeitskräften,
- den freien Verkehr von Bodeneigentum,
- die ökologischen Vorschriften,
- den Schutz der Landwirtschaft.

Bei unserem Auftritt in Brüssel haben wir in der Einführung auf die nationalistischen Gefahren einer unglücklich verlaufenden EU-Osterweiterung hingewiesen. Einige der Abgeordneten haben dies aufgegriffen und deutlich darauf verwiesen, dass linke Politik es sich nicht leisten darf, bestimmte unliebsame Probleme der EU-Osterweiterung einfach unter den Teppich zu kehren oder zu Tabu-Themen zu machen.

Derzeit schiebt die EU auf Grund der Eigendynamik der EU-Osterweiterung bereits einen Berg von ungelösten Problemen vor sich her. Dieser Berg könnte nach Nizza noch größer werden.

All das führt zu wachsenden Ängsten auch der westeuropäischen Bürger und zu Akzeptanzproblemen gegenüber der offiziellen EU-Politik. Wenn aber über die Ängste und Sorgen der Menschen nicht öffentlich gesprochen wird oder wenn diese Sorgen bagatellisiert bzw. negiert werden, dann wird das Tor für rechtspopulistische und nationalistische Agitation und Propaganda geöffnet.

Diesen Fehler darf linke Politik nicht mitmachen. So gibt es zum Beispiel ernsthafte Besorgnisse in den ostdeutschen Grenzregionen über die Konsequenzen der EU-Osterweiterung. Die Menschen werden mit der These beruhigt, dass sich im Osten neue große Märkte eröffnen werden. Dass sich aber schon im Zuge der Vorbereitung der EU-Osterweiterung in den Grenzregionen die wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze zum Teil verschärft haben und sich weiter verschärfen werden, wird von offizieller Seite tunlichst verschwiegen.

Während mögliche negative Auswirkungen der EU-Osterweiterung in den Grenzregionen sofort spürbar sind, wird Brüssel diese vielleicht erst Jahre später bemerken. Deshalb sollte linke Politik massiv darauf hinwirken, dass Brüssel sich der spezifischen Anpassungsprobleme in den Grenzregionen substantiell annimmt und dass auch vor Ort rechtzeitig über die Probleme mit den Beteiligten diskutiert und nach Lösungen gesucht wird. Dies gilt ebenso für andere Felder der Osterweiterung, wo die Interessen und Belange der Bürger missachtet werden könnten.

Abschließend kann festgestellt werden, dass die Diskussion in Brüssel die Breite und Unterschiedlichkeit des Herangehens linker Kräfte an die Probleme der EU-Osterweiterung deutlich gemacht hat. Als besonders bedeutsam wurde aber von den meisten Abgeordneten die notwendige historische Sicht auf diesen Prozess betont. Es geht um die Befreiung vom Faschismus und um die endgültige Beendigung der Auswirkungen des zweiten Weltkrieges. Neben der geschichtlichen ist aber auch die Dimension der Zukunft von enormer Bedeutung.

Die Probleme der EU-Osterweiterung müssen auch von den Linken so diskutiert und beeinflusst werden, dass sie möglichst erfolgreich im Sinne der beteiligten Menschen gelöst werden können. Es wäre schwer nachzuvollziehen, wenn die EU-Osterweiterung schlussendlich nicht gelingt und in der Krise enden würde.

Hans Modrow

Zu einigen aktuellen Aspekten der EU-Osterweiterung

Die Studie "Eine kritische Betrachtung des EU-Beitritts der Länder Mittel- und Osteuropas aus linker Sicht" ist im Auftrag der Linksfraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament entstanden. Am 19. Oktober 2000 wurde die Studie in Anwesenheit von einigen der Verfasser in der Fraktion zur Diskussion gestellt.

Ziel des Auftrages war es, die Debatte und den Meinungsbildungsprozess in der Fraktion voran zu bringen. Die Studie war und ist nicht als gemeinsame, verbindliche Richtlinie für die sehr heterogen zusammengesetzte Fraktion gedacht, sondern sie will Standpunkte zusammenfassen, Probleme aufwerfen, Vorschläge einbringen und so Anstöße für linke Politik im komplizierten Prozess der Erweiterung der EU geben.

Der Beratung der Fraktion ging eine Rede des Präsidenten der Europäischen Kommission, Romano Prodi, voraus, in der er ein neues Strategiepapier der Kommission zur Erweiterung erläuterte. Begleitet war dies von der Veröffentlichung der Berichte über die Fortschritte jedes Bewerberlandes auf dem Weg zum Beitritt. Der hier gewählte Titel könnte den Eindruck erwecken, es ginge um Berichte der Beitrittsländer selbst – doch das ist ein Irrtum. Es handelt sich um Bewertungen der Kommission, die praktisch Noten für Fleiß und gutes Betragen verteilt, von gut bis unbefriedigend reicht die Skala. Zu diesem in Brüssel ausgestellten "Zeugnis" haben die Kandidaten Stellung zu nehmen und Konsequenzen zu ziehen.

Im Europäischen Parlament wurden diese Berichte im Plenum erörtert, nachdem sie zuvor in verschiedenen Ausschüssen diskutiert worden waren. Zu jedem Bericht erarbeitete sich das Parlament einen gesonderten Bericht. Auch die für jedes Beitrittsland bestehenden Gemischten Kommissionen aus Europarlamentariern und Vertretern des jeweiligen nationalen Parlaments beschäftigten sich damit. Nach außen wirkt das alles sehr demokratisch, doch in Wirklichkeit läuft der Prozess weitgehend am Parlament vorbei. Die eigentlichen Verhandlungen führt die Kommission mit den Regierungen hinter verschlossenen Türen.

Mit dem neuen Strategiepapier, in dem die Kommission einige frühere Positionen korrigiert, erwächst auch ein höherer Anspruch an die Qualität der parlamentarischen Debatten. Die Studie wird dafür als eine gute Unterstützung der Fraktion in diesem Prozess betrachtet.

Es ist nicht von ungefähr, dass die Kommission bei den Beitrittsverhandlungen auf Tempo drückt, denn mit jedem weiteren Tag verschärfen sich die Probleme. Das ist eine direkte Aufforderung auch an die linken Kräfte, deutlich in die Offensive zu gehen. Die GUE/NGL-Fraktion wird im Mai 2001 ein Treffen mit linken Kräften und Parteien aus den Beitrittsländern durchführen. Wie erste Erfahrungen einer Begegnung der Fraktion mit solchen Parteien aus Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei im Juni 2000 zeigten, fehlt es an

gegenseitiger Information, an Analysen der vielfältigen Probleme im Beitrittsprozess, um den Anforderungen eines gezielten, abgestimmten Zusammenwirkens gerecht zu werden.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat bereits im Juni 2000 auf einer internationalen Konferenz das Thema EU-Erweiterung unter sozialen Aspekten aufgegriffen und damit Erwartungen für ihr Mittun weit über die Grenzen der BRD hinaus geweckt. Mit der Diskussion über die vorliegende Studie wird dieser Prozess fortgesetzt.

Die Diskussion hat eine Reihe von Problemen aufgeworfen, die in der weiteren Arbeit zu beachten sind:

1. Übereinstimmung bestand darin, dass der Beitrittsprozess in seinen historischen Zusammenhängen zu betrachten ist. Die Kommission und ihr Präsident Prodi weichen dem aus. Nach Prodi bedeutet die Erweiterung, Europa seine Einheit zurückzugeben. Es wird kein Wort darüber verloren, warum es diese Einheit nach 1945 nicht gab, welche Einheit vor 1945 mit dem Münchener Abkommen und dem folgenden Zweiten Weltkrieg existierte, welche Rolle Jalta und Potsdam für die Nachkriegsentwicklung gespielt haben.

Noch weiter geht der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des Parlaments, der deutsche CDU-Abgeordnete Elmar Brok. Für ihn geht es bei der Ausdehnung der EU um die Zurückgewinnung der Länder, die von der Sowjetunion okkupiert wurden. Die Zerschlagung des Hitlerfaschismus durch die Alliierten und die Rolle der Roten Armee bei der Befreiung der Völker vom Joch des Faschismus existieren in diesem Geschichtsbild nicht.

Beide Positionen machen den politischen Ausgangspunkt und das Ziel der Bemühungen der EU um den Beitritt der Länder Mittel- und Osteuropas sichtbar. In Wirklichkeit ist der Beitrittsprozess viel komplexer und widersprüchlicher und aus linker Sicht auch ergebnisoffener, als diese Positionen zeigen, die sich als historisch falsch und politisch kurzsichtig erweisen.

Alle gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen, rechtlichen, staatlichen und kulturellen Aspekte sind in dem Prozess eingebunden, und die Politik, auch und gerade linke Politik, ist gezwungen, sich damit auseinander zu setzen. Die linken Kräfte sind herausgefordert, dabei eigene, klar erkennbare kritisch-konstruktive Positionen zu beziehen.

2. Das Hauptinstrument des Beitrittsprozesses und das Hauptdruckmittel der EU auf die Kandidaten ist die komplette Überstülpung des Gemeinsamen Besitzstandes der Union, also aller Gesetze, Richtlinien, Regeln, Vorschriften, Standards usw. – insgesamt ein Werk von über 80 000 Seiten, die zudem ständig ergänzt werden. Besonders auf dem Gebiet der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) geht es ausschließlich um Forderungen an die Beitrittsländer. Das betrifft die Besitzverhältnisse genauso wie die Produktionsstruktur und die Marktanteile. In den künftigen Mitgliedstaaten nimmt die Landwirtschaft sowohl was die Zahl der Beschäftigten als auch den Anteil am Bruttoinlandsprodukt betrifft einen hohen Rang ein. Deshalb verbietet sich der Vergleich mit dem EU-Durchschnitt, man muss sie richtigerweise mit solchen Staaten wie Portugal, Spanien oder Griechenland vergleichen, um die Problemfelder sichtbar zu machen. Dann erst werden solche Forderungen wie

Übergangsfristen, Fördermittel, Direkt-zahlungen, Strukturhilfen, und die damit verbundenen Spannungen plausibel, denn obwohl der Agrarfond mehr als 45 Prozent des gesamten EU-Haushaltes ausmacht, ist er begrenzt: Was man den Bauern in Polen oder Tschechien geben will, muss man ihren Kollegen in Spanien oder Frankreich abziehen.

Auf dem Gebiet der Agrarpolitik werden vor allem und berechtigt die Probleme Polens hervorgehoben, wo 28 Prozent der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig sind. In der Tat dominieren auf dem Lande Klein- und Kleinstbetriebe, doch es gibt auch eine Reihe effektiv wirtschaftender größerer Betriebe und eingetragene Genossenschaften, die in der EU-Konkurrenz bestehen könnten. Doch anstatt gerade sie zu fördern, werden sie als "Hinterlassenschaft des kommunistischen Regimes" abqualifiziert und demontiert. Dieser Tendenz, die auch in Ungarn zu beobachten ist, sollten sich die Linken entgegen stellen.

3. Ein nicht ausdiskutiertes Problem in unserer Fraktion ist die Frage, ob die Linke für oder gegen den Beitritt vor allem der Länder Mittel- und Osteuropas eintreten soll. Einzelne Abgeordnete und auch Ländergruppen sind im Grundsatz EU-Gegner und lehnen aus dieser Position heraus die Aufnahme weiterer Staaten ab. Andere erkennen die wachsenden Widersprüche im Beitrittsprozess, doch sehen keine annehmbare Alternative.

In den Bewerberländern selbst ist die allgemeine Tendenz von zunehmender Polarisierung gekennzeichnet; auf der einen Seite eine kleine immer reicher werdende Schicht der "Wendegewinner", auf der anderen Seite eine wachsende Zahl immer ärmer werdender Menschen. Um die Auflagen der EU nach Privatisierung zu erfüllen, gehen Banken, Versicherungen, Medien und die "Filetstücke" der Wirtschaft in die Hände vor allem ausländischer Unternehmen über. Zugleich wurden unter dem Anpassungsdruck, den Brüssel ausübt, die öffentlichen Ausgaben für Bildung, Gesundheitswesen, Kultur gekürzt, wird auch hier privatisiert. Viele Menschen können sich die sozialen Leistungen, die sie gewöhnt waren, unentgeltlich zu erhalten, einfach nicht mehr leisten. Damit verstärkt sich auch die Tendenz zu Bürgern 2. Klasse innerhalb der EU. Die gleiche Tendenz, wie sie im Verhältnis der alten BRD zur alten DDR zu beobachten ist, tritt hier mit noch größerer Schärfe auf.

Das Minderheitenproblem ist in den MOE-Ländern vor allem mit den Roma verbunden. Die EU sucht hier die Ursachen für die Schwierigkeiten in den Ländern selbst, ohne die eigene Verantwortung zu betrachten, das heißt die Bürden, die sie den Ländern auflädt, damit sie EU-kompatibel werden. Wachsende Arbeitslosigkeit, steigende Kosten für den Lebensunterhalt, für Bildung, Gesundheit und Kultur treffen aber hauptsächlich Angehörige von Minderheiten, die eine andere Geschichte und Kultur haben. Fortschritte sind hier nur möglich, wenn beide Seiten – also EU und Kandidatenländer – ihre gemeinsame Verantwortung wahrnehmen.

Die Tendenz der EU auf den Gewinn neuer Märkte und allseitigen Einfluss, vor allem der großen Länder, und hier besonders der BRD, in den MOE-Staaten tritt immer offener zu Tage. Das sorgt für beträchtliche Unruhe in den Bewerberländern, wird aber auch unter den Konkurrenten in der Union selbst mit Argwohn beobachtet. Beim Kampf um die Aufteilung der Märkte sind neue Spannungen nicht auszuschließen.

Über alle diese Fragen ist eine Fortsetzung der Debatten erforderlich. Die in der Studie enthaltenen Ansätze für eine Analyse sind weiter auszubauen und zu vertiefen.

4. Die Kommission hat zu Recht erkannt, dass die Vorbehalte und Ängste in Hinblick auf die Erweiterung in den Grenzregionen besonders ausgeprägt sind. Deshalb soll auf dem Gebiet eine eigene Konzeption erarbeitet und zügig umgesetzt werden. Weder die Struktur der Fördermittel noch die Trennung der Mittel diesseits und jenseits der Grenze entspricht den drängenden Erfordernissen der Euroregionen.

Die Landtagsfraktionen der PDS sind in dieser Richtung bisher noch nicht aktiv genug, die PDS-Gruppe im EP und die Europapolitiker der PDS im Bundestag stehen gar am Anfang ihrer Überlegungen. Auch hier sind neue analytische Schritte und konkrete Initiativen erforderlich.

Im nächsten Jahr soll zu diesem Thema eine Konferenz durchgeführt werden, die alle Beteiligten zu einem Erfahrungsaustausch zusammenführt: Dabei soll eine eigene Konzeption der PDS für die Unterstützung und Entwicklung der Euroregionen vorgelegt werden. In die Arbeit sollte eine Gruppe von Experten einbezogen und die Zusammenarbeit mit den PDS-nahen Stiftungen gesucht werden.

5. Auch wenn die EU-Kommission zum wiederholten Mal eine neue oder als neu verkaufte Strategie verkündet, dann macht gerade dieser Vorgang das Dilemma sichtbar, in dem sie sich befindet. Der Gipfel von Nizza hat Hoffnungen in den Bewerberländern auf einen baldigen und weniger reibungsvollen Beitritt genährt, wenngleich der Rat vermied, konkrete Daten zu nennen. Zum Inhalt und Ziel des Prozesses hatte der Gipfel wenig Substanzielles beizutragen, die Staatschefs waren mit dem Gefehlsche um Einfluss und Macht voll beschäftigt. Im Europäischen Parlament hat der Vertrag von Nizza die Vorbehalte zur Gestaltung der Aufnahmefähigkeit der Union verstärkt.

Die linken Kräfte in den 15 Mitgliedstaaten wie in den Beitrittsländern sind um so mehr herausgefordert, den Prozess äußerst kritisch zu beurteilen und zu begleiten und die Anstrengungen in Richtung auf soziale Gerechtigkeit zu verstärken.

Auszugehen ist dabei von folgenden Prämissen:

- Das Einschwenken auf die Erweiterung der EU nach Mittel- und Osteuropa und nunmehr auch in Richtung Balkan folgte der Logik des Kalten Krieges, diese Staaten aus der Umklammerung der Sowjetunion zu lösen. Die Osterweiterung der NATO verkörpert die militärische Komponente dieser Strategie, die einer offenen, vertrauensvollen Partnerschaft mit Russland und den anderen Staaten der GUS diametral entgegen steht.

- Es wurde und wird im Wesentlichen hinter verschlossenen Türen, ohne Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger gehandelt und verhandelt, von einer Gleichberechtigung der Verhandlungspartner kann keine Rede sein.

- Die Kommission geht grundsätzlich davon aus, dass es keine Sonderregelungen und Übergangsfristen für die Neumitglieder geben soll. Doch schon jetzt ist klar, dass es ohne

die gebührende Beachtung der Besonderheiten nicht gehen wird, dass man Ausnahmen von der Regel zulassen und vereinbaren muss.

- Es wurden große Hoffnungen in den Beitrittsländern geweckt, nicht zuletzt von BRD-Politikern, die immer mehr in Enttäuschung umschlagen und Vorbehalten Platz machen.

- In der EU der 15 wachsen die Widersprüche; der Prozess der inneren Reformen, um die Beitrittsfähigkeit zu erreichen, steckt in der Sackgasse und wird wohl in Nizza nur zu einem Kompromiss auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner führen, denn die Großen wollen auf ihre Vorrechte nicht verzichten, die kleineren Staaten sich nicht an den Rand drängen lassen. Es konnte nicht Aufgabe der Studie sein, dieses Gebiet tiefgründig zu behandeln, doch es erscheint notwendig, dass sich ein neues Projekt damit beschäftigt.

- Auch bei unterschiedlichen Positionen der verschiedenen nationalen Gruppen in der GUE-Fraktion stehen alle hier vertretenen Parteien vor der Herausforderung nach Entfaltung und Gestaltung einer neuen Qualität der Solidarität. Die sozialen Spannungen und Auseinandersetzungen werden sich innerhalb der 15 Staaten der EU und zwischen den alten und den neuen Mitgliedern verschärfen. Die Mittel aus den verschiedenen Fonds müssen neu verteilt werden, durch die Abwanderung von Kapital und die Auslagerung von Produktion in Beitrittsländer werden Arbeitsplätze in den jetzigen EU-Staaten zur Disposition stehen, durch den freien Verkehr von Waren, Arbeitskräften und Dienstleistungen entsteht zusätzlicher Druck. Das ausländische Kapital wird die verbliebene Kernindustrie in den Beitrittsländern beherrschen und sich auf Erzeugnisse orientieren, die sie auf Grund von Billiglöhnen konkurrenzfähig im Ausland absetzen kann.

- Die Klein- und Mittelunternehmen (KMU) werden wie bisher in größerer Zahl auf den Markt drängen, aber angesichts der dünnen Kapitaldecke und den meist veralteten Produktionsmitteln mittelfristig nicht die Grundlage für einen selbsttragenden Aufschwung bilden.

Es ist eine der vordringlichsten Aufgaben der Linken, gemeinsam mit den Gewerkschaften und Verbänden ein solidarisches Miteinander der Lohnabhängigen, der ausgebeuteten Klassen und Schichten der alten und der künftigen EU-Mitglieder zu entfalten.

- In Hinblick auf die Wahlen im Jahr 2004 gilt es, schon jetzt die Situation der Linkskräfte in Europa, die der Fraktion der GUE/NGL angehören und die möglicherweise eine Chance haben, bei den Wahlen ins Parlament und damit in die Fraktion zu kommen, gründlich zu analysieren.

Der Fraktion gehören zur Zeit 14 Parteien aus 10 Ländern an. Die nationalen Wahlergebnisse sind Indiz für die Chancen bei der nächsten Europawahl. In den Beitrittsländern ist bisher nur in Zypern und Tschechien eine Partei im nationalen Parlament vertreten, die sich der Linksfraktion im EP anschließen würde. Dabei muss man im Auge haben, dass die Prozentzahlen, mit denen die Linken ins gegenwärtige Parlament eingezogen sind, 2004 nicht ausreichen könnten, wenn eine Obergrenze von 700 Sitzen – gegenwärtig 626 – gesetzt wird und 100 bis 150 Abgeordnete aus Polen, Ungarn, Estland dazukommen sollten.

Ein Erfolg der Linken setzt eine neue Stufe ihrer politischen Kooperation und ein Minimum an Konsens und gemeinsames Handeln im Europawahlkampf 2004 voraus.

Dafür ist eine verstärkte politisch-analytische Arbeit erforderlich; eine neue höhere Qualität der Kooperation in Richtung auf eine "Vereinigte Europäische Linke" ist unerlässlich.

Damit könnten auch bessere Voraussetzungen für Bündnisbeziehungen mit anderen politischen Kräften inner- und außerhalb des Parlaments, mit Gewerkschaften Verbänden, Nichtregierungsorganisationen und in punktuellen Fragen auch mit Grünen und Sozialdemokraten geschaffen werden.

Bei allen diesen Bemühungen ist zu beachten, dass der Zeitfaktor nicht nur für die EU im Allgemeinen, sondern für alle politischen Kräfte eine gewichtige Rolle spielt. Andere haben sich darauf schon eingestellt – die vereinigte Linke sollte ihre Chancen erkennen und nutzen!

André Brie

Gegensätzliche Befürwortungen der Osterweiterung

Die Erweiterung der Europäischen Union um die mittel- und osteuropäischen Staaten wird eine tiefe Zäsur in der Entwicklung der EU bedeuten und weitreichende Konsequenzen für den Charakter und die Perspektiven der europäischen Integration haben. Die Auswirkungen werden wesentlich größer sein als bei den bisherigen Erweiterungswellen, auch größer als beim Beitritt Großbritanniens. Quantitativ geht es um Staaten mit einer Bevölkerung von knapp 100 Millionen Menschen (ohne die Türkei, auf die ich hier nicht eingehe). Aus einer EU von 15 soll eine von 27 Staaten, aus einer mit 12 eine mit 22 Sprachen werden. 10 der dann 27 Länder werden mittel- und osteuropäische Staaten sein. Allein schon die quantitativen Aspekte stellen eine große qualitative Herausforderung an die Ausgestaltung der Institutionen der EU dar (Mehrheitsverhältnisse und -entscheidungen im Rat, Größe und Rolle der Kommission, Größe und Rolle des Europäischen Parlaments). Das Verhältnis zwischen Erweiterung einerseits und Fortsetzung/Vertiefung der Integration andererseits ist ungeklärt. Seine Offenheit wird bisher lediglich für eine intensiviertere Diskussion um verschiedene Varianten eines "Kerneuropas" genutzt (Fischer, Schäuble, Chirac, Védrine).

Noch bedeutsamer als die quantitative Seite sind die wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Konsequenzen. *Erstens* wird die Erweiterung das wirtschaftliche und soziale Gefälle in der EU weit über das bisherige Maß hinaus und geradezu dramatisch verschärfen. Die Grenze zwischen Deutschland und Polen, nicht jene zwischen den USA und Mexiko, ist weltweit die Grenze mit dem größten direkten Wohlstandsgefälle. Es ist bislang nicht erkennbar, ob und wie die EU der sich daraus ergebenden sozial-, beschäftigungs- und regionalpolitischen Verantwortung gerecht werden will. Im Gegenteil, die Debatte darüber bleibt faktisch unterbunden. Sie wirksam zu eröffnen, wäre eine entscheidende und derzeit kaum wahrgenommene Aufgabe der europäischen Linken. Der Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten zur EU hat drei weitere äußerst bedeutsame Folgen: *Zweitens* handelt es sich um Staaten, deren Bevölkerungen in kürzester Zeit Erfahrungen mit gegensätzlichen gesellschaftlichen und politischen Systemen und ihrer komplizierten Transformation mitbringen. *Drittens* öffnet sich die EU einem neuen Kulturkreis, für den die westeuropäischen Eliten wenig Verständnis und Kenntnis mitbringen. *Viertens* rückt die EU an die Grenzen Russlands vor, ohne ihr strategisches Verhältnis zu diesem Land und seiner europäischen Rolle real geklärt zu haben.

Es ist klar, dass die Motive für die Osterweiterung der Europäischen Union entsprechend der Vielfalt der Akteure und Interessenlagen äußerst unterschiedlich sind. Aber auch die Anhängerinnen und Anhänger einer sozialen und demokratischen europäischen Alternative haben zu berücksichtigen, dass in der Osterweiterung jene Ziele dominieren, die die internationalen und speziell die westeuropäischen Großbanken, Anlagefonds und

Wirtschaftskonzerne sowie die politischen und sicherheitspolitischen Eliten der europäischen Großmächte verfolgen. Kurz gefasst geht es ihnen mit der europäischen Integration ebenso wie mit der Osterweiterung der EU:

- um die Fortsetzung des wirtschaftsliberalen Umbaus der westeuropäischen Gesellschaften und die wirtschaftsliberale Beantwortung von Herausforderungen aus der Globalisierung der internationalen Finanzmärkte sowie der Erweiterung internationaler Arbeitsteilung,
- um den Erhalt und Ausbau ihrer Position im erneuerten Wettbewerb zwischen den kapitalistischen Zentren und den unterschiedlichen internationalen Kapitalkonglomeraten nach dem Ende des Systemkonflikts,
- insbesondere um die Sicherung der lukrativen osteuropäischen Zukunftsmärkte für das westeuropäische Kapital,
- um die Errichtung einer von den westeuropäischen Großmächten bestimmten sicherheitspolitischen Ordnung in Europa.

Die Osterweiterung ist grundsätzlich ein spezifisches westeuropäisches Dominanz-Projekt, zugleich aber auch ein Projekt des globalen Wirtschaftsliberalismus und der von den USA beherrschten sicherheitspolitischen “neuen Weltordnung” mit ihrem westlichen Machtmonopol. Zwischen 1988 und 1998 hat die EU ihre Exporte in die mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer um das 6,5fache, die Importe um das 4,5fache gesteigert. Dass die deutsche Wirtschaft sich besonders für die Erweiterung engagiert, wird aus ihrer elementaren Interessenlage leicht erklärlich. Deutschland ist der bei weitem größte Handelspartner dieser Staaten. 40 Prozent aller Exporte der EU in diese Region stammen aus Deutschland; Italien folgt abgeschlagen mit 14 Prozent. Der deutsche Exportüberschuss betrug 1998 ca. 13 Mrd. DM. Gesellschaftlich mag es hohe finanzielle Kosten der Erweiterung geben (die von der EU bereitgestellten Beitritts Hilfen – die Programme PHARE, SAPARD, ISPA – betragen gegenwärtig jährlich mehr als 2,6 Mrd. Euro), für die Privatwirtschaft und die Großbanken in Westeuropa ist sie bereits jetzt ein großes Geschäft, zumal auch ein sehr großer Teil aller Banken- und Unternehmensprivatisierungen in diesen Ländern in Form des Erwerbs durch westeuropäische Konzerne und Banken erfolgte. Allerdings ist die Osterweiterung auch für die Europäische Union und ihre Akteure von einer tiefen Widersprüchlichkeit gekennzeichnet und stellt die Fortsetzung der westeuropäischen Integration in ihrer supranationalen Tendenz vor ungelöste Herausforderungen. Bisher waren die maßgeblichen Regierungen nicht in der Lage oder bereit, ihre Alternativen zu formulieren.

Die Ziele der Beitrittsländer stehen teilweise im Gegensatz zu jenen der herrschenden EU-Akteure, ordnen sich dem Vorherrschaftsbestreben der EU jedoch eindeutig unter. Ohnehin sind die politischen Hauptkräfte in den mittel- und osteuropäischen Staaten nicht selten bestrebt, den Beitrittsprozess für die wirtschaftsliberale Ausprägung der gesellschaftlichen und ökonomischen Transformation in ihren Ländern zu nutzen. Mit der EU-Mitgliedschaft versprechen sie sich eine stabile Teilhabe an den Finanztransfers innerhalb der Union von den reicheren zu den ärmeren Regionen, Marktöffnung, Privatisierungsimpulse und Investitionen

sowie eine Abfederung der sozial und wirtschaftlich dramatischen Transformationskonsequenzen. Eine große Rolle spielen offensichtlich für die meisten dieser Länder und einen Großteil ihrer politischen Eliten auch sicherheitspolitische Erwägungen, die ausgesprochen werden in Bezug auf die ungeklärte künftige Politik Russlands, unausgesprochen bleiben hinsichtlich deutscher Macht. Die weitgehende Unterordnung der Ziele, Interessen und Erfahrungen der Beitrittsländer unter die Absichten der EU wird im gesamten Verhandlungsprozess deutlich und stellt seitens der bisherigen Mitgliedsländer der Europäischen Union die Aufnahmebedingung überhaupt dar. Hinsichtlich des sogenannten *aquis communautaire* (der Übernahme des Vertragsbestandes der EU) bedeutet das ein "take it or leave it", bei dem Sonderbedingungen, wie sie die südeuropäischen Staaten oder Dänemark erreicht hatten, nur schwer erreichbar scheinen. Selbst hinsichtlich eventueller Übergangsfristen werden primär die Interessen der EU oder einzelner ihrer Mitgliedstaaten zugrunde gelegt. Eine substantielle, institutionelle, demokratische und soziale Reform der Europäischen Union sowie ihres Finanzhaushaltes, wie sie für die Osterweiterung dringend notwendig wären, werden dagegen massiv blockiert.

Der aktuelle Charakter der Europäischen Union und ihrer Politik, insbesondere deren verstärkt wirtschaftsliberale und militärische Entwicklungstendenz sowie die mit der Osterweiterung verfolgten Ziele, geben der Linken keinen Grund, eine positive Haltung zur herrschenden Erweiterungspolitik zu entwickeln. Zur Erweiterung selbst wird ihr jedoch meiner Meinung nach eine konsequente Unterstützung abverlangt: *Erstens* ist zu berücksichtigen, dass die Linke einen exklusiven Charakter der Europäischen Union immer abgelehnt hat. *Zweitens* existieren zumindest bislang demokratische Mehrheiten und demokratische Entscheidungen in den osteuropäischen Staaten für einen Beitritt zur Europäischen Union. *Drittens*: Die wirtschaftsliberale Deregulierung und Zerstörung des Sozialstaats, die wenig soziale Gestaltung der Transformationsprozesse in den mittel- und osteuropäischen Staaten und andere negative Entwicklungen gehen nicht primär und per se von der Europäischen Union, sondern nach wie vor von den Nationalstaaten aus. Auch ohne EU wären wir angesichts der Schwäche der Gegenkräfte gegenwärtig mit dieser politischen Grundtendenz konfrontiert. *Viertens* ist die Europäische Union durchaus ein Raum, in dem auf moderne, zukunftsorientierte Weise politische, demokratische, soziale, beschäftigungspolitische, ökologische Antworten auf die "Globalisierung" gefunden werden könnten. Dafür spricht nicht zuletzt die relativ große Weltmarktunabhängigkeit dieses Wirtschaftsraumes. Die europäische Integration könnte bei Veränderung ihrer politischen Richtung – sehr viel mehr als die einzelnen Nationalstaaten ohne diese gleichzeitige Integration – Ausgangspunkt für die zukunftsfähige Erneuerung des Sozialstaates, des sozialen Zusammenhaltes, der Bewahrung und Entwicklung des kulturellen Reichtums, eines ökologischen Europas, die Rückgewinnung politischer Gestaltungsfähigkeit gegenüber der Wirtschaft sowie gesamteuropäischer kooperativer Sicherheit werden. *Fünftens* wird mit der Erweiterung der Europäischen Union um die mittel- und osteuropäischen Staaten die Chance verbunden sein, den westeuropäischen Horizont gesamteuropäisch zu öffnen (was real bislang nicht der Fall ist), eine kaum überschätzbare kulturelle Erweiterung zu realisieren sowie –

insbesondere auch für die westeuropäische Linke – die Erfahrungen der osteuropäischen Völker mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen und ihrer Transformation aufzunehmen.

Eine kritische Bewertung der vorherrschenden wirtschafts- und machtpolitischen Ziele, Interessen und Inhalte des Erweiterungsprozesses durch die Linke ist in jeder Hinsicht angebracht. Dennoch muss sie nach meiner Überzeugung aus den dargestellten Gründen gleichzeitig die EU-Erweiterung aktiv befürworten und neben ihren Kämpfen im nationalstaatlichen Rahmen ihre eigenen “europäischen” Ziele formulieren, die entsprechenden gesellschaftlichen Diskussionen und Auseinandersetzungen fördern, also fähig werden, ihre Alternativen sowohl für die aktuelle und künftige Entwicklung der europäischen Integration wie auch für die Osterweiterung der EU wirkungsvoll zu vertreten. Beide Fragen sind im übrigen gerade für die Linke eng miteinander verknüpft. Nicht durch ein Nein zur Erweiterung, sondern durch den Kampf um ihre demokratische, soziale und zivile Gestaltung muss sich die Linke vom derzeitigen politischen mainstream in der EU unterscheiden.

Ihre alternativen Ziele mögen gegenwärtig nur geringe Chancen haben, Gehör zu finden oder gar durchgesetzt zu werden. Ihre Formulierung und aktive politische Vertretung in den Parlamenten, im öffentlichen politischen Raum und in außerparlamentarischen Bewegungen muss jedoch *zum einen* einen wichtigen Beitrag darstellen, die politische und geistige Hegemonie des globalen Neoliberalismus zu attackieren. Eingeschlossen darin muss sein die Widerlegung des neoliberalen Axioms der angeblichen Alternativlosigkeit. *Zum anderen* geht es natürlich darum, die Kräfteverhältnisse, unter denen die weitere Tagesordnung der EU ausgehandelt wird, zu beeinflussen und Gegenkräfte zugunsten sozialer und demokratischer Orientierungen zu stärken, nicht zuletzt mit Blick auf den Erweiterungsprozess. Letzten Endes wird niemand ignorieren dürfen (aber natürlich wird es dennoch ignoriert werden), dass eine Erweiterung der Europäischen Union mit massiven sozialen Deklassierungen und anderen gesellschaftlichen Krisen in den Beitritts- und den alten Mitgliedsländern zu äußerst bedrohlichen Destabilisierungen führen kann, von der nur die extreme und fremdenfeindliche Rechte profitieren könnte. *Schließlich* muss es unter Mitwirkung der Linken gelingen, soziale und andere Probleme der EU-Erweiterung einzudämmen, irrationale Ängste in Teilen der Bevölkerung (ausgenutzt wiederum vor allem von der extremen Rechten) zu zerstreuen, Chancen ohne Illusionismus deutlich zu machen. Die Linke innerhalb der EU hätte meiner Meinung nach eine besondere Pflicht, dafür zu sorgen, dass in der EU-Erweiterung erstens nicht nur die Interessen der Wirtschaft, sondern auch die der Lohnabhängigen und der sozial Unterprivilegierten in ihren Ländern artikuliert werden, zweitens, dass die Interessen und Erfahrungen der Beitrittsländer auch innerhalb der EU auf Akzeptanz und Achtung stoßen.

Zu den Eckpunkten linker Positionen auf “europäischer“ Ebene müssten meiner Meinung nach gehören:

– *Die Nutzung der EU-Integration für die Rückgewinnung, Erneuerung und Stärkung der Politik und Demokratie gegenüber den Kapitalinteressen und den internationalen Finanzmärkten.* Unter aktuellen Gesichtspunkten scheinen die internationale Besteuerung von kurz-

fristigen Devisen- und Aktientransaktionen (Tobin-Steuer) und der Kampf um die Veränderung des “Stabilitätspakts” (Überwindung seiner ausschließlich monetaristischen Ausrichtung zugunsten einer beschäftigungspolitisch und nachhaltig orientierten makro-ökonomischen Politik der Mitgliedsländer und der EU) Schlüsselfragen für die Zurückdrängung des europäischen Wirtschaftsliberalismus zu sein. Für sie ist die europäische Ebene zweifellos der geeignetste Platz im Ringen um durchaus mögliche gesellschaftliche Mehrheiten.

– *Die Demokratisierung der Europäischen Union.* Primär geht es in dieser Hinsicht zum einen darum, die ernststen Demokratieverluste in den einzelnen Staaten zu stoppen und die Demokratiedefizite in der EU abzubauen (Rechte und Rolle der Bürgerinnen und Bürger, Rechte und Rolle des EP, Rolle der Regionen). Die Auseinandersetzung mit der eben vorgelegten Grundrechtecharta könnte trotz ihrer Widersprüche und Unzulänglichkeiten Impulse für den Kampf gegen den Verfall von Demokratie in den Nationalstaaten und gegen ihre akuten Defizite auf europäischer Ebene geben. Sie mit EU-weiten Volksentscheiden anzunehmen und ihr einen verbindlichen Charakter zu geben, wäre wahrscheinlich ein lohnenswerter Schritt auf solchem Weg.

– *Eine umfassende Antidiskriminierungspolitik und die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.* Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus haben unterschiedliche, aber auch gemeinsame Ursachen und Erscheinungsformen in den europäischen Staaten. Sie sind ein bedrohliches europäisches Phänomen. Antidiskriminierungs- und Menschenrechtspolitik sind meiner Meinung nach insbesondere angesichts der Herausforderungen durch die Osterweiterung ohne die europäische Ebene nicht mehr aussichtsreich.

– *Eine Sozialunion und ein europäischer Beschäftigungspakt.* Natürlich müssen die Errungenschaften des jeweiligen nationalen “Wohlfahrtsstaats” verteidigt und erneuert werden. Eine Europäisierung aller gesellschaftlichen Bereiche ist weder realistisch noch anstrebenswert. Beschäftigungs- und Sozialpolitik werden in den einzelnen Staaten ihren primären politischen, sozialen und juristischen Raum behalten. Die Europäische Union kann und muss aber einen wirkungsvollen Rahmen gegen Sozial- und Lohndumping (Sozialkorridore oder Mindeststandards) bilden. Angesichts der realen Existenz der gemeinsamen Währung ist deren Ergänzung durch beschäftigungs- und sozialpolitische Ziele dringend erforderlich. Für die Beitrittsländer in Osteuropa würde ohne eine wirksame solche Orientierung der Beitrittsprozess zu äußerst bedrohlichen sozialen und anderen Verwerfungen führen. Die Übernahme der Sozialschutzstandards aus dem gemeinschaftlichen aquis würde demgegenüber in den meisten Fällen einen sozialpolitischen Fortschritt in den Bewerberländern bedeuten, spielt aber in den gegenwärtigen Beitrittsberichten keine wesentliche Rolle. Zumindest im Europäischen Parlament ist mit der Entschließung zu einer Sozialagenda auch ein Dokument angenommen worden, das quer zum wirtschaftsliberalen mainstream der neuen Mitte von Blair, Schröder und Aznar liegt und darauf verweist, dass die

europäische Ebene sehr wohl auch auf diesem Gebiet für den Streit um andere gesellschaftliche Mehrheiten geeignet ist.

– *Gesamteuropäische und kooperative Sicherheit.* Die EU darf weder wirtschaftlich ein exklusiver Club bleiben und sich in teilweise sogar rassistischer Weise gegen den Süden und Osten abschotten (Schengener Abkommen) noch ein neuer Militärblock werden. Es muss vielmehr um die Öffnung der Europäischen Union und um ein kollektives gesamteuropäisches Sicherheitssystem gehen, wie es grundsätzlich in der OSZE angelegt ist. Die gleichberechtigte Einbeziehung Russlands insbesondere in gesamteuropäische sicherheitspolitische Beziehungen ist dafür unerlässlich. Demgegenüber sind die Aktivierung und Integration der WEU und die Schaffung einer schnellen europäischen Eingreiftruppe kontraproduktiv, anachronistisch und gefährlich und werden selbst die angestrebte stärkere sicherheitspolitische Unabhängigkeit von den USA nicht bewirken.

– *Die Interessen und Rechte der Beitrittsländer gewährleisten.* Die Linke muss zu den Sachwaltern der Interessen der Beitrittsländer gegenüber den Bestrebungen gehören, diese dem westeuropäischen Wirtschaftsliberalismus und der Reformunwilligkeit der Europäischen Union unterzuordnen. Besondere Aufmerksamkeit verlangt das Problem des Erwerbs von Boden und Immobilien in den Beitrittsländern, da angesichts der Kapitalschwäche der einheimischen Bevölkerung im Fall einer schnellen und unkontrollierten Einführung der Freizügigkeit ein massiver Ausverkauf droht. Mit zusätzlicher Sensibilität und größter Verantwortung wird dieses Problem hinsichtlich eines eventuellen (und über örtliche "Strohänner" teilweise schon begonnenen) Rückkaufs von Boden und Immobilien durch ehemalige deutsche Besitzer bzw. ihre Nachkommen in Polen, Tschechien und der Slowakei behandelt werden müssen.

Wilhelm Ersil

EU-Erweiterung, Kerneuropa und “verstärkte Zusammenarbeit”

Zäsur für die Union

Das Gipfeltreffen von Nizza öffnete den Weg für den Beitritt mittel-, ost- und südeuropäischer Staaten (“Osterweiterung”) zur Europäischen Union. Gegenwärtig wird mit zwölf Staaten verhandelt. Den westlichen Balkanstaaten wurde ein Beitritt in Aussicht gestellt und der Türkei der Status eines Beitrittskandidaten zugebilligt. In wenigen Jahren kann die EU 27 und mehr Mitglieder zählen. Dadurch wird sich ihr Bild grundlegend wandeln. Die Unterschiede und die Differenziertheit in der Union werden ein bisher ungekanntes Maß mit kaum vorhersehbaren Konsequenzen erreichen. Das betrifft die politischen, demokratischen, sicherheitspolitischen und demographischen Gegebenheiten. Die wirtschaftliche und strukturelle Kluft, das Wohlstandsgefälle sowie die sozialen Ungleichgewichte zwischen den alten und neuen Mitgliedstaaten werden enorm sein. Die Vielfalt der nationalen Kulturen, historischen Traditionen und Mentalitäten im Staatenverbund wird gravierend zunehmen. Das Spektrum der Visionen und Vorstellungen über den weiteren Weg der Union wird gewiss noch breiter werden. Mit der “Osterweiterung” werden Interessenausgleich und Entscheidungsprozesse noch komplexer und komplizierter. Divergierende Interessen und Meinungsverschiedenheiten können den Staatenbund auflockern und werden im Integrationsprozess noch viel deutlicher zutage treten. Dabei sind Antworten auf die Frage, welche Rolle sollen bzw. wollen die Beitrittsländer in der EU spielen, noch offen. Die “Osterweiterung” wird eine neue Balance in der Union mit nicht überschaubaren Konsequenzen zur Folge haben. Die Gewichte in der europäischen Politik werden neu bestimmt. Veränderte Machtverteilungen zeichnen sich ab. Berlin rückt von der Peripherie in das Zentrum der Union, Paris hingegen an den Rand. Alte Bindungen zwischen Gründungsmitgliedern der Gemeinschaft können sich lockern. Schemenhaft zeichnen sich neue Einflussphären und Partnerschaften ab.

Unterschiedliche Integration in der EU

Für linke Positionen zu den mit der “Osterweiterung” verbundenen generellen und detaillierten Fragen sind klarere Vorstellungen über den weiteren Weg und die “Finalität” der Union, über Richtungen und Inhalte eines Reformprozesses nach Nizza dringlich.¹ Dabei sind Notwendigkeit, Möglichkeiten und Modalitäten differenzierter, flexibler Teilnahme am Integrationsprozess ein Thema. Annahmen, alle Integrationsprojekte könnten stets im Gleichtakt umgesetzt werden, sind illusionär. Im Erweiterungsprozess wäre flexible Integra-

¹ Vgl. Wilhelm Ersil, Linke Antworten auf Vertiefung der EU gefragt. In: Disput, 11.00, S. 29 – 31.

tion in neuen Dimensionen dringend geboten. Doch dem wird EU-seitig nicht entsprochen ².

Differenzierte Integration ist in der EU schon jetzt eine Realität. Von Anbeginn gab es in der Gemeinschaft Ausnahme- und Sonderregelungen. Jede Erweiterung war mit speziellen Bestimmungen und Übergangszeiten verbunden, die jedoch grundsätzlich begrenzt oder befristet waren. Der Maastrichter Vertrag kennt einige Sonderregelungen. Vertragliche Akzeptanz erhielten dänische Positionen, so zur Währungsunion und zu militärischen Aspekten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). An der Währungsunion nehmen derzeit zwölf Staaten teil. Die Gruppe der Euro-Länder koordiniert auch die Wirtschafts- und Finanzpolitik. Ihre Ökonomien sind durch den Stabilitätspakt eng miteinander verknüpft. Dänemark, Großbritannien und Schweden beteiligen sich noch nicht an der Währungsunion. Die Nichtteilnahme Dänemarks ist das Fazit der jüngsten Volksabstimmung. Die meisten Beitrittskandidaten werden auf längere Sicht aufgrund des wirtschaftlichen Entwicklungsstandes und der Nichterfüllung der Konvergenzkriterien ausgeschlossen bleiben. Manche möchten diese gegenüber den Beitrittsländern schärfer anwenden und einen Beitritt zur Währungsunion erst ins Auge fassen, wenn sich deren Wirtschaftskraft der der EU angenähert habe ³. Verschiedenartig ist die Beteiligung an der EU-Sozialpolitik. Das Maastrichter Sozialprotokoll kam zustande, weil sich die britische Regierung strikt geweigert hatte, eine gemeinsame Sozialpolitik zu verfolgen. Inzwischen trat Großbritannien dem Sozialabkommen bei und es wurde Bestandteil des Vertrages. Hier zeigt sich, dass flexible Integration durchaus Progressivem dienen kann. Dem Schengen-Abkommen über die Abschaffung der Personenkontrollen an den Binnengrenzen und das Grenzkontrollsystem traten Großbritannien und Irland nicht bei. Die Zusammenarbeit in diesem Bereich erfolgte bis zum Amsterdamer Vertrag außerhalb des vertraglichen Rahmens der EU. Sonderbestimmungen gelten weiterhin für Großbritannien und Irland. Alle Beitrittsländer aber werden rigoros verpflichtet, den ganzen "Schengen-Besitzstand" zu übernehmen. Im Bereich der GASP sind die Verschiedenheiten besonders groß. Vier Staaten halten an ihrem Neutralitätsstatus fest. Der NATO gehören elf, der WEU zehn Mitgliedstaaten an. Diese Unterschiedlichkeit wird mit der "Osterweiterung" weiter zunehmen. Drei Bewerberländer gehören der NATO an, kein Beitrittskandidat wurde Mitglied der WEU. Allein Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien sind Teilnehmer des Übereinkommens zur Gründung einer Gemeinsamen Organisation für Rüstungskooperation. Die Briten sind strikt dagegen, dass die Militärpolitik zu den Bereichen gehört, in denen eine über die EU-Norm hinausgehende "verstärkte Zusammenarbeit" von Mitgliedern möglich sein soll. Dänemarks Vorbehalte gegen eine Teilnahme an der militärischen Zusammenarbeit sind wirksam. Im Interesse einer zivilen Zukunftsperspektive der EU müssen Sonderpositionen der Beitrittsländer gewahrt werden. Der neutrale Status von Beitrittskandidaten wirkt der Umwandlung der EU in einen Militärblock entgegen. Andererseits wird die Militarisierung

² Europäische Kommission: Strategiepapier zur Erweiterung. Bericht über die Fortschritte jedes Bewerberlandes auf dem Weg zum Beitritt, November 2000.

³ So Bundesbankpräsident Welteke, Süddeutsche Zeitung, 4. und 8.12. 2000.

durch Angebote von Beitrittskandidaten für die Interventionsstreitkräfte gefördert. Auch unter dem Aspekt der “Osterweiterung” ist wichtig, dass die regionalen Zusammenschlüsse zwischen Belgien und Luxemburg sowie zwischen diesen Ländern und den Niederlanden im EG-Vertrag ausdrücklich anerkannt werden. Das betrifft auch Sonderbedingungen für südeuropäische Mitgliedstaaten, u .a. die erwähnte Einführung von Beitrittsausgleichbeträgen.

“Osterweiterung” und flexible Integration

Die EU lehnt spezielle, über Übergangsbestimmungen hinausgehende Regelungen für Bewerberländer entschieden ab. Die erweiterte Union kann jedoch noch weniger als die jetzige EU etwas völlig Einheitliches sein. Sollen objektive Gegebenheiten berücksichtigt werden, dann wäre eine nach Ebenen und Tiefe differenzierte Teilnahme an der EU-Integration angebracht. Der Europäische Rat aber lehnte 1992 jedwede Geltung des dänischen Beispiels für beitrittswillige Staaten kategorisch ab. Trotzdem sollte die Linke dieses Modell und ähnliche Optionsmöglichkeiten im Blick haben. Es müsste darauf gedrängt werden, dass unterschiedliche Wege in der Union akzeptiert werden. Es könnte durchaus Bereiche geben, so in der Agrarpolitik, in denen den neuen Mitgliedern nicht nur Übergangsfristen eingeräumt werden müssen. Jedenfalls würde eine differenzierte Gestaltung des Beitrittsprozesses den vielfältigen Gegebenheiten in den mittel-osteuropäischen Ländern besser gerecht werden. Der Beitrittsprozess muss als ein differenzierter Prozess gestaltet werden.

Bürgerbeteiligung und flexible Integration

Generell muss gelten: Differenzierte Integration darf progressive Aspekte des “gemeinsamen Besitzstandes” und gemeinsamer Ziele nicht in Frage stellen, darf den Prinzipien der Solidarität, des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts sowie der Gleichheit aller Staaten und Bürger der Union vor dem EU-Vertrag nicht entgegenwirken. Sie eröffnet Möglichkeiten, fortschrittliche Aufgaben zu bewältigen. Auf diesem Wege können Mitgliedstaaten auf sozialen, ökologischen und anderen Gebieten vorangehen. Das würde die progressive Anwendung des Prinzips der Subsidiarität fördern und gewährleisten, dass unterschiedliche Interessen und Standpunkte von Bevölkerungsgruppen sowie Bedürfnisse von Regionen und Staaten besser berücksichtigt werden. Das kann mitunter die Bewältigung integrativer Aufgaben behindern. Das würde aber den Realitäten besser entsprechen. Die dänische Lösung zum Maastrichter Vertrag hat Bedeutung über den Einzelfall hinaus.

Für mehr Bürgerbeteiligung, für Regionalisierung und Subsidiarität sprechen sich in der Regel alle politischen Kräfte aus. Das sind zentrale linke Anliegen, denen auch mit Blick auf die “Osterweiterung” Geltung verschafft werden muss. Diesen Aspekten wird bislang wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Wenn demokratische Mitentscheidung der Bevölkerung national wie regional ernsthaft gewollt wird, dann ist eine differenzierte EU-Entwicklung unvermeidliche Konsequenz, wie das dänische Beispiel zeigt. Für linke Kräfte sollte das wichtigste Entscheidungskriterium sein: Differenzierung in der EU, flexible Integration müssen zu

sozialen, demokratischen und gesellschaftlichen Fortschritten führen und zur Wahrung von Eigenständigkeit beitragen. Das betrifft die Gleichberechtigung der Mitglieder, die Mitentscheidung des EP und den regionalen Ausgleich. Zentrale Probleme sind die Wahrung der Prinzipien der Solidarität, des wirtschaftlichen und sozialen Ausgleichs in der EU, die Gleichheit aller Staaten und Bürger der Union vor dem Vertrag, die Wahrung des einheitlichen institutionellen Rahmens sowie legitimer Elemente der Gesamtpolitik. Demokratische Elemente in der EU dürfen nicht ausgehöhlt oder gar eliminiert werden. Keinesfalls dürfen sie den Ausstieg aus sozialen und demokratischen Regelungen des Gemeinschaftssystems und Nationalismus begünstigen.

Drängen nach einem Kerneuropa

Zweifellos werden Integrationsfortschritte in einer vergrößerten Union schwieriger zu erreichen sein. Das gibt den Protagonisten eines Kerneuropa und einer "verstärkten Zusammenarbeit" in dieser Richtung neuen Auftrieb. Letztere soll es künftig Mitgliedstaaten, die weitergehende Kooperation, Integration und Handlungsfähigkeit wünschen, ermöglichen, im Integrationsprozess schneller voranzugehen als andere. Diese Debatte wird seit Jahren mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung geführt. Stichworte sind: "variable Geometrie", "Europa der konzentrischen Kreise", "Europa der zwei Geschwindigkeiten", "abgestufte Integration". Forderungen nach einem Kerneuropa ergaben sich insbesondere für deutsche und französische Eliten aus der Absicht, in der EU einen machtpolitischen Kern zu formieren, der sich um das deutsch-französische Tandem schart. In einem solchen Kerneuropa wird die Basis europäischer "Neuordnung" gesehen, die die Richtung der Integration bestimmt und die Peripherie daran bindet. Das wurde in einem von Lamers und Schäuble im September 1994 vorgestellten Papier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion besonders deutlich propagiert. Derartige Absichten stießen nicht nur seitens der traditionell euroskeptischen Briten auf heftige Kritik. Sorgen über hegemoniale Ambitionen und desintegrative Folgen kennzeichneten viele Reaktionen. Berechtigt war die Sorge, eine spezielle Zusammenarbeit von Gruppen von Mitgliedstaaten innerhalb oder außerhalb der EU-Struktur würde den Zusammenhalt im Staatenverbund insgesamt schwächen.

Von Amsterdam nach Nizza

Derartige Widerstände zwangen zu Zurückhaltung. In der Folge konzentrierten sich die Anstrengungen auf die vertragliche Fixierung "verstärkter Zusammenarbeit" in den EU-Verträgen, die es Mitgliedstaaten ermöglichen sollte, in bestimmten Bereichen weiter voranzugehen als andere. Großbritannien und andere Mitgliedstaaten waren jedoch nicht gewillt, einer generellen Flexibilitätsklausel zuzustimmen, die exklusive Alleingänge ermöglichte. Alle Regierungen stimmten im Titel VII des Amsterdamer Vertrages "Bestimmungen über eine verstärkte Zusammenarbeit" erstmals Regelungen zu, die eine engere Integration zwischen interessierten Staaten gestatten. Die mit der Flexibilitätsklausel

im Amsterdamer Vertrag (Art. 11 EG-Vertrag und Art. 43 EU-Vertrag) verbundenen Einschränkungen (teilweises Vetorecht gegen eine verstärkte Zusammenarbeit im Art. 11, Abs. 2, Satz 2 EG-Vertrag; Zahl der für eine solche Zusammenarbeit erforderlichen Mehrheit von Mitgliedstaaten im Art. 43, Abs. 1, Buchstabe d EU-Vertrag) sollten beseitigt werden. Das gelang mit dem Nizza-Vertrag nur begrenzt; denn dieser erlaubt auch künftig weitergehende Zusammenarbeit nur mit bestimmten Auflagen. Allerdings müssen derartige Entscheidungen künftig nicht mehr einstimmig, sondern können mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden.

“Pioniergruppe” – Spaltung der EU ?

Man kann annehmen, dass es im Zuge der “Osterweiterung” und schärfer werdender Konflikte zu neuen Initiativen für ein exklusives Kerneuropa kommen wird, worüber es im Vorfeld von Nizza schon eine erstaunlich offene Debatte gegeben hatte⁴. Ex-Kommissionspräsident Delors sprach sich im Januar 2000 mit Blick auf die sechs Gründungsstaaten für eine “Avantgarde”, für eine Staatengruppe mit eigenen Institutionen aus, die parallel zur EU-Erweiterung tätig werden und schließlich zu einer vertraglich – “Vertrag im Vertrag” – festgelegten “Föderation von Nationalstaaten” führen soll, um eine bessere Abstimmung der Währungspolitik, eine wirkungsvolle gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik sowie die Schaffung eines “Raumes der Sicherheit” weiter verfolgen zu können⁵. Außenminister Fischer befürwortete in seiner “Europa-Rede” im Mai eine Föderation mit verstärkter Zusammenarbeit einiger Staaten und sprach über die Notwendigkeit eines “Gravitationszentrums” eines föderalen Europas⁶. Staatspräsident Chirac äußerte sich in seiner Bundestagsrede zurückhaltender, aber auch für ihn sollte die Dynamik der Integrationsprozesse durch eine “Avantgarde-Gruppe” gesichert werden. Dem sollte ein “flexibler Koordinierungsmechanismus” der Regierungen dienen, geleitet nicht von der Kommission, sondern von einem Sekretariat⁷. Helmut Schmidt und Giscard d’Estaing wiederum sehen als Teilnehmer einer “Pioniergruppe” die Staaten der Euro-Zone oder den Beitritt weiterer Staaten zur Sechsergruppe⁸. Der Integrationswissenschaftler Werner Weidenfeld propagiert eine Perspektive kleinerer Einheiten innerhalb der großen Europäischen Union. “Das kann das Europa sein, das sich politisch um die gemeinsame Währung konstituiert. Das kann auch das Europa sein, das sich um die Sicherheitsunion oder um die Umweltunion bildet. Von gemeinsamer Währung und

⁴ Vgl. Christian Busse, Braucht Europa einen Kern? Zur gegenwärtigen Diskussion um die Zukunft der europäischen Integration. In: Das Parlament vom 17.11.2000, Beilage, S.3-12.

⁵ Vgl. Dokumente. Zeitschrift für die Zukunft des deutsch-französischen Dialogs, 56 (2000), 3, S. 232-234.

⁶ Vgl. Joschka Fischer, Vom Staatenverbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der europäischen Integration. In: Bulletin der Bundesregierung, Nr. 29, 24.5.2000, S.1-12.

⁷ Vgl. Jacques Chirac, Mit Deutschland und Frankreich eine “Avantgarde-Gruppe” bilden. In: FAZ, 28.6.2000.

⁸ FAZ, 11.4.2000; vgl. auch. Helmut Schmidt, Die Selbstbehauptung Europas. Perspektiven für das 21. Jahrhundert. Stuttgart, München 2000, S. 196-200).

gemeinsamer Sicherheit werden geradezu motorische Kräfte zur Bildung kleinerer supranationaler politischer Rahmenwerke freigesetzt⁹. Die Debatte um eine Avantgarde erinnert an die Diskussion um Kerneuropa und verwandte Modelle nach 1994. Im besonderen Blickfeld sind dabei immer die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Währungspolitik sowie die “innere Sicherheit”.

Für manche Analytiker vollzieht sich ein Abschied von der alten Einheits-EU zu einer neuen Ebene politischer Integration, die zu einer mit der “Osterweiterung” heterogener werdenden Gemeinschaft passen soll. Die anvisierte Flexibilität berge jedoch große Gefahren in sich, war in einer Zeitung zu lesen. “Zum einen könnten viele Pioniergruppen mit wechselnden Mitgliedern entstehen. Die EU würde zerfallen. Zum anderen werden die Pioniere versuchen, Kerneuropa unter sich auszumachen...”¹⁰ Kerneuropa müsse daher eine supranationale, bundesstaatliche Struktur bekommen, wie sie Außenminister Fischer vorgeschlagen habe. Großeuropa und Kerneuropa liefen auf eine Doppelstruktur hinaus, auf eine EU innerhalb der EU. Das sei die einzige Möglichkeit, Erweiterung und Vertiefung der EU zu versöhnen. Das sind abenteuerliche Pläne! Die Vorstellungen über einen Neubau sind aber noch diffus. Offen ist, ob und wie Frankreich und Deutschland gemeinsam eine Führungsrolle für solche Ziele ausüben werden, zeigte doch Nizza augenscheinlich deutsch-französische Entfremdung und Rivalität. “Verstärkte Zusammenarbeit” ist mit Machtverteilung verknüpft. Die Gefahr der Konzentration der Macht in den Händen eines kleinen Staatenclubs von Großmächten bleibt gegeben.

Prinzipielle Ablehnung “Kerneuropas”

Derartige Ambitionen bergen Gefahren für die Gesamtentwicklung der Union in sich. Zweifellos haben solche Tendenzen auch für die “Osterweiterung” Konsequenzen. Konstruktionen einer Union mit unterschiedlicher Mitgliedschaft, für eine “Kerneuropa-Neuordnung” widersprechen einer demokratischen Einigung. Sie können zur erneuten Spaltung Europas führen, die doch nach offizieller Lesart gerade durch die Aufnahme der neuen Mitgliedstaaten endgültig überwunden werden soll (obwohl das zumeist nur auf eine erweiterte Union bezogen wird). Diejenigen, die von einer “Avantgarde” oder “Pioniergruppe” sprechen, geben den neuen Beitrittsländern ein zweideutiges Zeichen. Fischers Rede wurde daher in einigen Ländern als “Vertrauensbruch” verstanden.¹¹

Linke Kräfte müssen sich auch künftig exklusiven Alleingängen in Richtung eines machtpolitischen Kerneuropa widersetzen, wozu übrigens die allgemeine “Flexibilitätsklausel” nicht berechtigt. Für Widerstand gibt es viele Bündnispartner – von gesellschaftlichen Kräften bis zu Regierungen. Auch bei den Beitrittskandidaten stoßen derartige Ambitionen kaum auf Sympathie. So befürchtet die Warschauer Regierung, Polen könne von der Integrations-

⁹ Werner Weidenfeld, Die europäische Zeitenwende. In: FAZ, 2.12.2000.

¹⁰ Süddeutsche Zeitung, 13.10.2000.

¹¹ Vgl. FAZ, 21.10.2000.

avantgarde ausgeschlossen sein, bevor es überhaupt die Möglichkeit besitzt, innerhalb der EU mitzuwirken¹². Der polnische Präsident vermerkt mit sichtlichem Unbehagen Absichten, mit der Integration in einem engeren Kreis fortzuschreiten und möchte das nur als "letzten Ausweg" akzeptieren. "Hastige Pläne zur Schaffung einer Avantgarde, nur um die intime Atmosphäre der europäischen Integration zu bewahren, sind nicht gerechtfertigt."¹³

Für progressive "verstärkte Zusammenarbeit"

Kerneuropapläne sind das eine, differenzierte Integration und "verstärkte Zusammenarbeit" aber können auch etwas anderes bedeuten. Mit Recht wird in der einleitenden Studie betont, linke Politik müsse der Gewährung langfristiger Übergangsfristen und Sonderregelungen besondere Aufmerksamkeit widmen. Darüber hinaus müsste es um Regelungen gehen, die der Spezifik der Bewerberstaaten im Integrationsprozess dauerhaft gerecht werden. Darüber Klarheit zu schaffen, ist eine wichtige Aufgabe!

"Verstärkte Zusammenarbeit" kann sinnvoll sein, damit der Vielfalt der Gegebenheiten besser entsprochen wird. Dadurch kann unterschiedlichen Interessen und Situationen Rechnung getragen werden. Dafür sollten linke Kräfte prinzipiell eintreten. Das kann Möglichkeiten eröffnen, weiterführende Integrationsaufgaben zu bewältigen, so auf sozialem und ökologischem Gebiet und bei der Forschungsk Kooperation. Wenn aber Regierungen und gesellschaftliche Kräfte Flexibilität zum Vorwand nehmen, um niedrigere Sozial- und Umweltstandards durchzusetzen, so muss dem entschieden begegnet werden. Differenzierte Integration darf nicht dazu führen, dass positive Elemente im "Besitzstand" und in gemeinsamen Zielsetzungen ausgehebelt werden. Das betrifft insbesondere die Garantie sozialer Mindeststandards. Die Übernahme der EU-Sozialschutzstandards durch Beitrittsbewerber würde in den meisten Fällen zu einem sozialpolitischen Fortschritt führen. Es darf nicht zugelassen werden, dass einzelne Mitglieder durch Absage an Umwelt- und Sozialstandards versuchen, Wettbewerbsvorteile zu gewinnen. Die Angleichung sozialer Systeme darf nicht in Frage gestellt werden. Die Bestimmungen über "verstärkte Zusammenarbeit" können nach Ansicht des Institutionellen Ausschusses des EP weiterführende soziale Festlegungen ermöglichen: höhere als gemeinschaftlich vorgesehene sozialpolitische Mindeststandards; verbindliche Durchführung von Kollektivverträgen, die nur für das Gebiet einer Mehrheit von Mitgliedstaaten zustande gekommen sind; Fördermaßnahmen zur Arbeitsplatzbeschaffung; verbindliche Durchführung von Arbeitsplatzbeschaffung durch Arbeitszeitverkürzung; Festsetzung von Mindest- oder Höchststandards im Bereich des Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutzes; Harmonisierung von Steuerarten, so von Energiesteuern und der Besteuerung von Kapitalerträgen; Maßnahmen im Bereich der Verkehrspolitik; zusätzliche Fördermaßnahmen für Bildung, berufliche Bildung und Kultur; Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung; Zusammenarbeit bei Forschungsprogrammen. Darüber hinaus könnten Festle-

¹² Vgl. "Polen legt Positionen zur Reform der EU-Institutionen vor". In: FAZ, 17.6.2000.

¹³ Aleksander Kwasniewski, Der Weg zur politischen Union Europas. In: FAZ, 2.12.2000.

gungen zur Regulierung der Finanzmärkte ebenfalls eine Perspektive sein. Inwieweit “verstärkte Zusammenarbeit” mit und zwischen den künftigen Beitrittsländern zu einem Thema werden kann, muss geprüft werden.

“Osterweiterung” und regionale Kooperation

Differenzierte Integration wäre auch unter regionalen Aspekten zwingend geboten, zumal die meisten Bewerberländer auf längere Sicht zur Peripherie der Union gehören werden. Die rechtliche Angleichung der Beitrittsanwärter kann schnell erreicht werden, zumindest auf dem Papier. Das ökonomische und soziale Gefälle aber wird enorm bleiben, und der Ausgleich dürfte Jahrzehnte dauern. Dem neoliberalen Druck der “Heranführungsstrategie” müssten die Bewerberstaaten auch durch Formen wechselseitiger Zusammenarbeit begegnen. Das wäre zur Abwehr westeuropäischer Dominanz, der Zwänge zur uneingeschränkten Übernahme des Vertragsbestandes der EU und zur weitgehenden Unterordnung der Ziele, Interessen und Erfahrungen der Beitrittsländer unter die Absichten der EU wahrlich dringend notwendig. Das wäre überaus wichtig, damit Interessen und Erfahrungen der Beitrittsländer im Beitrittsprozess Berücksichtigung finden. Dazu gehören auch die in der Studie geforderten spezifischen Regelungen zum Eigentum an Grund und Boden. Doch derartige Gegenkräfte sind noch schwach. Im Beitrittsprozess können sich allerdings die Beziehungen zwischen Beitrittskandidaten enger gestalten. Regionale Staatengruppen mit dieser oder jener Kooperation sind nicht ausgeschlossen. Die Beitrittsperspektive der westlichen Balkanstaaten wird EU-seitig sogar ausdrücklich mit Fortschritten in der regionalen Zusammenarbeit verknüpft. Obwohl eigene internationale Organisationen der beitriftswilligen Länder Mittel- und Osteuropas (so der Visegrád-Gruppe: Polen, Slowakei, Tschechische Republik, Ungarn bzw. der lockeren Struktur von sechs Balkanstaaten im “South East European Cooperation Process”) wenig erfolgreich waren, könnten dies Ansätze für Ähnliches in einer erweiterten Union werden. Auch dafür müssen im Prozess der “Osterweiterung” Antworten gefunden werden. Für einen neuartigen Assoziationsvertrag mit Staaten, die aus verschiedenen Gründen derzeit nicht Mitglied der EU werden können, tritt Altbundeskanzler Schmidt ein¹⁴. Das wäre dann ein Europa der drei Geschwindigkeiten!

Beträchtliches gesellschaftliches Engagement wird notwendig sein, um eine progressive Anwendung des Flexibilitätsprinzips zu sichern. Die “Osterweiterung” darf nicht unter den Blickwinkeln eines “harten Kerns”, eines Mehr-Klassen-Europas erfolgen. Sie muss gemeinsam mit den Beitrittsbewerbern verwirklicht werden und deren legitime Interessen berücksichtigen.

¹⁴ Vgl. .H. Schmidt, a.a.O, S. 200.

Helga Herberg

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in den Ländern Mittel- und Osteuropas

Eine anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) gehört seit Jahren zu den negativen sozialen Folgen der Transformation. Mit der Osterweiterung der EU, die personelle Freizügigkeit einschließt, rückt das Problem in den Mittelpunkt des Interesses. Auch in der Studie wird, unter dem Aspekt der Risiken der Osterweiterung, auf die Gefahr eines weiteren Anstiegs der Arbeitslosigkeit hingewiesen.

Ausgehend von Wirtschaftswachstum und Produktivitätsanstieg als Einflussgrößen, soll in dem folgenden Beitrag über die Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in den MOEL informiert werden. Betrachtet werden dabei vor allem Polen, Tschechien, Ungarn, Slowenien und Slowakei. Einbezogen werden teilweise Rumänien und Bulgarien, und soweit statistische Angaben vorliegen, die baltischen Länder Estland, Lettland und Litauen. Polen findet wegen seines politischen und wirtschaftlichen Gewichtes im Prozess der Osterweiterung stärkere Beachtung.

Die Analyse stützt sich, soweit nicht anders vermerkt, auf Angaben der Europäischen Kommission (Eurostat) auf der Basis von Arbeitskräfteerhebungen (AKE), die vergleichbare Angaben ermöglichen.¹ Dadurch sind Abweichungen zu den Daten der nationalen statistischen Ämter, soweit sie sich auf die registrierten Arbeitslosenzahlen stützen, möglich.

Wirtschaftswachstum durch Produktivitätserhöhung

Infolge des tiefen Einbruchs der gesamten Wirtschaftsleistung in den ersten Jahren des Transformationsprozesses haben am Ende des vergangenen Jahrzehnts nur fünf MOEL (die Beitrittskandidaten der ersten Reihe) das Ausgangsniveau von 1989 wieder erreicht bzw. überboten (Polen, Slowenien). Deutlich darunter (um 20 und 40 %) liegen Bulgarien, Rumänien und die baltischen Staaten. Doch die frühere Höhe der Beschäftigung wurde in keinem der Länder wieder erreicht, und die Arbeitslosigkeit verharrt auf hohem Niveau bzw. steigt an.

Nur wenige MOEL verzeichneten nach dem Transformationsschock ein anhaltendes Wirtschaftswachstum (Polen, Ungarn, Slowenien). In Bulgarien und Rumänien folgten auf den ersten Wachstumsschub schwere Rückschläge. Aber auch Tschechien fiel 1997/98 in eine tiefe Krise, die Slowakei folgte ihr darin 1999. In allen MOEL verschlechterte sich 1998 und 1999 die wirtschaftliche Lage. Äußere Faktoren, vor allem die Abkühlung der westeuropäischen und insbesondere der deutschen Konjunktur, aber auch die Russlandkrise, waren dafür ausschlaggebend. 1999/2000 trat in allen Ländern eine deutliche Verbesserung

¹ Vgl. Eurostat: Beschäftigung und Arbeitsmarkt in den Ländern Mitteleuropas, 1/1999 und 2/2000.

ein, und die günstige Entwicklung wird sich voraussichtlich auch 2001 fortsetzen. Vor allem die Industrieproduktion stieg deutlich an.

Das Wirtschaftswachstum in den MOEL in den Jahren ab 1993/94 wurde von einem beachtlichen Anstieg der gesamtgesellschaftlichen Arbeitsproduktivität begleitet (vgl. Tab. 1). Der Produktivitätsfortschritt wurde aber in entscheidendem Maße durch Massenentlassungen erkaufte. So ist in Polen die Produktivität zwar schneller als in den anderen Ländern, aber überwiegend auf Grund der Reduzierung der Beschäftigung gewachsen. Nur in Tschechien, in der Slowakei und in Estland haben bislang auch Strukturwandelprozesse merklich zur Steigerung der Arbeitsproduktivität beigetragen.² Das Produktivitätsniveau in den Transformationsländern liegt noch immer weit unter dem Durchschnitt der EU, auch wenn sich der Abstand schon deutlich verringert hat. Tschechien, die Slowakei und Ungarn erreichen gegenwärtig erst das Niveau Griechenlands, Polen ist mit Portugal, und Slowenien mit Spanien vergleichbar.

Nun muss die Arbeitsproduktivität nicht überall gleich hoch sein, dies hängt von der Sektor- und Branchenstruktur der Produktion ab. Die in allen Ländern vorhandene große Produktivitätslücke wird aber unter dem verstärkten Druck des Wettbewerbs selbst bei nachhaltigen Wachstums- und Strukturwandelprozessen kaum einen Anstieg der Beschäftigung zulassen. In vielen Sektoren und Branchen wird statt dessen ein weiterer Rückgang erforderlich sein. So hat, wie das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) in seinem Konjunkturbericht vom Juni 2000 feststellt, das starke Wachstum der Industrieproduktion gekoppelt mit einem weiteren Abbau der Arbeitskräfte in den MOEL zu einer eindrucksvollen Steigerung der Produktivität geführt.³ Die Massenarbeitslosigkeit ist die Schattenseite der notwendigen Effizienzsteigerung nach der fast vollständigen Öffnung der Wirtschaft dieser Länder schon lange vor der vollständigen Integration.

Tabelle 1:

Entwicklung der gesamtgesellschaftlichen Arbeitsproduktivität* der MOEL (5) im Vergleich zur EU (15)

	AP 1999 1992=100	Produktivitätsniveau 1992	1998
Polen	135,8	32,6	38,6
Slowakei	133,5	45,1	52,5
Tschechien	119,5	54,1	56,4
Ungarn	128,9	48,7	54,7
Slowenien	135,2	57,9	68,2
EU-15	114,7	100	100

*Reales BIP pro Beschäftigten zu Kaufkraftparitäten

² Stephan, J.: Strukturwandel, Spezialisierung und Produktivitätslücke zwischen Mittel- und Osteuropa und der Europäischen Union. In: *Wirtschaft im Wandel (IWH)*, 13/2000, S. 378.

³ Vgl. Pöschl, J.: *Wirtschaft Ost-Mittel-Europas auf Wachstumskurs*. In: *WIFO-Monatsberichte* 5/2000.

Quelle: IWH, Wirtschaft im Wandel 13/2000, S. 377

Beschäftigungsrückgang trotz Strukturwandel

In allen Ländern nahm die Entwicklung der Beschäftigung einen weitaus ungünstigeren Verlauf als die Wirtschaftsleistung. Anders als das Bruttoinlandsprodukt (BIP) liegt die Zahl der Beschäftigten zehn Jahre nach Beginn des Transformationsprozesses in den fünf erfolgreicherem Ländern noch weit unter dem Ausgangsniveau, noch tiefer ist die Beschäftigung in Bulgarien und Rumänien gefallen. Auch die Wachstumsphase, die in einigen Ländern mit beachtlicher Dynamik verlief, wurde noch nicht von einem Wiederanstieg der Beschäftigung begleitet. Die jährlichen Raten der Beschäftigung blieben deutlich hinter dem Zuwachs des BIP zurück, sie wurden teilweise weiter reduziert.

So waren in Polen und Tschechien etwa 13 %, in der Slowakei 15 %, in Ungarn 20 %, in Bulgarien 25 % weniger Personen als 1989 beschäftigt. Insgesamt ging in den 7 MOEL und in den baltischen Ländern seit 1989 die Zahl der Beschäftigten um mehr als 7 Mill. zurück, das waren etwa 15-20 % im Durchschnitt.

Die *Beschäftigungsquoten*⁴ sind in allen Ländern deutlich gesunken. Dabei liegt die durchschnittliche Beschäftigungsquote (7 MOEL und die baltischen Länder) mit 62 % immer noch leicht über dem EU-Durchschnitt von 61 %. Die Beschäftigungsquoten lagen 1998 in Rumänien, Tschechien und Estland noch bei nahe 70 % und bei dem laut EU-Kommission am weitesten fortgeschrittenen Beitrittskandidaten Ungarn am unteren Ende der Skala (54 %). Die Beschäftigung der Frauen ist zwar im Ergebnis des Übergangs zur Marktwirtschaft nunmehr deutlich niedriger als die der Männer. Sie lag aber, mit Ausnahme von Ungarn und Bulgarien, in den hier betrachteten Ländern mit durchschnittlich 60 % immer noch wesentlich über EU-Niveau (51 %). Dieser Vergleich macht sichtbar, dass mit einem Wachstum der Beschäftigung im Zuge der Anpassung an die Strukturen der EU nicht zu rechnen ist, eher noch werden bestimmte Gruppen, z. B. die Frauen, weiterhin zu Verlierern dieses Prozesses.

Die *Struktur der Beschäftigung* hat sich stark verändert. In allen Ländern war der Transformationsprozess, wenn auch in unterschiedlichem Maße, mit einer Deindustrialisierung verbunden. Die Zahl der Arbeitsplätze in der *Industrie* verringerte sich in den MOEL und im Baltikum um mehr als 6 Mill. Personen bzw. ein Drittel. Am stärksten betroffen waren die Industriebeschäftigten Bulgariens, Litauens und Rumäniens, hier gingen seit 1989 etwa 40-50 % aller Arbeitsplätze verloren. In Estland, Ungarn, Slowenien und der Slowakei waren es 30 %, in Polen 25 % und in Tschechien 20 %. Dabei soll die Überbeschäftigung in der Industrie der ehemaligen RGW-Länder als Ursache nicht übersehen werden, verbunden mit ungünstigen, schwerindustriellastigen Strukturen und einer einseitigen Ausrichtung des Exports auf die Märkte im Osten. In Ländern wie Tschechien, Ungarn, Slowakei und auch Polen ist der Industrialisierungsgrad im europäischen Vergleich bislang hoch geblieben.

Rückläufig war in der Mehrzahl der Länder auch die Beschäftigung in der *Landwirtschaft*. In Estland, Ungarn, Tschechien, Slowenien und der Slowakei beginnt sich die Beschäftigung

⁴ Gesamtzahl der Beschäftigten, bezogen auf die Bevölkerung im Alter von 15-64 Jahren.

in der Landwirtschaft nach einem starken Abbau langsam auf EU-Niveau zu stabilisieren. Dagegen ist in anderen Ländern (Rumänien, Bulgarien, Litauen) die Beschäftigung in der Landwirtschaft stark angestiegen. Dieser Trend erklärt sich nur zum Teil durch die Privatisierung großer landwirtschaftlicher Betriebe bzw. ihre Zersplitterung in kleine. Es war vor allem wirtschaftliche Not, die viele Menschen zur Rückkehr auf das Land zwang, wo sie vorher nur im Nebenerwerb tätig waren.

Nach der Überwindung der Rezession kam es in den meisten Ländern zu einem deutlichen Wachstum der Beschäftigung im *Dienstleistungs-Sektor*. Die neu entstandenen Arbeitsplätze konnten aber die Verluste in der Industrie nicht kompensieren. Ebenso wenig konnten die neuen Arbeitsplätze im privaten Sektor (durch Neugründung kleiner und mittlerer Betriebe) die massenhaften Freisetzungen der Staatsbetriebe nicht annähernd ausgleichen.

In einigen MOEL (Tschechien, Ungarn, Estland, Slowenien, Slowakei) hat sich im Ergebnis dieser Entwicklung die sektorale Struktur der Beschäftigung dem Muster der EU schon stark angenähert: Es dominiert der Anteil des Dienstleistungs-Sektors mit über 50 %, der Anteil der Industrie ist mit 34-40 % immer noch hoch und der Anteil der Landwirtschaft deutlich unter ein Zehntel gesunken. Dagegen ist der Anteil der Landwirtschaft an der Beschäftigung vor allem in Rumänien, Bulgarien, Polen, aber auch in Lettland und Litauen noch zu stark ausgeprägt. In diesen Ländern steht die Bewältigung von Strukturwandelprozessen mit schwerwiegenden sozialen Folgen erst noch bevor, und sie ist in keinem Land schon abgeschlossen.⁵

Hohe Arbeitslosigkeit

In der frühen Transformationsphase kam es zu einem massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit. Die Ursachen dafür waren komplex: Einbruch der gesamten Wirtschaftsleistung, Abbau der Überbeschäftigung, Schließung unrentabler Betriebe und Teilbereiche. Aber auch nach zehn Jahren bleibt die Arbeitslosigkeit eines der größten, ungelösten wirtschaftlichen und sozialen Probleme. Die Arbeitslosenquoten sind in fast allen Ländern zweistellig. Die Arbeitslosigkeit war im Jahre 1999 am höchsten in der Slowakei (19 %), gefolgt von Bulgarien (16 %), und sie erreichte in Polen und Slowenien 13 %, in Rumänien 12 % und in Estland 11 %. Nur in Tschechien und in Ungarn verblieben die Quoten noch knapp im einstelligen Bereich. Vergleichbare Angaben für Lettland und Litauen liegen nur für 1998 vor und weisen Quoten von 13,8 % bzw. 13,3 % aus. In den Jahren 2001/2002 ist in der Mehrzahl der Länder kaum mit einer deutlichen Abnahme der Arbeitslosigkeit, in Tschechien aber mit einer weiteren Zunahme zu rechnen. Sehr hoch bleibt voraussichtlich die Arbeitslosigkeit in der Slowakei, in Bulgarien und auch in Rumänien (vgl. Tabelle 2).

⁵ Vgl. dazu Punkt 4.2 der Studie: Zu den agrarpolitischen Problemen und Konsequenzen der Erweiterung.

Tabelle 2:

Arbeitslosenquoten in mittel-osteuropäischen Ländern (Jahresende, in %)

	1998	1999	2000*	2001*
Tschechien	7,5	9,4	11	12
Ungarn	9,6	9,6	9	9
Polen	10,4	13,0	13	13
Slowakei	15,6	19,2	20	19
Slowenien	14,6	13,0	12	12
Bulgarien	12,2	16,0	17	16
Rumänien	10,4	11,5	13	12

*Prognose

Quelle: WIIW (in WIFO-Monatsbericht 5/2000)

In *Polen* stieg die Arbeitslosigkeit im Ergebnis der Schocktherapie in den ersten 90er Jahren sprunghaft an. Sie erreichte 1994 mit 2,5 Mill. Arbeitslosen und einer Quote von 16,5 % ihren Höhepunkt. Sie sank im Ergebnis eines dynamischen Wirtschaftswachstums auf 1,8 Mill. Personen bzw. 10,6 % im Jahre 1998. Dann kam es zu einer Trendwende, die Arbeitslosigkeit stieg in absoluten Zahlen und auch relativ wieder an. Sie wird sich voraussichtlich bis 2001 auf einer Höhe von 13 % stabilisieren. Einer Schätzung der polnischen Regierung zufolge liegt die tatsächliche Arbeitslosigkeit um 8 Prozentpunkte höher als offiziell angegeben. Der Grund ist die hohe verdeckte Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft. Die Gesamtzahl der tatsächlich Arbeitslosen in ländlichen Gebieten soll sich auf 2 Mill. belaufen; davon verfügt die überwiegende Mehrheit (75 %) nur über eine elementare Schulbildung.⁶

Die Landwirtschaft Polens ist das Hauptproblem des Arbeitsmarktes, doch auch die Umstrukturierung von Sektoren wie Kohlebergbau und Stahlindustrie, die gegenwärtig mit hohen Verlusten arbeiten und international nicht wettbewerbsfähig sind, wird in den nächsten Jahren mit schwerwiegenden sozialen Problemen einhergehen. Sie werden durch die hohe regionale Konzentration der Kapazitäten auf die Region Kattowitz verstärkt, wo immer noch fast die Hälfte der Beschäftigung auf die Schwerindustrie entfällt. Der Abbau der Überkapazitäten im Kohlebergbau und auch die Modernisierung der Stahlindustrie werden mit einem großem Verlust an Arbeitsplätzen verbunden sein.

Der Grad der Privatisierung spielt in der Beurteilung der "Beitrittsreife" eine wichtige Rolle. Unter diesem Druck ist in den folgenden Jahren in Polen mit einer deutlichen Beschleunigung des Privatisierungsprozesses, verbunden mit einem weiteren Personalabbau, zu rechnen. Bis zum Jahr 2001 sollen der überwiegende Teil der Staatsbetriebe des Bergbaus,

⁶ Vgl. Dymarski, W.: Die Vorbereitung Polens auf die Aufnahme in die EU: Probleme der Wirtschafts-, Struktur- und Beschäftigungspolitik. In: Osterweiterung der Europäischen Union – die soziale Dimension (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Texte 3, S. 66.

der Schwerindustrie einschließlich der Rüstungsindustrie, der Telekommunikation, der Eisenbahn, des Flugverkehrs sowie Banken und Versicherungen privatisiert werden. Der Privatisierungsprozess macht auch vor dem Energiesektor nicht halt.

Jugendliche besonders betroffen

In der Mehrzahl der Länder sind Jugendliche weitaus stärker als die Erwerbsbevölkerung allgemein von Arbeitslosigkeit betroffen. Im Durchschnitt der untersuchten Länder hat ein Viertel aller Erwerbspersonen zwischen 15 und 24 Jahren keine Arbeit. In den meisten Ländern ist die Arbeitslosenquote der Jugendlichen doppelt so hoch wie die Gesamtquote, in Rumänien und Lettland erreicht sie das Dreifache des Durchschnitts.

Besonders kritisch ist die Situation Jugendlicher in Bulgarien und Lettland mit Quoten von 33 bzw. 38 %. In Litauen, Polen und der Slowakei erreicht die Jugendarbeitslosigkeit 22-24 %, in Tschechien 18 % (Angaben für 1999). Nur in Ungarn und Estland stellt die Jugendarbeitslosigkeit bislang kein besonderes Problemfeld des Arbeitsmarktes dar. Die Tatsache, dass auch innerhalb der EU die Jugendarbeitslosigkeit beträchtlich schwankt und in Italien und Griechenland 30 % erreicht, läßt eher auf zukünftige Gefahren anstatt auf eine Lösung durch die Osterweiterung schließen.

Regionale Dimension

Die Arbeitslosigkeit in den MOEL weist eine starke regionale Differenzierung auf, deren Merkmale weitgehend übereinstimmen:⁷

- Gravierende Arbeitsmarktprobleme gibt es in Regionen, die sich auf Bergbau und Schwerindustrie spezialisiert haben. Beispiele dafür sind die tschechischen und polnischen Kohle- und Stahlreviere oder Estlands Ölschieferindustrie. Hoch ist die Arbeitslosigkeit auch in großen ländlichen Gebieten, mit teilweiser Ansiedlung von Leichtindustrien in Klein- und Mittelstädten. Große Produktionsgenossenschaften wurden aufgelöst, und es entstanden Kleinbetriebe. In diesen Regionen herrschen spezifische Beschäftigungsmuster mit einem hohen Anteil der Nebenerwerbs- bzw. Subsistenzlandwirtschaft vor, begleitet von einer hohen verdeckten Arbeitslosigkeit.

- Große Unterschiede zeigen sich in den Grenzregionen. Die Regionen an der Grenze zur EU weisen eine positive Beschäftigungsentwicklung auf. Gravierende Probleme gibt es an den Grenzen zur Ukraine, zu Russland, Weißrussland, wo Industriebetriebe Arbeitsplätze abbauen und keine neuen Produktionen entstehen..

⁷ In den MOEL wird in Zusammenarbeit mit der EU eine vergleichbare Systematik der Regionen angewandt, die nicht unbedingt mit der administrativen Gliederung übereinstimmt. Die folgenden Angaben entstammen

Eurostat: Beschäftigung und Arbeitsmarkt in den Ländern Mitteleuropas, 2/2000.

– Nur in den Hauptstädten und im Umfeld anderer großer Städte ist die Arbeitslosigkeit aufgrund des expandierenden Dienstleistungssektors gering.

Die stärksten regionalen Differenzen treten in Polen (9,5 - 20 %) und in Tschechien (4-14 %) auf. In *Polen* ist die Arbeitslosigkeit in Gebieten im Nordwesten und Nordosten, wo Strukturprobleme von Landwirtschaft und Industrie zusammentreffen, am höchsten, sie liegt teilweise doppelt so hoch wie im Landesdurchschnitt. Am günstigsten ist die Situation derzeit in der Region um Krakau. In *Tschechien* konzentriert sich das Problem auf die Gebiete im Norden, wo Bergbau- und Schwerindustriekapazitäten reduziert und umstrukturiert werden müssen. Die Arbeitslosigkeit in der Hauptstadtregion ist dagegen gering (4 %). Auch in *Ungarn* gibt es im Norden und Nordosten höhere Arbeitslosenquoten (12 %) als generell, während sie in der Hauptstadt und den westlichen Grenzregionen nur noch bei 5 % liegt. In *Slowenien* schlägt sich der industrielle Strukturwandel in hohen Arbeitslosenquoten in von der Schwerindustrie geprägten Regionen nieder (10-12 %), während sie im Zentralraum und in den westlichen Grenzregionen nur 5-6 % erreichen.

Für viele Regionen ist kurz- bis mittelfristig keine wesentliche Verbesserung zu erwarten – bisherigen bzw. drohenden Arbeitsplatzverlusten stehen kaum Perspektiven gegenüber, dort neue Arbeitsplätze zu gewinnen. Schon vorhandene regionale Disparitäten vertiefen sich auch durch den Einfluss des Auslandskapitals, das sich schließlich von Standortvorteilen, nicht aber von sozialen Kriterien leiten lässt. Eine größere Mobilität der Arbeitskräfte wird durch die Wohnungsnot, verbunden mit hohen Mieten in Ballungsgebieten, erschwert. Die geringe Qualifikation der Arbeitskräfte auf dem Lande ist ein weiteres Hindernis.

Soziale Sicherung

Systeme der sozialen Absicherung der Arbeitslosen wurden in allen MOEL bereits am Beginn des Transformationsprozesses eingeführt. Sie wurden inzwischen mehrmals novelliert, d.h. nach Dauer und Höhe der Leistung mit der Zunahme der Massenarbeitslosigkeit verkürzt. Die ursprüngliche Finanzierung aus dem Staatshaushalt wurde im Reformverlauf in den meisten Ländern durch ein System der Beitragsfinanzierung ersetzt. Dennoch sichern die Transfers das Existenzminimum kaum. Die gesetzlichen Regelungen (Definition der Arbeitslosen, Anspruchsberechtigung und sonstige Vorschriften) entsprechen weitgehend westlichen Mustern. Wie auch in der EU gibt es weder für die Dauer noch die Höhe der Leistungen eine einheitliche, langfristig verlässliche Regelung.

In *Polen* richtet sich die Höhe des Arbeitslosengeldes nicht nach der vorhergehenden Entlohnung. Sie ist an die Entwicklung der Durchschnittslöhne gebunden und beträgt nur 36 % des monatlichen Durchschnittslohnes in der Volkswirtschaft. Die Dauer des Bezugs wird differenziert gestaltet, sie trägt außer dem Alter auch den großen regionalen Disparitäten Rechnung. So wird in Regionen mit durchschnittlicher Arbeitslosigkeit lediglich 6 Monate, in Regionen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit 12 Monate und in Regionen mit Arbeitslosenquoten, die das Doppelte des Landesdurchschnitts erreichen, 18 Monate lang Unterstützung gezahlt. Langzeitarbeitslosigkeit, aber auch Jugendarbeitslosigkeit haben

Armut zur Folge. Ende 1999 hatten drei Viertel aller Arbeitslosen kein Recht auf Arbeitslosengeld (ein Viertel war vorher noch nicht beschäftigt).

In *Tschechien* wird gegenwärtig nur noch 6 Monate Arbeitslosengeld gezahlt, und zwar drei Monate 50 % des bisherigen Lohnes, danach nur noch 40 %. Als Höchstgrenze gilt das 2,5-fache eines sozialen Minimums von 3.770 Kronen (knapp 10.000 Kronen, der durchschnittliche Monatslohn betrug Ende 1999 etwa 15.000 Kronen). Auch in der *Slowakei* wurde ab Oktober 1999 die Dauer der Leistung auf 9 Monate verkürzt, davon werden nur drei Monate 60 %, dann aber nur noch 50-45% des letzten Nettolohnes gezahlt. Zugleich wurde eine Höchstgrenze von 4.800 Kronen eingeführt.

Ergänzt wird diese "passive" durch eine "aktive" Arbeitsmarktpolitik (Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei), d.h. Qualifizierung und Umschulung, Arbeitsbeschaffung, subventionierte Arbeit, Existenzgründungshilfe. Dafür standen jedoch nur geringe finanzielle Mittel zur Verfügung.

Schlussfolgerungen: Solidarität statt Abschottung

Die Folgen der EU-Integration für die Arbeitsmärkte mittel-osteuropäischer Länder sollten nach sorgfältiger Analyse differenziert bewertet werden. So kann die Osterweiterung den wirtschaftlichen Aufholprozess langfristig durch den Anstieg ausländischer Investitionen und durch Mittel aus Strukturfonds auch beschleunigen. Sicher ist jedoch, dass kurzfristig unter dem Druck der Erfüllung verschiedener Forderungen der EU, dem Einfluss des Strukturwandels und dem Zwang zur beschleunigten Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit bei Kandidaten der "ersten Reihe" wie Polen und Tschechien zu befürchten ist, die schwerwiegende Strukturprobleme ihrer Wirtschaft in so kurzer Zeit noch nicht lösen konnten.

Arbeitslosigkeit ist nicht der entscheidende Grund für die befürchtete Ost-West-Wanderung, ihre Höhe wird vor allem durch das Einkommensgefälle bestimmt. Sie kann jedoch den Migrationsdruck erheblich verstärken. Besonders problematisch ist die hohe Betroffenheit Jugendlicher, überwiegend mit geringer Qualifikation. Junge Menschen sind am ehesten zur Auswanderung geneigt, wenn sie im eigenen Land keine Perspektive sehen. Die starke regionale Konzentration der Arbeitslosigkeit lässt eine Mobilität erwarten, die an den Landesgrenzen nicht Halt macht.

Aufgrund seiner Einwohnerzahl und des Einkommensgefälles würde nur Polen – auch wegen seiner historisch bedingten Auswanderungsbereitschaft – ins Gewicht fallen. Zugleich erfordert die Lage in bestimmten Regionen Ostdeutschlands wegen der noch höheren Arbeitslosigkeit hier besondere Aufmerksamkeit. Eine massive Zuwanderung oder das Pendeln von Arbeitskräften würde die Gefahr sozialer Brennpunkte verstärken. Hinzu kommt, dass nicht alle gleichmäßig betroffen sein werden – während Unternehmer und qualifizierte Erwerbepersonen von der Zuwanderung profitieren, können für Arbeitnehmer, die wegen

eines niedrigen Ausbildungsniveaus mit den Einwanderern konkurrieren, die ohnehin hohen Arbeitsplatzrisiken steigen.

Dennoch: Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer in der EU ist unverzichtbares Element der Mitgliedschaft. Volle Freizügigkeit kann auch nicht erst dann gewährt werden, wenn sich die Einkommensunterschiede deutlich verringert haben, denn damit ist im Falle Polens erst in etwa 20 Jahren zu rechnen. Die Verhandlungen können sich nur darauf beziehen, Übergangsregelungen zu schaffen. Wie diese ausgestaltet werden, hängt davon ab, wie viele Zuwanderer erwartet werden.⁸ Die Schätzungen des Wanderungspotentials sprechen dafür, Übergangsregelungen durchzusetzen, die nach Regionen und Branchen differenziert werden sollten.

Linke Politik darf jedoch nicht auf Abschottung anstelle von Solidarität gerichtet sein. Langfristig ist es erforderlich, dass sich die EU an der sozialökonomischen Entwicklung Polens und anderer Kandidaten in ähnlichem Maße beteiligt, wie es bei Irland, Portugal und Spanien der Fall war, um das Einkommensgefälle und damit die Motivation auszuwandern zu verringern. Besonders wichtig ist dabei die Unterstützung der infrastrukturellen Entwicklung, der Ausbildung und der Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum. Der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Angleichung der sozialen Sicherungssysteme an die EU-Standards sollte die gleiche Aufmerksamkeit wie z. B. der Einhaltung monetärer Konvergenzkriterien gewidmet werden.

⁸ Aufgrund wissenschaftlicher Analysen kommt z. B. das DIW zu dem Schluss, dass die Furcht vor einer Überschwemmung mit Migranten nach der Einführung der vollen Freizügigkeit unbegründet ist. Es wird damit gerechnet, dass anfänglich mit einer Zunahme der ausländischen Bevölkerung um knapp 220.000 Personen jährlich in Deutschland und um 335.000 Personen in allen Mitgliedstaaten der EU zu rechnen ist. Diese Zahl wird innerhalb eines Jahrzehnts auf weniger als die Hälfte des ursprünglichen Niveaus sinken. (Vgl. EU-Osterweiterung : Keine massive Zuwanderung zu erwarten. Wochenbericht des DIW 21/2000.

Hans Watzek

Anmerkungen zu einigen in der Diskussion zur Studie aufgeworfenen Problemen

Ich halte den Begriff "überstülpen" bei der Übernahme des sogenannten Besitzstandes der EU (acquis communautaire) für gerechtfertigt. Vor gut zwei Jahren, zu Beginn der konkreten Verhandlungen zur EU-Osterweiterung mit den ersten sechs Kandidaten, äußerte sich der damalige polnische Außenminister Gerimeck, dass bei den Verhandlungen die Besonderheiten des Transformationsprozesses in Osteuropa insgesamt, als auch die Probleme der einzelnen Länder berücksichtigt werden müssten. Er argumentierte, dass Sonder- und Übergangsregelungen erforderlich sein werden.

Der britische Außenminister Cook (Großbritannien hatte damals die EU-Ratspräsidentschaft) konterte sofort sehr energisch, dass sich die Beitrittskandidaten ohne Abstriche am Besitzstand der EU zu orientieren haben. So sind auch die Verhandlungen angelaufen. Allerdings zeigte sich im Verlaufe der Diskussion zu den 31 Verhandlungskapiteln, dass dieser harte Kurs nicht durchhaltbar ist. Nicht nur im Interesse der Beitrittsländer sondern auch der EU. Kennzeichnend dafür ist die plötzliche Meinung des Bundeskanzlers Schröder, dass die Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt mit dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder zur EU doch für einen längeren Zeitraum begrenzt sein müsste.

Natürlich bedeutet die Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten in die EU die Fortsetzung und Intensivierung der Transformation zu kapitalistischen Produktionsverhältnissen in diesen Ländern. Dieser Prozess, der sich bereits seit zehn Jahren vollzieht, ist auch nicht aufzuhalten. Wenn die Linke in Europa deshalb diesen Prozess ablehnt, nimmt sie sich auch die Möglichkeit einer Einflussnahme. Obwohl die Beeinflussung dieser Prozesse gering ist, sollten aber alle Möglichkeiten parlamentarischer und außerparlamentarischer Aktionen genutzt werden, um eine Entwicklung zu mehr sozialer Gerechtigkeit, demokratischer Mitwirkung der Bürger, der ökologischen Umgestaltung der Gesellschaft zu erreichen und der Militarisierung entgegenzuwirken. Dazu sollten die linken Kräfte in der Europäischen Union vor allem Partner der sozial, demokratisch und ökologisch orientierten politischen Kräfte (Parteien und Organisationen) der Beitrittsländer sein.

Eine Forderung, im Zusammenhang mit den bereits sichtbaren Problemen der EU-Osterweiterung eine grundsätzliche Korrektur der Agenda 2000 zu verlangen, ist mit Problemen behaftet. Wir haben vor allem aus folgenden Überlegungen eine solche Forderung nicht gestellt: Mit der Agenda 2000 wurden bei der Kohäsions- und Strukturpolitik inhaltliche positive Veränderungen erreicht. Aus der Kenntnis der Problemlage werden bei diesen Politiken wesentlich stärker arbeitsmarktpolitische und zum ersten Mal bildungspolitische Ziele gestellt. Diese müssen nicht nur erhalten, sondern ausgebaut und verbindlicher gemacht werden. Nach langem zähen Ringen sind in der Agenda 2000 Regularien für die Agrarpolitik,

die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für die gemeinsame Agrarpolitik der EU erreicht worden. Dabei wurde in einem großen wirtschaftlichen und sozialen Kontext der ländliche Raum mit eingebunden. Diese Entscheidungen, die den Rahmen bis 2006 vorgeben, sollten im Interesse der Entwicklung ländlicher Räume und der Landwirtschaft nicht in Frage gestellt werden. Unsere Forderungen müssen sich darauf beziehen, über den vorgegebenen Finanzrahmen der Agenda hinaus Mittel für die EU-Osterweiterung bereitzustellen:

- durch Ausschöpfung der beschlossenen 1,27 Prozent des BIP der Länder der EU als Beitrag für den EU-Haushalt;
- das Vorziehen von finanziellen Mitteln, die nach dem Beitritt vorgesehen sind für die Vorbereitungsstufe;
- die Erhöhung der Beiträge der Mitglieder der EU für die Integration der MOEL.

Die "Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik" Bremen geht in einem Memorandum – Alternativen für eine Neue Ökonomie in Europa – davon aus, dass eine Beitragserhöhung für die EU-Mitglieder von bis zu 5 Prozent des BIP erforderlich sein wird, um die Probleme zu bewältigen.

Der Anschluss der DDR an die BRD war wohl die erste EU-Osterweiterung. Damit können natürlich Erfahrungen und Erkenntnisse aus dem Integrationsprozess der DDR für die jetzt anstehende Osterweiterung gezogen werden, was auch in der Studie versucht wurde. Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass diese Integration ohne Vorbereitung und Übergangsregelungen an einem Tag, vom 30. Juni zum 1. Juli 1990, vollzogen wurde. Im Ergebnis mit den verheerenden ökonomischen und sozialen Folgen, die heute noch in Ostdeutschland nachwirken. Ein solcher Crashkurs kann bei der Integration der MOEL nicht gefahren werden, er wäre unbezahlbar. Die hohen Transferleistungen für Ostdeutschland sind maßgeblich auf diese Form der Integration zurückzuführen, was in der politischen Auseinandersetzung oft verschwiegen wird.

Autoren

Dr. André Brie
Mitglied des Europäischen Parlaments

Prof. Dr. Wilhelm Ersil
Politikwissenschaftler, Potsdam

Prof. Dr. Eugen Faude
Wirtschaftswissenschaftler, Berlin

Dr. Kurt Fenske
Wirtschaftswissenschaftler, Berlin

Helga Herberg
Diplomwirtschaftlerin, Berlin

Dr. Hans Modrow
Mitglied des Europäischen Parlaments, Koordinator für Fragen der EU-Erweiterung in der
Konföderalen Fraktion Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)

Dr. Hans Watzek
Agrarwissenschaftler, Berlin